

- **Aufhellung der Industriekonjunktur bei anhaltend hoher Unsicherheit**
- **Rezession traf Österreichs Regionen unterschiedlich hart.** Die Wirtschaft in den Bundesländern 2024
- **Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen.** Bundesvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029
- **Zur Güte von Konjunkturprognosen in Zeiten außergewöhnlicher Krisen**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20, 8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •
Redaktion: Tamara Fellinger, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2025

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 305 € • Einzelheft (Printversion): 30,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2025 • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>



98. Jahrgang, Heft 6/2025

287-294 ■ **Aufhellung der Industriekonjunktur bei anhaltend hoher Unsicherheit**

Christian Glocker

Laut Statistik Austria wuchs Österreichs BIP im I. Quartal 2025 geringfügig um 0,1% gegenüber dem Vorquartal. Auf Basis der revidierten Quartalsdaten dürfte der konjunkturelle Tiefpunkt bereits durchschritten sein. Wenngleich sich die Anzeichen für eine Verbesserung der Industriekonjunktur im laufenden Jahr mehreren, ist die Unsicherheit weiterhin überdurchschnittlich. Dazu trägt nicht zuletzt die unberechenbare Zollpolitik der USA bei.

Brightening of the Manufacturing Sector Amid Persistently High Uncertainty

295 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

297-316 ■ **Rezession traf Österreichs Regionen unterschiedlich hart.** Die Wirtschaft in den Bundesländern 2024

Julia Bachtrögler-Unger, Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner, Peter Huber, Michael Klien, Ines Kusmenko, Gerhard Streicher

Im zweiten Rezessionsjahr 2024 schrumpfte die Bruttowertschöpfung laut WIFO-Schnellschätzung in allen Bundesländern. Dies folgte aus einem Wertschöpfungsrückgang in beinahe sämtlichen Sektoren. Am kräftigsten war er in der Sachgütererzeugung – und hier gemessen am abgesetzten Produktionswert in Kärnten, Oberösterreich und Niederösterreich. Anders als im Vorjahr gingen 2024 auch von der Beherbergung und Gastronomie keine positiven Impulse mehr aus (preisbereinigt). Eine Ausweitung des Personalstandes im öffentlichen Dienst stützte die Entwicklung der aktiv unselbständigen Beschäftigung, die im Vergleich zum Vorjahr stagnierte (+0,2%).

Recession Hit Austria's Regions Differently. Economic Development in the Austrian Federal States in 2024

317-330 ■ **Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen.** Bundesvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029

Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

Das Doppelbudget 2025/26 ist geprägt von einem Zielkonflikt zwischen dem erheblichen Sanierungsdruck und dem Anspruch, zentrale Investitionen, etwa in den Bereichen Klimaschutz und Landesverteidigung, abzusichern. Trotz der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen bleibt das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit bis 2026 über 4% des BIP. Der Großteil der Konsolidierung erfolgt ausgabenseitig. Gleichzeitig steigen die Ausgaben für Pensionen und Zinsen deutlich und engen budgetäre Spielräume weiter ein. Strukturelle Reformen sind erforderlich, um den Spagat zwischen fiskalischer Sanierung und der Erfüllung politisch priorisierter Aufgaben bewältigen zu können.

Budget Policy between Investment Needs and Consolidation Pressures. Draft Federal Budget 2025-26 and Medium-Term Fiscal Framework 2025-2029

331-341 ■ **Zur Güte von Konjunkturprognosen in Zeiten außergewöhnlicher Krisen**

Marcus Scheiblecker

Der plötzliche Ausbruch der COVID-19-Pandemie hatte international deutliche Abwärtsrevisionen der Wirtschaftsprognosen für das Jahr 2020 zur Folge. Während der Pandemie erschwerten die kurzfristig verlautbarten gesundheitspolitischen Maßnahmen die Prognosetätigkeit. Die anschließende Konjunkturerholung wurde durch den Überfall Russlands auf die Ukraine, der zu einem scharfen Preisanstieg in der EU und zu wirtschaftlichen Sanktionen führte, jäh unterbrochen. Zum Jahreswechsel 2022/23 setzte in Österreich die längste Rezession seit Gründung der Zweiten Republik ein. In deren Verlauf zeigten sich mehrmals Besserungstendenzen, die aber wieder verebbten. Dieser Beitrag untersucht das Revisionsausmaß in den Prognosen des österreichischen BIP der nationalen (WIFO, IHS, OeNB) und internationalen Prognoseinstitutionen (Europäische Kommission, OECD und IWF) für den Zeitraum 2020 bis 2024. Zu Vergleichszwecken wird die Güte von Prognosen des deutschen Wirtschaftswachstums sowie des realen BIP im Euro-Raum betrachtet, die von deutschen Instituten bzw. internationalen Organisationen erstellt werden.

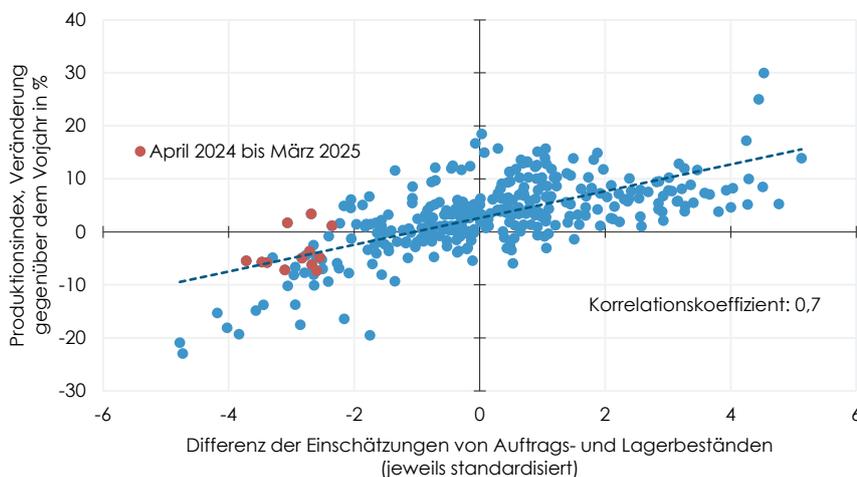
The Quality of Economic Forecasts in Times of Extraordinary Crises

Aufhellung der Industriekonjunktur bei anhaltend hoher Unsicherheit

Christian Glocker

- Laut Statistik Austria war Österreichs Wirtschaftsleistung im I. Quartal 2025 um 0,1% höher als im Vorquartal.
- Auf der Nachfrageseite prägte eine Ausweitung der öffentlichen Konsumausgaben bei gleichzeitigem Importrückgang die Entwicklung.
- Auf der Angebotsseite stand einer anhaltenden Rezession im Bauwesen eine Expansion in der Industrie gegenüber.
- Die Produktivität der Industrie stieg im I. Quartal deutlich an, zumal sie trotz eines Beschäftigungsrückgangs an Wertschöpfung zulegte.
- Vorlaufindikatoren zeigen eine Stimmungsaufhellung in der Industrie, während sich die Einschätzungen der Marktdienstleister wieder eintrübten.

Nachfrage und Produktion in der Vorproduktindustrie



"Die derzeit hohen Lagerbestände ermöglichen es Industrieunternehmen, Neuaufträge durch Lagerabbau statt durch eine höhere Produktion zu bedienen."

Hohe Lagerbestände dämpfen die Auswirkungen von Auftragszuwächsen auf die Industrieproduktion (Q: WIFO-Konjunkturtest, Statistik Austria; saisonbereinigte Werte).

Aufhellung der Industriekonjunktur bei anhaltend hoher Unsicherheit

Christian Glocker

Aufhellung der Industriekonjunktur bei anhaltend hoher Unsicherheit

Laut Statistik Austria wuchs Österreichs BIP im I. Quartal 2025 geringfügig um 0,1% gegenüber dem Vorquartal. Auf Basis der revidierten Quartalsdaten dürfte der konjunkturelle Tiefpunkt bereits durchschritten sein. Wenngleich sich die Anzeichen für eine Verbesserung der Industriekonjunktur im laufenden Jahr mehren, ist die Unsicherheit weiterhin überdurchschnittlich. Dazu trägt nicht zuletzt die unberechenbare Zollpolitik der USA bei.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 10. 6. 2025

Kontakt: Christian Glocker (christian.glocker@wifo.ac.at)

Brightening of the Manufacturing Sector Amid Persistently High Uncertainty

According to Statistics Austria, Austria's GDP grew slightly by 0.1 percent in the first quarter of 2025 compared to the previous quarter. Based on the revised quarterly data, the economic trough has probably already been passed. Although there are increasing signs of an improvement in the manufacturing sector in the current year, uncertainty remains above average. This is not least due to the unpredictable tariffs policy of the USA.

1. Einleitung

Laut Statistik Austria wuchs das österreichische Bruttoinlandsprodukt im I. Quartal 2025 um 0,1% gegenüber dem Vorquartal, nachdem es im IV. Quartal 2024 stagniert hatte. Im Vergleich zum Vorjahresquartal ergibt sich zwar weiterhin ein Rückgang, infolge von umfangreichen Datenrevisionen in der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für das Jahr 2024 fällt er jedoch nun geringer aus als noch im Mai angenommen (-0,4% statt -0,7%, saison- und arbeitstagsbereinigt).

Auf der Angebotsseite stach im I. Quartal 2025 der positive Beitrag des sekundären Sektors hervor. Dem Wertschöpfungszuwachs in der Herstellung von Waren (+1,0% im Vergleich zum Vorquartal) stand jedoch ein Rückgang der Bauwertschöpfung (-0,3%) gegenüber. Vom tertiären Sektor ging im Frühjahr trotz der Expansion in der öffentlichen Verwaltung i. w. S. (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q +0,7%) kein Wachstumsbeitrag aus, da die Wertschöpfung in der Beherbergung und Gastronomie (-2,6%) und im Verkehr (-1,7%) schrumpfte. Nachfrage-

seitig legten die öffentlichen Konsumausgaben mit +2,3% kräftig zu, während die Bruttoinvestitionen zurückgingen (-1,3%). Der Außenhandel trug mit +0,6 Prozentpunkten rein rechnerisch am stärksten zum leichten Wachstum der Gesamtwirtschaft bei. Auf der Einkommenseite wurde der Anstieg der Lohneinkommen von einem Rückgang der Kapitaleinkommen begleitet.

Die Frühindikatoren zeichnen weiterhin ein uneinheitliches Bild. In den Marktdienstleistungen trübten sie sich zuletzt ein; dies gilt insbesondere für die unternehmerischen Erwartungen im Bereich Beherbergung und Gastronomie. Im Gegensatz dazu zeigen die Vorlaufindikatoren für die Industrie eine Stimmungsaufhellung an. Allerdings berücksichtigen die zugrunde liegenden Umfragedaten noch nicht die jüngsten Zolldrohungen der USA. Die Konsument:innen blieben vor allem in der Vorausschau pessimistisch gestimmt. Das Verbrauchervertrauen verharrte weiter auf niedrigem Niveau. Der Indikator zum subjektiv empfundenen Arbeitsplatzverlustrisiko verbesserte sich jedoch zuletzt.

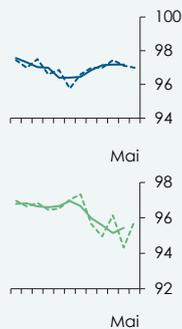
Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2021 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

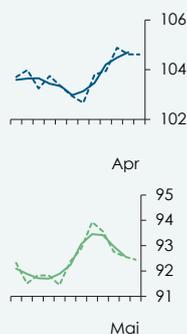
Einkaufsmanagerindex, Gesamtwirtschaft



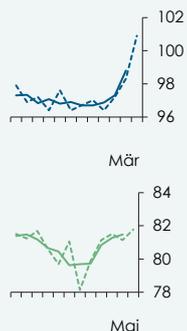
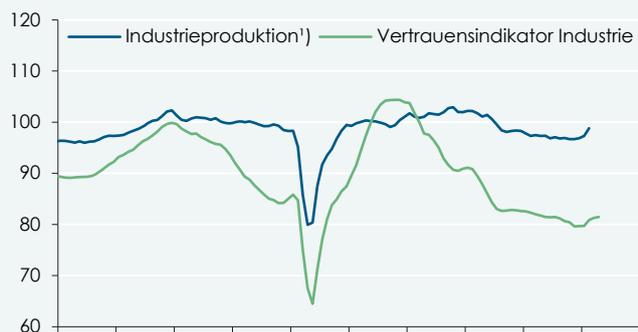
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



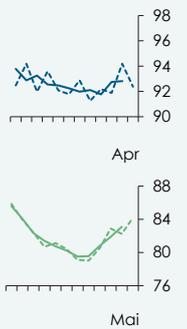
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD, S&P Global. – 1) ÖNACE 2008, Abschnitte B, C und D. – 2) Verarbeitendes Gewerbe.

Der Preisdruck ist nach wie vor ausgeprägt. Im April 2025 notierte der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) um 3,3% über dem Vorjahresniveau. Damit blieb die Teuerung in Österreich lebhafter als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Im Mai dürfte sich der Preisaufrieb gemäß VPI nur geringfügig auf 3,0% abgeschwächt haben (laut Schnellschätzung von Statistik Austria; April 3,1%). Der BIP-Deflator als Maß für den Preisdruck der im Inland produzierten Güter und Dienstleistungen legte im I. Quartal abermals zu (+2,1% gegenüber dem I. Quartal 2024), der Anstieg war jedoch etwas schwächer als im Durchschnitt des Vorjahres.

Die Konjunkturflaute belastet den Arbeitsmarkt. Laut VGR sank die Zahl der Erwerbstätigen im I. Quartal 2025 geringfügig gegenüber dem Vorquartal, während ihr Arbeitsvolumen mit -1,1% deutlicher schrumpfte. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Rückgang an offenen Stellen hielten an. Im Mai 2025 war die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten nach vorläufiger Schätzung um 4.000 (+0,1%) höher als im Vorjahr, nach rund +3.500 im April. Ende Mai waren um rund 23.000 Personen mehr arbeitslos gemeldet als vor einem Jahr (+8,5%); zusätzlich befanden sich um rund 1.100 Personen mehr in Schulung (+1,3%). Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) betrug voraussichtlich 6,9% (0,5 Prozentpunkte über dem Vorjahr).

Die Weltkonjunktur stotert weiterhin. Die Unsicherheit hat zuletzt – vor allem wegen der Ungewissheit über die künftige Handelspolitik der USA – abermals deutlich zugenommen. Dies dämpfte neuerlich die Rohstoffpreise, allen voran jene für Rohöl.

2. Unstete Handelspolitik der USA schürt Unsicherheit

Gemäß den jüngsten Daten zum BIP-Wachstum in den wichtigsten Volkswirtschaften entwickelte sich die Weltwirtschaft im I. Quartal 2025 gedämpft – bei erheblichen regionalen Unterschieden. Unter den großen Schwellenländern expandierte China mit +1,2% gegenüber dem Vorquartal weiterhin robust. Auch in Brasilien legte die Wirtschaftsleistung mit +1,4% wieder deutlich zu. Gleiches galt, zumindest im 2. Halbjahr 2024, auch für Indien und Russland; rezentere Daten liegen für diese beiden Schwellenländer noch nicht vor.

Innerhalb der Industrieländer standen einer Stagnation der Wirtschaftsleistung in den USA (I. Quartal 2025 -0,1% gegenüber dem Vorquartal) und in Japan ($\pm 0,0\%$) spürbare Zuwächse im Vereinigten Königreich (+0,7%), Spanien (+0,6%) und Deutschland (+0,4%) gegenüber. In Deutschland war die Expansion nachfrageseitig von einem deutlichen Anstieg der Warenexporte und des privaten Konsums bestimmt; angebotsseitig war sie insbesondere der höheren Industriewertschöpfung zuzuschreiben. Im Vereinigten Königreich trieben ebenfalls die Warenexporte sowie die Investitionen das Wachstum. In Spanien resultierte die Expansion auf der Nachfrageseite vorrangig aus den steigenden Dienstleistungsexporten, während auf der Angebotsseite die Marktdienstleistungen dominierten. Die Wachstumsbeschleunigung im Euro-Raum insgesamt (+0,6% nach +0,3% im IV. Quartal 2024) war der kräftigen Expansion in Irland (+9,7%) geschuldet, die ihrerseits durch Vorzieheffekte infolge der Zollpolitik der USA hervorgerufen wurde.

Die Gruppe der MOEL (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) erzielte im I. Quartal 2025 ebenfalls ein BIP-Wachstum

(+0,5%). Es beruhte nachfrageseitig auf einem Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen und der Exporte, wurde jedoch durch einen deutlichen Anstieg der Importe abgeschwächt. Auf der Angebotsseite trugen vor allem die Dienstleistungen zum Wertschöpfungsanstieg bei.

Die Inflation im Euro-Raum betrug im Mai nur noch 1,9% (laut Eurostat-Schnellschätzung, gemäß HVPI). Damit schwächte sich der Preisaufrieb abermals ab und unterschritt den Zielwert der Europäischen Zentralbank. Infolgedessen senkte diese Anfang Juni abermals die Leitzinsen.

Die hohe Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Weltwirtschaft ist vorrangig der unsteten Zollpolitik der USA zuzuschreiben. Sie erschwert die Planbarkeit der Warenströme und der zugrunde liegenden Preise erheblich. In der Folge war zuletzt erneut ein deutlicher Anstieg von Indikatoren zu beobachten, welche die wirtschaftspolitische Unsicherheit messen. So erreichte etwa der "Global Policy Uncertainty Index", der die Unvorhersehbarkeit der Wirtschaftspolitik abbildet, im April 2025 einen neuen Höchststand. Der entsprechende Indikator für die USA lag im April auf einem historischen Rekordniveau; der Teilindikator für die Handelspolitik notierte sogar mehr als drei Standardabweichungen über dem Mittelwert.

Der J. P. Morgan Global Manufacturing PMI fiel im Mai auf ein Fünfmonatstief und deutete damit zum zweiten Mal in Folge einen Produktionsrückgang im verarbeitenden Gewerbe an. Er spiegelt die Schwäche der Vorleistungs- und Investitionsgüterbereiche wider. Im Gegensatz dazu stieg die Produktion von Konsumgütern.

3. Österreich: Öffentlicher Sektor stützt die Gesamtwirtschaft

Gemäß den revidierten vierteljährlichen VGR-Daten stieg Österreichs BIP im I. Quartal 2025 um 0,1% gegenüber dem Vorquartal, nachdem es im IV. Quartal 2024 stagniert hatte. Im Vergleich zum Vorjahresquartal ergibt sich weiterhin ein Rückgang, er fällt mit -0,4% allerdings deutlich geringer aus als noch im Mai angenommen (-0,7%), da die Quartalsergebnisse für 2024 beträchtlich revidiert wurden.

Die Datenrevision erfordert eine Neubewertung der aktuellen Konjunkturlage. Hatten die Quartalsdaten noch Mitte Mai auf eine fortwährende Abwärtsbewegung hingedeutet, so zeigen die Ende Mai veröffentlichten, revidierten Daten, dass der konjunkturelle Tiefpunkt bereits durchschritten wurde. Der Konjunkturpfad hat sich somit grundlegend verändert. Darüber hinaus fällt der Rückgang des BIP im Jahr 2024 nun geringer aus (-1,0% statt -1,2%). Wenngleich die neuen Daten auf eine Stabilisierung der Konjunktur hindeuten, sind erneute Abwärtsrevisionen nicht ausgeschlossen. Sie würden der ungünstigen Entwicklung einiger Vorlaufindikatoren entsprechen.

Auf der Angebotsseite trug im I. Quartal 2025 vor allem der sekundäre Sektor zur Expansion bei. Die Zunahme der Wertschöpfung in der Herstellung von Waren um 1,0% gegenüber dem Vorquartal war jedoch von einem Rückgang der Bauwertschöpfung um 0,3% begleitet. Im Dienstleistungssektor wurde die Expansion im Bereich der öffentlichen Verwaltung (+0,7%) durch kräftige Wertschöpfungseinbußen in der Beherbergung und Gastronomie (-2,6%) und im Verkehr (-1,7%) aufgewogen. Die Gütersteuern und Gütersubventionen – diese sind Teil des BIP, jedoch nicht der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung – stiegen mit +0,7% spürbar.

Nachfrageseitig, differenziert nach der Verwendung der produzierten Güter und Dienstleistungen, expandierten die Konsumausgaben der privaten Haushalte mit +0,1% kaum. Die öffentlichen Konsumausgaben stiegen hingegen – trotz der Konsolidierungserfordernisse – kräftig um 2,3%. Die Investitionen gingen im I. Quartal zurück. Während die Bauinvestitionen sanken, legten die Ausüstungsinvestitionen zu, sodass die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt nur leicht schrumpften. Infolge des deutlichen Lagerabbaus ergab sich dennoch eine Abnahme der Bruttoinvestitionen um 1,3%. Der Außenhandel trug im I. Quartal mit +0,6 Prozentpunkten spürbar zum Wachstum der Gesamtwirtschaft bei. Dies war in erster Linie auf den Rückgang der Importe zurückzuführen, der erneut die schwache Entwicklung der Investitionen sowie des privaten Konsums widerspiegelte. Die Exporte stagnierten im Aggregat, da dem Anstieg der Güter-

ausführen ein empfindlicher Rückgang der Dienstleistungsexporte gegenüberstand.

Auf der Verteilungsseite stiegen die Lohneinkommen (Arbeitnehmerentgelte) im I. Quartal 2025 um 0,6% gegenüber dem Vorquartal, wogegen die Kapitaleinkommen (Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen) um 2,3% nachgaben. Die Lohneinkommen legten vor allem im Bereich der Finanzdienstleistungen mit +3,7% deutlich zu, in der Information und Kommunikation und in den sonstigen Dienstleistungen sanken sie hingegen (-0,4% bzw. -0,3%).

3.1 Stimmungsbild weiterhin heterogen

Im Mai 2025 zeigte sich laut WIFO-Konjunkturtest eine vorsichtige Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen der österreichischen Unternehmen. Der saisonbereinigte WIFO-Konjunkturklimaindex stieg gegenüber dem Vormonat etwas an, spiegelt allerdings nach wie vor eine ausgeprägte Skepsis wider.

In der heimischen Industrie blieben die Lagebeurteilungen auch im Mai überwiegend pessimistisch, wenngleich sich der Teilindex im Vergleich zum Vormonat verbesserte. Besonders in der Konsumgüterindustrie war eine Stimmungsaufhellung erkennbar, während die Investitions- und Vorleistungsbranchen weiter unterdurchschnittlich abschnitten. Ihre aktuelle Auftragslage bewerteten die Industrieunternehmen als schwach, meldeten jedoch eine leichte Belebung der Exportnachfrage.

Der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex zeigte im Mai ebenfalls eine zaghafte Aufhellung der Industriekonjunktur und erreichte mit 48,4 Punkten den höchsten Wert seit 28 Monaten. Der Teilindex zur Produktion überschritt erstmals seit drei Jahren wieder die Wachstumsschwelle von 50 Punkten und legt damit einen Anstieg der Produktionsaktivität nahe. Der Rückgang der Neuaufträge verlangsamte sich spürbar und die Produktionserwartungen für die kommenden zwölf Monate verbesserten sich deutlich. Der Trend ist also positiv. Allerdings berücksichtigen weder der WIFO-Konjunkturtest noch die Umfragedaten der UniCredit Bank Austria die jüngste Androhung der USA, die Zölle auf EU-Importe abermals empfindlich anzuheben.

In der heimischen Bauwirtschaft setzte sich die Stabilisierung laut WIFO-Konjunkturtest fort. Die Lagebeurteilungen blieben zwar per Saldo leicht negativ, doch der Erwartungsindex erreichte erstmals seit längerer Zeit wieder den positiven Bereich. Die Nachfrage blieb dennoch verhalten und die Geschäftserwartungen skeptisch. Auch im Dienstleistungssektor ist die Konjunkturdynamik

Ein Rückgang der Importe sowie anhaltend hohe Konsumausgaben des öffentlichen Sektors ermöglichten der österreichischen Volkswirtschaft im I. Quartal 2025 ein leichtes Wachstum.

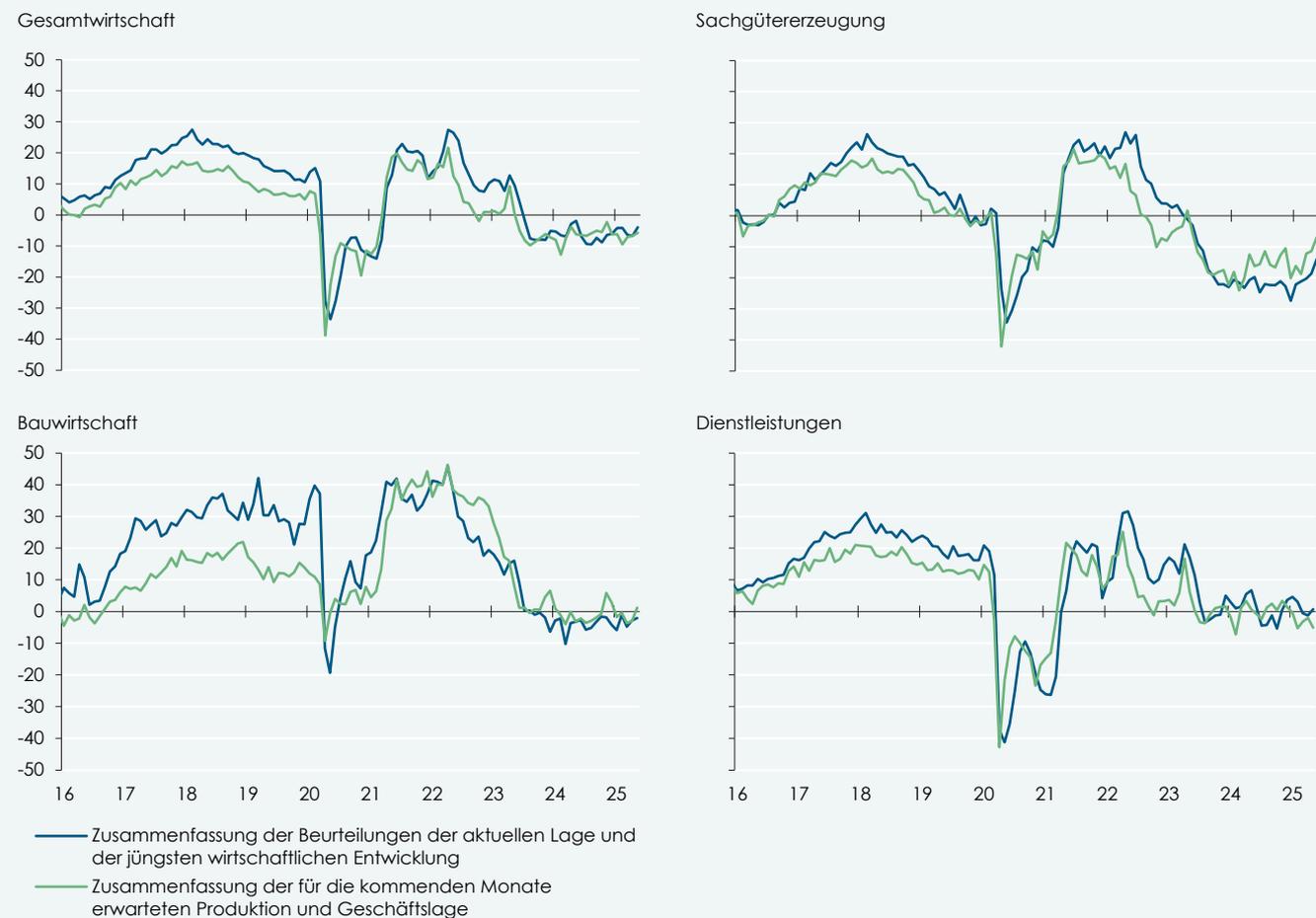
Die Stimmung der Unternehmen blieb insgesamt gedämpft. Einer Aufhellung in der Industrie stand eine Eintrübung in den Marktdienstleistungen gegenüber.

schwach: Während sich die Lageeinschätzungen leicht verbesserten, blieben die Erwartungen eingetrübt und die Beschäftigungspläne trotz stabiler Auftragslage zurückhaltend.

Im Langzeitvergleich ist die Konjunktur in Österreich in nahezu allen Sektoren unterdurchschnittlich. Während in der Industrie die vorsichtige Aussicht auf eine Bodenbildung besteht, fehlen für einen nachhaltigen

Aufschwung noch immer Impulse der Binnen- und der Exportnachfrage. Im Dienstleistungssektor verhindert vor allem der schwache Konsum eine raschere Erholung, und strukturelle Probleme wie der Arbeitskräftemangel bestehen fort. Insgesamt bleibt das wirtschaftliche Umfeld von hoher Unsicherheit geprägt; eine Konjunkturbelebung im weiteren Jahresverlauf ist denkbar, jedoch Risiken, u. a. durch die Zollpolitik der USA, ausgesetzt.

Abbildung 2: Lagebeurteilung und Erwartungen der Unternehmen



Q: WIFO-Konjunkturfest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über null zeigen insgesamt optimistische, Werte unter null pessimistische Einschätzungen an. Saisonbereinigt.

Im April 2025 sanken die Produzentenpreise laut Statistik Austria um 0,2% gegenüber dem Vorjahr.

Das Verbrauchervertrauen liegt nach wie vor weit unter dem langjährigen Durchschnitt. Das im europäischen Vergleich spürbar pessimistischere Konsumklima dämpft die Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte und bremst die Konjunktur.

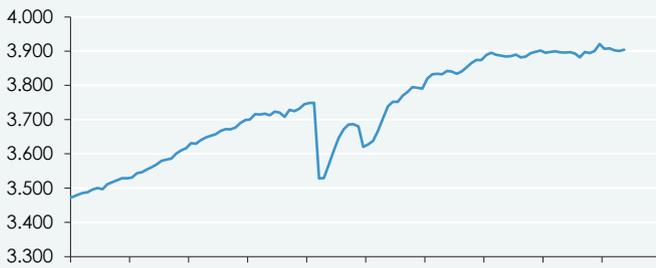
3.2 Leichter Rückgang der Produzentenpreise

Der Preisauftrieb ist zwar weiter lebhaft, doch mehren sich die Anzeichen für eine Abschwächung. So stieg der BIP-Deflator im I. Quartal 2025 nur noch um 2,1% gegenüber

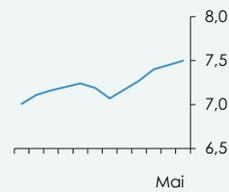
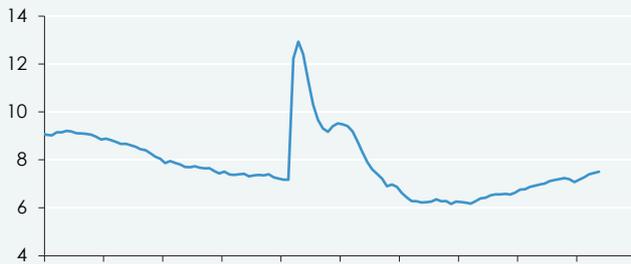
dem Vorjahresquartal, nachdem er im Gesamtjahr 2024 um über 3% angestiegen war. Auf der Erzeugerseite setzte sich der in den Vormonaten beobachtete Preisrückgang fort. Im April 2025 lagen die Erzeugerpreise im produzierenden Bereich leicht unter den Niveaus des Vorjahres und des Vormonats. Hauptverantwortlich hierfür waren der Rückgang der Energiepreise und niedrigere Kosten für Vorleistungsgüter, insbesondere für Stahl, chemische Grund- sowie Kunststoffe. Investitions- und Konsumgüter verteuerten sich im Jahresvergleich zwar weiter, jedoch nicht mehr so kräftig wie zuvor.

Abbildung 3: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

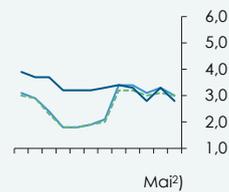
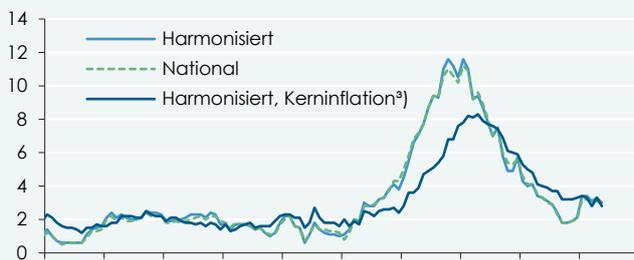
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



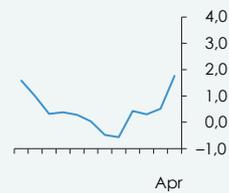
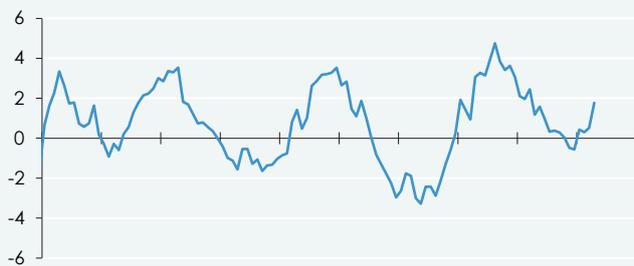
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Schnellschätzung von Statistik Austria. – ³⁾ Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Die Konjunkturflaute belastet den Arbeitsmarkt. Der anhaltende Anstieg der Arbeitslosigkeit wird von einem Rückgang an offenen Stellen und der Beschäftigung im privaten Sektor begleitet.

Dem Rückgang der Erzeugerpreise steht ein Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber. Gemäß HVPI erhöhten sie sich im April um 3,3% gegenüber dem Vorjahr. Damit war der Preisanstieg in Österreich deutlich kräftiger als im EU-Durchschnitt (+2,4%). Innerhalb der EU fiel er in Rumänien, Estland, Ungarn und den Niederlanden erneut besonders hoch aus (jeweils über 4%), während er in Frankreich, Zypern, Dänemark, Luxemburg, Tschechien und Finnland mit unter 2% deutlich schwächer war.

Im Mai dürfte die Inflationsrate in Österreich auf Basis des VPI 3,0% betragen haben (laut Schnellschätzung von Statistik Austria, April 3,1%). Dienstleistungen tragen nach wie vor am stärksten zur Inflation bei. Sie verteuerten sich im Jahresabstand um 4,4% und damit etwas schwächer als im April. Bei Nahrungsmitteln, Tabak und Alkohol war der Preisauftrieb mit +3,3% ebenfalls überdurchschnittlich.

3.3 Beschäftigungsrückgang im privaten Sektor hält an

Die Konjunkturschwäche belastet den Arbeitsmarkt. Im I. Quartal 2025 verzeichneten

die Herstellung von Waren (-1%), das Bauwesen (-0,2%) und einige Marktdienstleistungen spürbar weniger Erwerbstätige als im Vorquartal (laut VGR). Lediglich die öffentlichkeitsnahen Dienstleistungsbereiche steigerten ihren Personalstand weiter (+0,8%). In Summe sank die Zahl der Erwerbstätigen dennoch um 0,1%. Deutlich kräftiger schrumpfte das Arbeitsvolumen (-1,1%) nachdem es im IV. Quartal 2024 noch um 2,8% ausgeweitet worden war.

Die Zahl an offenen Stellen war im Mai zwar weiterhin überdurchschnittlich hoch, jedoch wesentlich geringer als im Vormonat, während die Arbeitslosigkeit weiter zunahm. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten lag im Mai 2025 nach vorläufiger Schätzung um 4.000 über dem Vorjahresniveau (+0,1%), nach rund +3.500 im März. Ende Mai waren um rund 23.100 Personen mehr arbeitslos gemeldet als vor einem Jahr (+8,5%), zusätzlich befanden sich um rund 1.100 Personen mehr in Schulung (+1,3%). Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) lag voraussichtlich bei 6,9% (0,5 Prozentpunkte über dem Vorjahr).

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, ursula.glauninger@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Konjunkturreport Einzelhandel

Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl




In Auftrag gegeben von:


Konjunkturreport Einzelhandel

Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl

Wissenschaftliche Assistenz: Martina Einsiedl

Mai 2025
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Der Konjunkturreport Einzelhandel stellt einmal pro Quartal wesentliche Konjunkturinformationen für den Einzelhandel bzw. Handel insgesamt zusammen. Eine laufende Konjunkturbeobachtung und -berichterstattung ist von hoher Relevanz, um den Handelsbetrieben sowie der interessierten Öffentlichkeit aktuelle Daten und Analysen liefern zu können. Der aktuelle Bericht zeigt, dass die heimische Konjunktur im I. Quartal 2025 erste Erholungstendenzen aufwies, wobei diese vor allem von der Industrie getrieben waren. Die Umsatzentwicklung im Einzelhandel fiel im Februar und März moderat gut aus. Hingegen trübten sich die Umfrageergebnisse seit Jahresbeginn wieder ein, sowohl hinsichtlich der aktuellen Lage als auch der Geschäftserwartungen. Auch die Stimmung der heimischen Konsument:innen hat sich im April deutlich verschlechtert. Vor diesem Hintergrund dürfte sich die schwache Konsumdynamik auch 2025 fortsetzen.

Im Auftrag des Handelsverbandes Österreich • Mai 2025 • 26 Seiten • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58163072>

Rezession traf Österreichs Regionen unterschiedlich hart

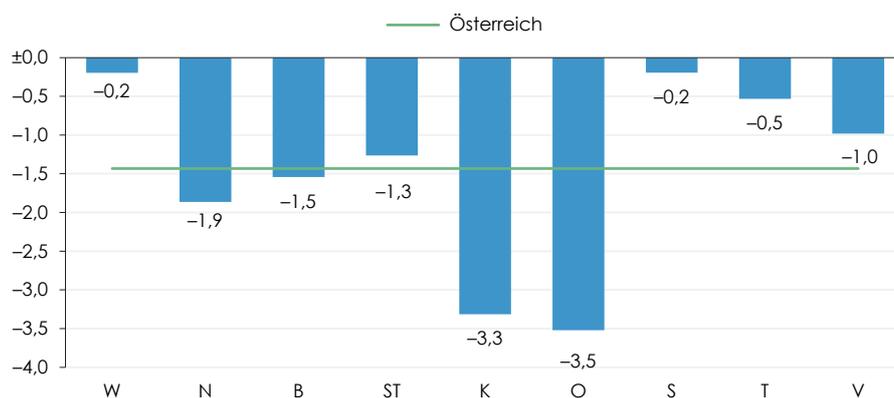
Die Wirtschaft in den Bundesländern 2024

Julia Bachtrögler-Unger, Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner, Peter Huber, Michael Klien, Ines Kusmenko, Gerhard Streicher

- Die ungleiche Betroffenheit der Bundesländer von der Industrierezession trug maßgeblich zu den regionalen Unterschieden in der Entwicklung der Bruttowertschöpfung bei.
- Oberösterreich und Kärnten verzeichneten 2024 gemäß WIFO-Schnellschätzung den größten Rückgang an Bruttowertschöpfung (ohne Land- und Forstwirtschaft), Wien und Salzburg kamen vergleichsweise glimpflich davon.
- Von der Beherbergung und Gastronomie gingen im zweiten Rezessionsjahr anders als 2023 keine Wachstumsimpulse aus.
- Ein Zuwachs in der Beschäftigung im öffentlichen Dienst federte den Stellenabbau in zahlreichen anderen Sektoren ab, sodass die Gesamtbeschäftigung im Vergleich zum Vorjahr annähernd stagnierte.

Schnellschätzung der Bruttowertschöpfung 2024

Ohne Land- und Forstwirtschaft, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen), Veränderung gegen das Vorjahr in %



"Österreich befand sich 2024 im zweiten Rezessionsjahr. Der empfindliche Wertschöpfungsrückgang auf breiter Basis traf zwar sämtliche Bundesländer, aufgrund der regionalen Branchenstruktur und regional differenzierter Entwicklungen jedoch unterschiedlich hart."

Gemäß WIFO-Schnellschätzung war die Bruttowertschöpfung 2024 in allen Bundesländern rückläufig. Kärnten und Oberösterreich waren dabei am stärksten von der Industrierezession betroffen. Positive Impulse gingen von einigen Dienstleistungsbereichen und der öffentlichen Verwaltung aus, was u. a. die Wertschöpfungsentwicklung in Wien und Salzburg begünstigte (Q: WIFO, ESGV 2010, vorläufige Schätzung).

Rezession traf Österreichs Regionen unterschiedlich hart

Die Wirtschaft in den Bundesländern 2024

Julia Bachtrögler-Unger, Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner, Peter Huber, Michael Klien, Ines Kusmenko, Gerhard Streicher

Rezession traf Österreichs Regionen unterschiedlich hart. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2024

Im zweiten Rezessionsjahr 2024 schrumpfte die Bruttowertschöpfung laut WIFO-Schnellschätzung in allen Bundesländern. Dies folgte aus einem Wertschöpfungsrückgang in beinahe sämtlichen Sektoren. Am kräftigsten war er in der Sachgütererzeugung – und hier gemessen am abgesetzten Produktionswert in Kärnten, Oberösterreich und Niederösterreich. Anders als im Vorjahr gingen 2024 auch von der Beherbergung und Gastronomie keine positiven Impulse mehr aus (preisbereinigt). Eine Ausweitung des Personalstandes im öffentlichen Dienst stützte die Entwicklung der aktiv unselbständigen Beschäftigung, die im Vergleich zum Vorjahr stagnierte (+0,2%).

JEL-Codes: R10, R11, O18 • **Keywords:** Konjunktur, Sektorale Entwicklung, Regionalentwicklung, Österreich, Bundesländer

Begutachtung: Klaus Nowotny • **Wissenschaftliche Assistenz:** Fabian Gabelberger (fabian.gabelberger@wifo.ac.at), Sena Ökmen (sena.oekmen@wifo.ac.at), Maria Riegler (maria.riegler@wifo.ac.at), Birgit Schuster (birgit.schuster@wifo.ac.at), Michael Weingärtler (michael.weingaertler@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 28. 5. 2025

Kontakt: Julia Bachtrögler-Unger (julia.bachtroegler@wifo.ac.at), Anna Burton (anna.burton@wifo.ac.at), Sabine Ehn-Fragner (sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at), Peter Huber (peter.huber@wifo.ac.at), Michael Klien (michael.klien@wifo.ac.at), Ines Kusmenko (ines.kusmenko@wifo.ac.at), Gerhard Streicher (gerhard.streicher@wifo.ac.at)

Recession Hit Austria's Regions Differently. Economic Development in the Austrian Federal States in 2024

According to the WIFO Flash Estimate, gross value added shrank in all federal states in the second year of the recession. This was due to a decline in value added in almost all sectors, which was most pronounced in manufacturing – and here in Carinthia, Upper Austria and Lower Austria when measured in terms of the production value sold. In contrast to the previous year, the accommodation and food service industry no longer provided any positive impetus in 2024 either (in real terms). An increase in employment in the public sector supported the development of active employment, which stagnated compared to the previous year (+0.2 percent).

1. Wertschöpfungsrückgang auf breiter sektoraler Basis trifft alle Bundesländer

Die österreichische Wirtschaft verharrte 2024 in der Rezession (Baumgartner et al., 2025). Diese fußte sektoral auf einer breiten Basis: nur das Kredit- und Versicherungswesen, der Bereich Information und Kommunikation, die öffentliche Verwaltung sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen verzeichneten 2024 Wertschöpfungszuwächse in realer Rechnung. Auf der Verwendungsseite ist bemerkenswert, dass der Konsum der privaten Haushalte (+0,1%) trotz beträchtlicher Reallohnzuwächse (+5,3%) kaum zur Stärkung der Nachfrage beitrug (Baumgartner et al., 2025).

Die regional unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Sektoren war neben den Unterschieden in der regionalen Branchenstruktur mit ein Grund für das ungleiche Abschneiden der Bundesländer. Gemäß der Schnellschätzung des WIFO zur Entwicklung der Bruttowertschöpfung (ohne Land- und Forstwirtschaft) kamen Wien und Salzburg mit jeweils –0,2% und Tirol mit –0,5% noch

relativ glimpflich davon, während Oberösterreich (–3,5%) und Kärnten (–3,3%) die größten Wertschöpfungsrückgänge verzeichneten (siehe Abbildung "Schnellschätzung der Bruttowertschöpfung 2024", S. 297).

Oberösterreich, Kärnten und Niederösterreich waren 2024 am stärksten von der Industrie rezession betroffen; in Kärnten gingen zudem – anders als in Österreich insgesamt – auch die Nüchternungen und der Produktionswert im Bauwesen überdurchschnittlich stark zurück. Dagegen entwickelte sich der abgesetzte Produktionswert der Sachgütererzeugung in der industriell geprägten Steiermark mit –0,9% (Österreich –3,9%) vergleichsweise günstig, was u. a. auf positive Wachstumsbeiträge des Maschinenbaus, der Papier- und Pharmaindustrie sowie der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten zurückzuführen war. Tirol wies als einziges Bundesland einen Zuwachs in der abgesetzten Sachgüterproduktion aus.

Auswirkungen der Benchmark-Revision in der Volkswirtschaftlichen und der Regionalen Gesamtrechnung auf Branchen- und Bundeslandebene

Im September 2024 fand eine Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für Österreich statt. Diese Zeitreihenrevision wurde im Dezember 2024 auch in die Regionale Gesamtrechnung (RGR) überführt.

Generalrevisionen werden standardmäßig alle fünf Jahre in sämtlichen Mitgliedsländern der EU durchgeführt und dienen dazu, die VGR an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen und dabei die EU-weite Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten. Zudem werden die Revisionen dazu genutzt, um Berechnungsmethoden zu prüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten, neue bzw. adaptierte Datengrundlagen zu integrieren und den laufenden Veränderungen im Wirtschaftsgeschehen Rechnung zu tragen.

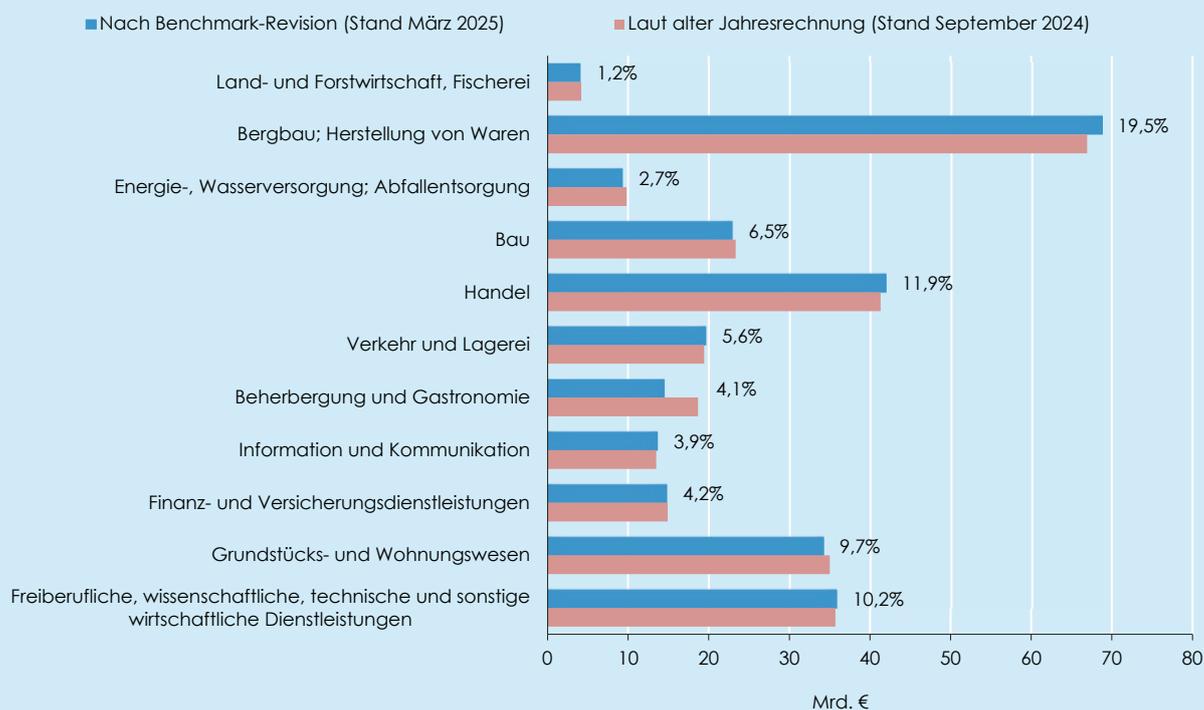
Von der aktuellen Generalrevision besonders betroffen ist die ÖNACE-2008-Abteilung I (Beherbergung und Gastronomie). Laut Informationsschreiben der Statistik Austria folgt dies aus zwei verschiedenen Adaptierungen:

- Anpassungen bei den Zuschätzungen in der Beherbergung und Gastronomie: Die bisherigen Abweichungen zwischen dem in der VGR ausgewiesenen Produktionswert und der entsprechenden Basisstatistik (Leistungs- und Strukturerhebung) verkleinerten sich im Zuge der Revision deutlich. Die überarbeitete Zeitreihe weist daher eine deutlich reduzierte Bruttowertschöpfung aus.
- Im Zuge der Revision erfolgte eine Neuberechnung der Ausgaben für Geschäftsreisen als Teil der Vorleistungen. Sie führte insgesamt zu einer Verringerung der Vorleistungen und damit zu einer Erhöhung der Bruttowertschöpfung.

In Summe wirkte sich die Anpassung der Zuschätzung stärker als die Revision der Geschäftsreisen auf die Wertschöpfung der Beherbergung und Gastronomie aus, wodurch sich der ausgewiesene nominelle Gesamtwert für das Jahr 2019¹⁾ von 18,7 Mrd. € auf 14,5 Mrd. € verringerte (-22,2%; Abbildung 1). Somit reduzierte sich der Anteil der Branche an der Summe der Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche infolge der Generalrevision in der Jahresrechnung von 5,3% auf 4,1%. Auch preisbereinigt (Basisjahr 2015) fiel die Wertschöpfung der Beherbergung und Gastronomie nach der Revision wesentlich geringer aus; sie schrumpfte für 2019 von ursprünglich 16,1 Mrd. € auf 12,5 Mrd. € (-22,6%; Wertschöpfungsanteil -1,1 Prozentpunkte auf 3,8%).

Abbildung 1: **Nominelle Wertschöpfung in Österreich nach Wirtschaftsbereichen 2019**

Absolutwerte und Anteile an der Summe der Wirtschaftsbereiche vor und nach der Benchmark-Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung



Q: Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; WIFO-Berechnungen. Prozentwerte gemäß revidiertem Datenstand vom März 2025. Die Bereiche öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen, Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie die sonstigen Dienstleistungen i. w. S. sind nicht dargestellt.

Die Revision der Wertschöpfung laut VGR übersetzte sich regional sehr unterschiedlich in die entsprechenden Positionen in der RGR. Im Allgemeinen wirkte sich die Revision in tourismusintensiven Bundesländern stärker aus. Somit erfuhr die nominelle Wertschöpfung der Beherbergung und Gastronomie in Westösterreich (Salzburg, Tirol, Vorarlberg) die kräftigsten Abwärtskorrekturen (zwischen –25,9% und –28,9% im Vergleichsjahr 2019). Für die typischen Sommerdestinationen Österreichs – das Burgenland, die Steiermark und Kärnten – entspricht das Revisionsausmaß in etwa dem Bundesdurchschnitt (–20,8% bis –23,6%), in Nieder- und Oberösterreich sowie in Wien waren die Revisionen geringer (zwischen –16,1% und –18,2%).

Wesentlich ist, dass die in diesem Beitrag präsentierte WIFO-Schnellschätzung ebenso wie zukünftige Schnellschätzungen auf Basis der generalrevidierten RGR nicht direkt mit früheren RGR-basierten Schätzungen vergleichbar sind.

¹⁾ Das Jahr 2019 wurde als Referenzjahr gewählt, weil es bereits außerhalb des Zeitrahmens der laufenden Revisionen liegt und zudem kein Krisenjahr ist.

Der Bereich Beherbergung und Gastronomie, der noch 2023 die Rezession gedämpft hatte, büßte real 3,9% an Wertschöpfung ein (Baumgartner et al., 2025), obwohl die Nächtigungen und die nominellen Reiseverkehreinnahmen kräftig wuchsen (Fritz & Ehn-Fragner, 2025). Unabhängig von der negativen Wertschöpfungsentwicklung am aktuellen Datenrand war der Kernbereich des Tourismus auch überproportional von der Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) Ende 2024 durch Statistik Austria betroffen (siehe Kasten "Auswirkungen der Benchmark-Revision in der Volkswirtschaftlichen und der Regionalen Gesamtrechnung auf Branchen- und Bundeslandebene").

Auf dem Arbeitsmarkt stagnierte die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten im Jahr 2024 (+0,2%) trotz der Rezession, was nicht zuletzt einem deutlichen Wachstumsbeitrag des öffentlichen Sektors (+2,5% bzw. gewich-

tet +0,7 Prozentpunkte) zu verdanken war. Dem gegenüber standen Beschäftigungsverluste in der Sachgütererzeugung, im Bauwesen, in den unternehmensnahen Dienstleistungen sowie im Handel. Im Bundesländervergleich verzeichnete Wien mit +1,1% vor Salzburg und Tirol mit jeweils +0,8% den kräftigsten Beschäftigungszuwachs. In Oberösterreich (–0,5%), Kärnten und der Steiermark (jeweils –0,3%) sowie in Niederösterreich (–0,1%) war die Beschäftigung hingegen rückläufig. Die Arbeitslosigkeit stieg österreichweit um 10% an, am stärksten in Oberösterreich (+17,2%) und der Steiermark (+12,3%).

Die folgenden Kapitel beschäftigen sich eingehend mit der sektoralen Wirtschaftsentwicklung in den österreichischen Bundesländern im Jahr 2024. Anschließend folgen eine Analyse der regionalen Arbeitsmarktentwicklung sowie eine kurze Zusammenfassung.

2. Energiekrise löst Zulieferkrise in der Sachgütererzeugung ab

Die Produktion der österreichischen Sachgütererzeugung schrumpfte 2024 bereits das zweite Jahr in Folge. Auch der Personalstand nahm mit –1,4% deutlich ab.

Österreichs Sachgüterproduktion gab nach dem Einbruch des Vorjahres auch im 1. Halbjahr 2024 weiter nach (–6,1%). Im 2. Halbjahr folgte eine leichte Erholung; österreichweit ging die abgesetzte Produktion um 1,6% zurück, wobei sich – anders als im 1. Halbjahr – in einzelnen Bundesländern (Burgenland, Steiermark, Tirol) moderate Zuwächse ergaben. Der Jahresdurchschnitt bilanzierte allerdings nur Tirol positiv, insgesamt schrumpfte der Warenabsatz gegenüber 2023 um fast 4%.

Der Erzeugerpreisindex EPI¹⁾, der 2023 bereits deutlich an Dynamik eingebüßt hatte (rund +2% nach +19% 2022), ging 2024 um 3,6% zurück, wobei der Rückgang auf die Energieerzeugung (–18%) zurückzuführen war, während die anderen Komponenten des EPI leichte Preissteigerungen aufwiesen. In der Sachgütererzeugung verteuerten sich die Erzeugerpreise 2024 um durchschnittlich 1%, wobei die höchste Preissteigerung mit +6% in der Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (ÖNACE 2008, Abtei-

lung C33) beobachtet wurde. Diese Branche ist mit ihrem dienstleistungsnahen Charakter kaum dem internationalen Wettbewerb unterworfen. Zudem weist sie im Vergleich mit anderen Sachgüterbranchen einen sehr hohen Lohnanteil von fast einem Viertel auf, wodurch sie den hohen Lohnabschlüssen der letzten Jahre stärker ausgesetzt war. Die übrigen Abteilungen der Sachgütererzeugung verzeichneten Preiserhöhungen von weniger als 3%; merkliche Preisrückgänge zwischen –2% und –3% gab es in der Papierherstellung, der chemischen und der pharmazeutischen Industrie.

Der Außenhandel ist in Österreich der wesentliche Treiber der Sachgüterproduktion, fließen doch rund zwei Drittel davon in den Export. Mit –4,6% an Warenhandelsvolumen entsprach die Exportentwicklung daher recht gut der Entwicklung des Gesamtabsatzes (–3,9%), wobei der Rückgang in der Warenausfuhr praktisch ausschließlich vom EU-Binnenhandel verursacht wurde, der nicht zuletzt aufgrund der Konjunkturlaute in

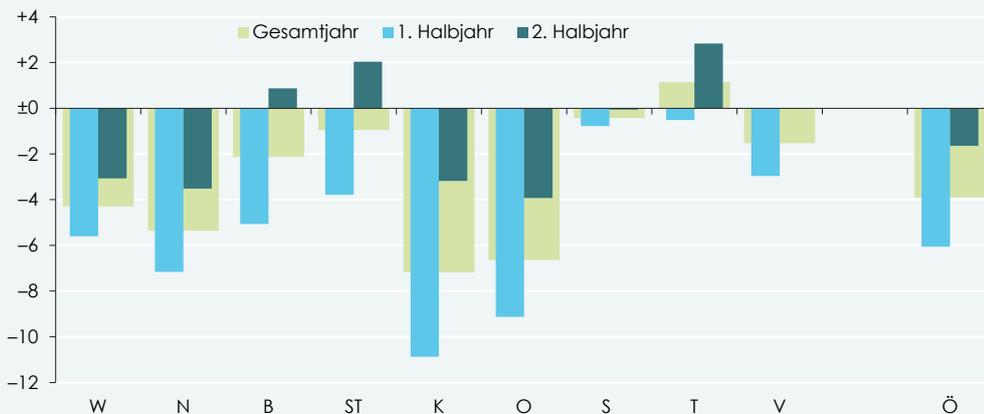
¹⁾ Der EPI umfasst den Bergbau, die Sachgütererzeugung sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Deutschland, dem mit großem Abstand wichtigsten Handelspartner, um 6,7% abnahm. Positive Beiträge von 0,6 bzw. 0,2 Prozentpunkten leistete der Warenaußenhandel mit Amerika und Asien, der um über 5% bzw. 2% ausgeweitet wurde. Nach Branchen (ÖNACE-2008-Abteilungen) gingen nennenswerte positive Impulse nur von der Nahrungsmittelherstellung (+0,3 Prozentpunkte), der Papierherstellung und der pharmazeu-

tischen Industrie aus (je +0,1 Prozentpunkte). Dämpfend wirkten vor allem die chemische Industrie (-1 Prozentpunkt) und die in Österreich bedeutsamen "Metallbranchen", zu denen u. a. die Metallherzeugung, der Maschinen- und der Fahrzeugbau²⁾ zählen. Letztere trugen in Summe mehr als 3 Prozentpunkte zum Rückgang des Exportvolumens bei.

Abbildung 2: **Entwicklung der Sachgütererzeugung 2024**

Abgesetzter nomineller Produktionswert, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Herstellung von Waren einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Übersicht 1: **Entwicklung von Sachgütererzeugung, Energie- und Wasserversorgung 2024**

	Sachgütererzeugung			Energie- und Wasserversorgung
	Abgesetzter Produktionswert, nominell ¹⁾	Technischer Produktionswert, nominell ²⁾	Produktionsindex 2015 = 100, real	Abgesetzter Produktionswert, nominell ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Österreich	- 3,9	- 4,0	- 4,6	- 20,3
Wien	- 4,3	- 1,2	+ 1,8	- 23,7
Niederösterreich	- 5,4	- 6,9	- 6,3	- 18,5
Burgenland	- 2,1	- 1,4	- 1,7	- 27,5
Steiermark	- 0,9	- 1,9	- 1,8	- 11,2
Kärnten	- 7,2	- 5,9	- 5,8	- 16,5
Oberösterreich	- 6,6	- 7,1	- 8,4	- 24,9
Salzburg	- 0,4	- 1,5	- 5,1	- 4,4
Tirol	+ 1,1	+ 4,7	- 0,7	- 8,2
Vorarlberg	- 1,5	- 1,0	- 3,6	- 3,9

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Sachgütererzeugung: Herstellung von Waren einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. – ¹⁾ Wert der abgesetzten Güter und Leistungen aus Haupt- und Nebentätigkeiten der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer. – ²⁾ Wert der Eigenproduktion der Unternehmen für Absatz und für interne Lieferungen, einschließlich Lohnarbeit.

Daten zum Außenhandel in den Bundesländern liegen erst für das 1. Halbjahr 2024 vor; bei einem durchschnittlichen Rückgang um mehr als 5% wiesen nur zwei Bundesländer

Zuwächse auf (Tirol +4%, Wien knapp +1%). Die größten Exportrückgänge zeigten sich in Oberösterreich (-10,5%) und in Salzburg (-7,9%).

²⁾ Aus dieser Branchengruppe konnte nur der sonstige Fahrzeugbau (ÖNACE 2008, Abteilung C30) ein, wenn auch nur moderates, positives Ergebnis erzielen.

Übersicht 2: **Entwicklung des nominellen Produktionswertes der Sachgütererzeugung nach Branchen 2024**

	Wien	Nieder- österreich	Burgen- land	Steier- mark	Kärnten	Ober- österreich	Salzburg	Tirol	Vorarl- berg	Österreich	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %										
C10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	- 1,4	+ 3,1	- 1,6	+ 0,2	- 0,2	+ 0,1	+ 3,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1
C11	Getränkeherstellung	+ 3,1	- 1,4	+ 3,5	+ 4,4	- 13,2	- 0,7	+ 3,8	+ 6,7	- 4,6	+ 2,8
C12	Tabakverarbeitung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
C13	Herstellung von Textilien	+ 21,5	- 3,5	.	- 4,8	.	+ 6,2	- 10,5	- 7,7	- 13,0	- 6,6
C14	Herstellung von Bekleidung	.	.	.	- 8,6	.	- 8,5	- 13,2	+ 8,6	.	- 12,0
C15	Herstellung von Leder-, -waren und Schuhen	.	.	- 0,4	.	.	- 14,8	.	.	- 13,1	- 10,4
C16	Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb-, Korkwaren	- 13,2	- 8,8	+ 4,9	- 1,4	- 2,6	- 0,9	- 4,4	- 6,7	+ 0,4	- 4,0
C17	Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	- 41,1	+ 19,3	.	+ 13,2	- 3,5	- 3,6	.	.	- 2,3	+ 1,3
C18	Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	+ 5,4	- 8,1	- 9,8	+ 0,2	- 0,3	- 0,8	- 5,8	- 4,0	- 6,5	- 3,5
C19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	.	.	-	-	-	.	-	-	.	.
C20	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	+ 14,1	- 13,2	.	+ 3,3	- 8,9	- 5,2	+ 0,6	.	.	- 3,4
C21	Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	+ 23,4	+ 27,6	.	+ 16,6	.	.	.	+ 21,5	.	+ 18,2
C22	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	- 4,1	- 8,5	- 7,6	- 0,4	- 3,6	- 2,8	+ 2,3	- 0,9	- 5,5	- 3,9
C23	Herstellung von Glas und -waren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	- 7,0	- 5,3	- 18,9	- 4,1	+ 0,4	- 4,9	- 1,2	- 2,2	- 9,2	- 4,1
C24	Metallerzeugung und -bearbeitung	.	- 7,2	-	- 9,6	- 9,6	- 7,2	.	+ 10,9	.	- 5,5
C25	Herstellung von Metallerzeugnissen	+ 2,3	- 5,6	- 17,9	- 1,7	+ 7,5	- 9,2	- 3,1	- 6,6	- 0,0	- 4,7
C26	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	+ 1,1	- 14,4	.	+ 8,6	- 14,3	- 0,2	- 6,4	.	+ 4,0	- 6,1
C27	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	- 9,6	+ 0,1	- 4,9	+ 4,7	- 6,5	- 20,4	- 15,4	+ 0,5	- 3,5	- 7,9
C28	Maschinenbau	+ 6,9	- 13,7	- 16,9	+ 6,6	- 6,9	- 6,6	- 9,2	- 11,5	+ 4,3	- 5,3
C29	Herstellung von Kraftwagen und -teilen	+ 67,2	- 4,2	.	- 11,5	.	- 4,2	+ 18,8	+ 8,7	- 1,8	- 2,0
C30	Sonstiger Fahrzeugbau	+ 30,0	- 7,9	.	+ 13,1	- 41,1	- 22,9	- 2,3	.	.	- 3,0
C31	Herstellung von Möbeln	- 9,3	- 1,9	- 4,9	- 4,8	- 1,2	- 9,1	+ 2,8	- 1,4	- 1,4	- 4,9
C32	Herstellung von sonstigen Waren	- 46,1	+ 14,8	- 7,1	+ 5,3	+ 4,3	- 3,6	- 8,9	+ 2,4	- 1,6	- 21,9
C33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	- 3,2	- 1,0	- 7,5	+ 3,7	- 2,3	- 1,3	- 3,7	+ 3,4	- 0,6	- 1,6
B bis C	Herstellung von Waren und Bergbau	- 4,3	- 5,4	- 2,1	- 0,9	- 7,2	- 6,6	- 0,4	+ 1,1	- 1,5	- 3,9
B bis C	Unbekannt bzw. geheim	- 20,4	- 7,3	+ 5,5	- 8,0	- 7,6	+ 12,2	+ 1,0	- 0,5	- 14,0	- 6,4

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Abgesetzte Produktion.

Aufgrund der ausgeprägten Außenhandelsorientierung spiegelt das Branchenmuster in der Exportdynamik jenes der Produktionsentwicklung wider. Die stärksten Einzelimpulse in der regionalen Warenproduktion entstammen der Gruppe der "regionalen Champions"³⁾: So büßte die Kärntner Elektronikindustrie (C26) 2024 rund 14% ihres Umsatzes ein und dämpfte damit die regionale Gesamtproduktion um mehr als 5 Prozentpunkte. In Wien brach der Absatz der Herstellung sonstiger Waren (C32) gegenüber dem Vorjahr nochmals um fast die Hälfte ein und drückte damit die Gesamtbilanz ins Negative (-4,3%). Die Salzburger Getränkehersteller konnten ihre Produktion dagegen um fast

4% steigern, was mit einem positiven Impuls von 1,4 Prozentpunkten einherging. Die kräftigsten Einzelimpulse aus den übrigen Branchen entstammen der Tiroler pharmazeutischen Industrie (+21,5% bzw. 2,7 Prozentpunkte) sowie dem Wiener Fahrzeugbau; die Kfz-Herstellung und der sonstige Fahrzeugbau lieferten in Wien zusammen einen Wachstumsimpuls von 5,4 Prozentpunkten. Deutliche Absatzzrückgänge dürfte die Mineralölverarbeitung verzeichnet haben; diese Branche unterliegt zwar der Geheimhaltung, die Beiträge der geheimen Branchen waren allerdings in Wien und Niederösterreich, den beiden Bundesländern, in denen die Mine-

³⁾ "Regionale Champions" sind in Kärnten die Elektronikindustrie und in Salzburg die Getränkeherstellung; sie stellen in diesen Bundesländern fast 40% der Gesamtproduktion. In Wien ist die Herstellung sonstiger Waren, die die Münze Österreich beinhaltet, ein "regi-

onaler Champion". Diese Branche zeichnet sich durch extrem volatile Umsätze bei stabiler Beschäftigung und Wertschöpfung aus. Ihr Anteil an der Wiener Industrieproduktion betrug in der Vergangenheit teils mehr als 20%; 2024 waren es 7%.

ralölverarbeitung primär vertreten ist, deutlich negativ (Übersicht 3).

Laut Dachverband der Sozialversicherungsträger ging die unselbständige Beschäftigung in der Sachgütererzeugung gegenüber 2023 um 1,4% zurück (Übersicht 4) – mit Ausnahme des Pandemiejahres 2020 war es der erste Rückgang seit 10 Jahren. Bis auf

Wien (+0,1%) sank die Beschäftigung in sämtlichen Bundesländern, am stärksten im Burgenland (–3,9%). Wien ist zugleich jenes Bundesland, in dem die Sachgütererzeugung mit unter 6% den geringsten Anteil an der Gesamtbeschäftigung aufweist. Der österreichische Durchschnitt beträgt 16,3%, die höchsten Anteile finden sich mit jeweils rund 26% in Oberösterreich und Vorarlberg.

Übersicht 3: **Gewichtete Veränderungsrate des nominellen Produktionswertes der Sachgütererzeugung nach Branchen 2024**

		Wien	Nieder- österreich	Burgen- land	Steier- mark	Kärnten	Ober- österreich	Salzburg	Tirol	Vorarl- berg	Österreich
		Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten									
C10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	- 0,11	+ 0,39	- 0,15	+ 0,01	- 0,02	+ 0,01	+ 0,41	+ 0,07	+ 0,13	+ 0,11
C11	Getränkeherstellung	+ 0,06	- 0,03	+ 0,33	+ 0,05	- 0,05	- 0,01	+ 1,40	+ 0,04	- 0,09	+ 0,12
C12	Tabakverarbeitung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
C13	Herstellung von Textilien	+ 0,04	- 0,01	.	- 0,03	.	+ 0,02	- 0,02	- 0,02	- 0,65	- 0,04
C14	Herstellung von Bekleidung	.	.	.	- 0,01	.	- 0,02	- 0,11	+ 0,02	.	- 0,03
C15	Herstellung von Leder-, -waren und Schuhen	.	.	- 0,00	.	.	- 0,03	.	.	- 0,00	- 0,03
C16	Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb-, Korkwaren	- 0,05	- 0,39	+ 0,08	- 0,06	- 0,24	- 0,02	- 0,30	- 0,59	+ 0,01	- 0,17
C17	Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	- 1,58	+ 0,35	.	+ 0,74	- 0,09	- 0,07	.	.	- 0,07	+ 0,04
C18	Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	+ 0,08	- 0,07	- 0,39	+ 0,00	- 0,00	- 0,00	- 0,07	- 0,02	- 0,07	- 0,03
C19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	.	.	-	-	-	.	-	-	.	.
C20	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	+ 1,02	- 0,88	.	+ 0,07	- 0,32	- 0,27	+ 0,01	.	.	- 0,14
C21	Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	+ 0,83	+ 0,09	.	+ 0,38	.	.	.	+ 2,70	.	+ 0,38
C22	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	- 0,07	- 0,28	- 0,50	- 0,00	- 0,06	- 0,14	+ 0,05	- 0,02	- 0,30	- 0,12
C23	Herstellung von Glas und -waren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	- 0,09	- 0,19	- 0,63	- 0,15	+ 0,02	- 0,10	- 0,03	- 0,17	- 0,15	- 0,13
C24	Metallerzeugung und -bearbeitung	.	- 0,50	-	- 1,57	- 0,36	- 1,13	.	+ 1,24	.	- 0,53
C25	Herstellung von Metallerzeugnissen	+ 0,06	- 0,42	- 1,48	- 0,14	+ 0,35	- 0,83	- 0,14	- 0,41	- 0,01	- 0,38
C26	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	+ 0,03	- 0,16	.	+ 0,50	- 5,23	- 0,00	- 0,16	.	+ 0,13	- 0,30
C27	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	- 0,71	+ 0,00	- 0,59	+ 0,25	- 0,10	- 1,54	- 0,26	+ 0,05	- 0,28	- 0,50
C28	Maschinenbau	+ 0,27	- 1,49	- 0,30	+ 0,81	- 0,83	- 1,09	- 1,37	- 1,88	+ 0,70	- 0,69
C29	Herstellung von Kraftwagen und -teilen	+ 3,12	- 0,11	.	- 1,93	.	- 0,42	+ 0,36	+ 0,10	- 0,10	- 0,15
C30	Sonstiger Fahrzeugbau	+ 2,29	- 0,12	.	+ 0,19	- 0,06	- 0,91	- 0,00	.	.	- 0,07
C31	Herstellung von Möbeln	- 0,07	- 0,03	- 0,13	- 0,06	- 0,01	- 0,18	+ 0,04	- 0,03	- 0,02	- 0,07
C32	Herstellung von sonstigen Waren	- 6,02	+ 0,18	- 0,18	+ 0,02	+ 0,03	- 0,03	- 0,18	+ 0,02	- 0,08	- 0,48
C33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	- 0,42	- 0,02	- 0,17	+ 0,07	- 0,06	- 0,03	- 0,13	+ 0,06	- 0,01	- 0,05
B bis C	Herstellung von Waren und Bergbau	- 4,30	- 5,36	- 2,13	- 0,94	- 7,18	- 6,64	- 0,43	+ 1,14	- 1,52	- 3,90
B bis C	Unbekannt bzw. geheim	- 2,98	- 1,68	+ 1,98	- 0,07	- 0,25	+ 0,15	+ 0,05	- 0,04	- 0,69	- 0,32

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Abgesetzte Produktion. Gewichtung der Veränderungsrate mit dem Anteil an der gesamten Sachgütererzeugung ("Wachstumsbeitrag" der Branchen zur Entwicklung der gesamten Sachgütererzeugung).

Mit -1,1% war der Beschäftigungsrückgang unter Frauen etwas geringer als unter Männern (-1,4%). Der Frauenanteil am Personal der Warenherstellung blieb mit rund 26% eher gering, wenngleich regionale Unterschiede erkennbar sind: in Wien weist die Sachgütererzeugung mit nahezu 30% den höchsten, in Niederösterreich und der Steiermark mit jeweils 24,6% den niedrigsten Frau-

enanteil auf. Diese Unterschiede sind nicht zuletzt durch den Branchenmix bedingt, zeigen die Einzelsektoren doch merklich abweichende Frauenanteile: Am niedrigsten ist der Frauenanteil mit 13% in der Metallerzeugung. Auch der Maschinen- und der Fahrzeugbau weisen mit 17% bis 18% geringe Anteile auf. Weiblich dominiert sind hingegen die Herstellung von Bekleidung sowie die

Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen (77% bzw. 55%). Auch in der Nahrungsmittel- und Textilherstellung, in der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen und in der Herstellung sonstiger Waren finden sich mit 43% bis 48% viele weibliche Beschäftigte.

Im Bundesdurchschnitt trugen neben der Herstellung von Metallerzeugnissen (-0,4 Prozentpunkte) die Kfz-Herstellung, die Baustoffherzeugung, die Herstellung von Möbeln und die Herstellung von Holzwaren (jeweils rund -0,2 Prozentpunkte) am stärksten zum Beschäftigungsrückgang in der Sachgütererzeugung bei. Nur in drei der 24 Sachgüterbranchen wuchs österreichweit die Zahl der Beschäftigten (Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen, Metallerzeugung).

Der Strukturwandel hielt an, niedrig sowie mäßig technologieintensive Branchen verloren mit -1,8% überdurchschnittlich viele Beschäftigte, während Hochtechnologiebranchen mit +0,7% weiter an Personal gewannen.

Da die Beschäftigung mit -1,4% schwächer schrumpfte als der Absatz (-3,9%), nahm die durchschnittliche Produktivität der österreichischen Sachgütererzeugung 2024 um 2,7% ab – bei merklichen regionalen Unterschieden. In Ober- und Niederösterreich sank sie um mehr als 5%, während sie in Tirol um fast 5% anstieg. Den zweithöchsten Zuwachs erzielte das Burgenland mit beinahe 4%. Die Lohnsätze stiegen hingegen infolge der österreichweiten Lohnsetzung relativ einheitlich um rund 7% bis 8%.

Übersicht 4: Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage in der Sachgütererzeugung nach Sektoren 2024

	Produktivität ¹⁾	Lohnsatz ²⁾	Unselbständig Beschäftigte ³⁾	Insgesamt	Unselbständig Beschäftigte ⁴⁾ Technologieintensität ⁵⁾			
					Niedrig	Mäßig	Erheblich	Hoch
Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Österreich	- 2,7	+ 7,2	- 1,4	- 1,4	- 1,8	- 1,8	- 1,1	+ 0,7
Wien	- 1,0	+ 6,9	- 0,2	+ 0,1	- 2,7	- 1,9	+ 3,0	+ 1,5
Niederösterreich	- 5,5	+ 7,0	- 1,4	- 1,5	- 0,0	- 2,3	- 1,9	- 5,0
Burgenland	+ 3,8	+ 6,9	- 5,1	- 3,9	- 3,5	- 5,3	- 2,9	+ 2,5
Steiermark	- 0,7	+ 8,4	- 1,2	- 1,4	- 2,0	- 1,5	- 1,7	+ 1,0
Kärnten	- 4,6	+ 7,7	- 1,3	- 1,2	- 1,6	- 2,3	+ 0,1	- 0,6
Oberösterreich	- 5,6	+ 6,4	- 1,6	- 1,6	- 2,8	- 0,2	- 1,9	- 2,1
Salzburg	+ 0,3	+ 7,5	- 1,7	- 1,4	- 1,3	- 2,9	+ 0,9	- 5,0
Tirol	+ 4,9	+ 6,8	- 0,2	- 0,4	- 0,9	- 3,2	- 0,5	+ 5,6
Vorarlberg	+ 1,1	+ 8,2	- 2,0	- 2,0	- 2,8	- 3,1	- 0,2	+ 2,5

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Technischer Produktionswert pro Kopf (unselbständig Beschäftigte). – ²⁾ Bruttoverdienste und Sonderzahlungen pro Kopf (unselbständig Beschäftigte), laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria. – ³⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria. – ⁴⁾ Laut Dachverband der Sozialversicherungsträger. – ⁵⁾ ÖNACE-2008-Abteilungen. Niedrig . . . Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (C10), Getränkeherstellung (C11), Tabakverarbeitung (C12), Herstellung von Textilien (C13), Herstellung von Bekleidung (C14), Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen (C15), Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel) (C16), Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus (C17), Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern (C18), Herstellung von Möbeln (C31), Herstellung von sonstigen Waren (C32). Mäßig . . . Kokerei und Mineralölverarbeitung (C19), Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (C22), Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (C23), Metallerzeugung und -bearbeitung (C24), Herstellung von Metallerzeugnissen (C25), Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (C33). Erheblich . . . Herstellung von chemischen Erzeugnissen (C20), Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (C27), Maschinenbau (C28), Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (C29), sonstiger Fahrzeugbau (C30). Hoch . . . Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (C21), Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (C26).

3. Krise in der Bauwirtschaft ebbt ab

Im Bauwesen setzten sich die empfindlichen Rückgänge des Vorjahres nur mehr begrenzt fort. Im Jahresverlauf 2024 zeigte sich eine allmähliche Stabilisierung.

Nach dem Einbruch der Bauinvestitionen im Jahr 2023 stand auch das Jahr 2024 zunächst ganz im Zeichen der herausfordernden makroökonomischen Rahmenbedingungen mit erschwerter Finanzierung (hohe Zinsen, KIM-VO⁴⁾ und ungünstiger Kostendynamik (hohe Inflation und kräftiges Baukostenwachstum). Dementsprechend

schrumpften die Bauinvestitionen auch im I. Quartal 2024 kräftig (-11,0%; real, laut VGR), was den pessimistischen Konjunktureinschätzungen entsprach. Die Verlangsamung des Rückgangs in den Folgequartalen (-5,0%, -3,5%, -3,1% im II. bis IV. Quartal) war jedoch Ausdruck einer Stabilisierung der Baukonjunktur. Besonders deutlich war die

⁴⁾ Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung.

Bodenbildung im Wohnbau, welcher stärker als die anderen Teilsegmente des Bauwesens unter den ungünstigen Rahmenbedingungen gelitten hatte: Waren im I. Quartal 2024 noch Rückgänge von 14,5% zu beobachten, so verkleinerten sie sich schrittweise bis auf –3,5% im IV. Quartal 2024. Die Bodenbildung ist zwar ein deutliches Zeichen einer aufklarenden Baukonjunktur, dürfte aber laut WIFO-Prognose vom März 2025 nicht unmittelbar in eine Wachstumsphase umschlagen. Für das laufende Jahr erwartet das WIFO eher eine Seitwärtsbewegung.

Aufgrund der hohen, aber abnehmenden Inflation ist ein Vergleich der Bauproduktion der Jahre 2023 und 2024 schwierig. Der scheinbar stärkere Rückgang des nominalen Produktionswertes im Jahr 2024 (–2%) gegenüber der Stagnation 2023 erklärt sich durch die drastischen Baukostensteigerungen infolge des Ukraine-Krieges. Preisbereinigt war der Rückgang der Bauproduktion im Jahr 2024 zwar ebenfalls ausgeprägt, aber schwächer als im Vorjahr. Aus regionaler Perspektive sank der Produktionswert 2024 in allen Bundesländern bis auf Niederösterreich (+0,2%). Regionale Muster in der

Bauproduktion gab es keine, die stärksten Einbußen waren auch regional breit gestreut (Vorarlberg –6,5%, Kärnten –4,4%, Wien –3,6%). Ebenfalls spürbar schrumpfte die Bauproduktion im Burgenland (–2,9%), der Steiermark (–1,6%) und Oberösterreich (–1,6%). Leichte Rückgänge verzeichneten Salzburg (–0,9%) und Tirol (–0,6%).

Die Aufschlüsselung der Produktionsentwicklung nach Sparten zeigt sehr deutlich, woher die Einbußen des abgelaufenen Jahres stammen: Mit –7,6% stand der Hochbau (ÖNACE 2008, Abteilung F41) im Zentrum der Rezession. In einzelnen Bundesländern konnte er sich zwar von der Abwärtsentwicklung abkoppeln (Kärnten +2,0%, Burgenland +0,7%), insgesamt war der Hochbau jedoch in sechs von neun Bundesländern das schwächste Segment. Vergleichsweise stabil verliefen die sonstigen Bautätigkeiten (F43), hier stagnierte die Produktion im Jahr 2024 nominell. Eine Konjunkturstütze war der Tiefbau, dem sogar ein Produktionswachstum von 2,4% gelang. Über die Bundesländer hinweg war die Entwicklung jedoch wie üblich volatil und wenig einheitlich.

Übersicht 5: Nomineller Produktionswert und Auftragseingänge der Bauwirtschaft 2024

	Insgesamt	Hochbau	Tiefbau	Sonstige Bautätigkeiten	Auftragseingänge
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Österreich	– 2,0	– 7,6	+ 2,4	+ 0,0	+ 4,8
Wien	– 3,6	– 12,8	+ 14,6	+ 1,2	+ 5,5
Niederösterreich	+ 0,2	– 2,2	+ 2,9	+ 0,6	+ 0,3
Burgenland	– 2,9	+ 0,7	– 21,7	– 0,8	+ 6,1
Steiermark	– 1,6	– 7,8	+ 5,5	– 0,1	+ 1,1
Kärnten	– 4,4	+ 2,0	– 26,0	– 5,4	+ 8,4
Oberösterreich	– 1,6	– 8,0	+ 2,8	– 0,4	+ 0,9
Salzburg	– 0,9	– 1,3	– 2,3	– 0,1	+ 39,8
Tirol	– 0,6	– 7,2	+ 4,5	+ 2,2	+ 2,4
Vorarlberg	– 6,5	– 18,2	+ 2,9	– 0,4	+ 6,0

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Abgesetzte Produktion (ÖNACE). Fortschreibung der endgültigen Werte 2023 mit den Veränderungsraten der vorläufigen Datenstände 2023 und 2024.

Die Krise in der Bauwirtschaft schlug erst verzögert auf den Arbeitsmarkt durch. So schrumpfte die Baubeschäftigung erst ab dem 2. Halbjahr 2023 (–0,5%). 2024 beschleunigte sich der Rückgang deutlich. Im Gesamtjahr sank die Zahl der unselbständig Beschäftigten um 2,9% bzw. 8.300 Beschäftigungsverhältnisse. Unterjährig schwankten die Verluste zwischen 3,2% und 2,4%. Nach Bundesländern schrumpfte die Baubeschäftigung in Wien (–4,0%), dem Burgenland (–3,9%), Vorarlberg (–3,5%), Oberösterreich (–3,3%) sowie der Steiermark (–3,0%) überdurchschnittlich kräftig, etwas schwächer dagegen in Niederösterreich (–2,7%), Salzburg (–2,3%), Kärnten (–1,6%) sowie Tirol (–0,5%). Da der Hochbau in praktisch allen Bundesländern deutlich zurückging, ergaben sich die Unterschiede in den Verände-

rungsdaten vielfach durch gegenläufige Entwicklungen im Tiefbau, der 2024 in fünf von neun Bundesländern seinen Personalstand ausbaute. Das Baunebengewerbe verlor demgegenüber in allen Bundesländern an Beschäftigten, die Bandbreite lag zwischen –1,1% und –4,6%.

Die Entwicklung der Auftragseingänge – ein wichtiger Vorlaufindikator – war 2024 wieder deutlich günstiger als im Vorjahr. Im Österreich-Durchschnitt lag der Zuwachs bei 4,8%, wobei alle Bundesländer positive Werte auswiesen. Die teilweise höheren Wachstumsraten, z. B. in Salzburg, hängen mit Tiefbau-Großprojekten zusammen. Die Stabilisierung der Auftragseingänge spricht ebenfalls dafür, dass die österreichische Bauwirtschaft den Tiefpunkt bereits überwunden hat.

4. Dienstleistungen: Verlangsamung der Beschäftigungsdynamik setzt sich bundesweit fort

4.1 Rückläufige Beschäftigung im Handel

2024 schrumpfte die Beschäftigung im österreichischen Handel trotz vereinzelter Zuwächse in Salzburg und dem Burgenland.

Die anhaltende Rezession belastete den österreichischen Handel auch 2024. Auf die Stagnation im Vorjahr ($\pm 0,0\%$) folgte ein Rückgang der unselbständigen Beschäftigung von 0,8%. Während die Beschäftigung im Großhandel 2023 noch zugelegt hatte, war sie 2024 in allen Bundesländern bis auf Wien und Salzburg rückläufig (Österreich insgesamt $-0,5\%$). Gleichzeitig schrumpfte der Großhandelsumsatz laut Konjunkturindex (Basis 2021) sowohl nominell als auch real um 3,3%.

Im Einzelhandel zeigte sich 2024 ein ähnliches Bild wie im Vorjahr; während die Beschäftigung um 1,5% zurückging, ergaben sich nominell und real Umsatzzuwächse ($+2,1\%$ bzw. $+0,5\%$). Die stärksten nominellen Umsatzrückgänge innerhalb des Einzelhandels verzeichnete laut Schätzungen des Instituts für Österreichs Wirtschaft wie auch im Vorjahr der Möbelhandel ($-9,4\%$), vor dem Sportartikelhandel ($-5,2\%$), während der Lebensmitteleinzelhandel ($+4,3\%$) und die Drogerien ($+4,0\%$) die kräftigsten Zuwächse erzielten. Im Bekleidungshandel, dem 2023 nach der Lebensmittelbranche die stärkste

Umsatzsteigerung gelungen war, blieb der nominelle Umsatz 2024 mit $+0,8\%$ nahezu unverändert. Unter Berücksichtigung der negativen Preisentwicklung verzeichnete der Bekleidungshandel mit $+2,1\%$ allerdings die deutlichste reale Absatzzunahme nach dem Elektro- und dem Onlinegeschäft (jeweils $+2,4\%$; Voithofer et al., 2024). Im Kfz-Handel (nominell $+2,1\%$, real $+0,5\%$) schwächte sich die Dynamik gegenüber dem Vorjahr nur leicht ab; die Beschäftigung stieg mit $+1,4\%$ stärker an als im Vorjahr ($+0,3\%$).

Trotz regionaler Differenzen manifestierte sich die anhaltende Rezession in der Beschäftigungsentwicklung. Der Handel insgesamt gewann 2024 nur in Salzburg ($+0,5\%$) und im Burgenland ($+0,4\%$) leicht an Beschäftigten hinzu, wobei die Zuwächse im Burgenland vor allem auf den Einzelhandel ($+0,5\%$) und in Salzburg auf den Großhandel ($+1,5\%$) zurückzuführen waren. Im Einzelhandel verzeichnete neben dem Burgenland nur Vorarlberg ($+0,3\%$) Beschäftigungszuwächse, im Großhandel neben Salzburg nur Wien ($+0,4\%$). In Kärnten büßte der Handel wie bereits im Vorjahr am stärksten an Beschäftigung ein ($-1,6\%$), wozu insbesondere der Großhandel ($-3,0\%$) beitrug.

Übersicht 6: Unselbständige Beschäftigung im Handel 2024

Nach ÖNACE

	Kfz-Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Großhandel	Einzelhandel	Handel insgesamt		
				Unselbständig aktiv Beschäftigte	Geringfügig Beschäftigte	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Österreich	+ 1,4	- 0,5	- 1,5	- 0,8	- 3,0	
Wien	+ 1,1	+ 0,4	- 1,3	- 0,4	- 1,8	
Niederösterreich	+ 1,6	- 0,5	- 2,7	- 1,3	- 4,6	
Burgenland	+ 2,2	- 0,7	+ 0,5	+ 0,4	- 2,0	
Steiermark	+ 1,6	- 0,5	- 1,9	- 1,0	- 1,6	
Kärnten	+ 2,9	- 3,0	- 2,1	- 1,6	- 4,3	
Oberösterreich	+ 1,0	- 1,4	- 0,7	- 0,8	- 3,5	
Salzburg	+ 2,6	+ 1,5	- 0,8	+ 0,5	- 3,5	
Tirol	+ 0,5	- 0,8	- 2,1	- 1,4	- 3,3	
Vorarlberg	- 1,1	- 1,4	+ 0,3	- 0,4	- 1,7	

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

4.2 Beschäftigung in den sonstigen Marktdienstleistungen stagniert trotz Wachstums in den wissensintensiven Dienstleistungen

Nach einer leichten Erholung im Vorjahr stagnierte die Beschäftigung in den sonstigen marktorientierten Dienstleistungen im Jahr 2024.

Bereits im 2. Halbjahr 2023 war in den sonstigen Marktdienstleistungen eine kontinuierliche Abnahme der Beschäftigungsdynamik zu beobachten gewesen, die sich im Jahresverlauf 2024 fortsetzte. Nachdem die Beschäftigung im Gesamtjahr 2023 noch leicht zulegen konnte, stagnierte sie 2024 auf dem

Niveau des Vorjahres ($+0,0\%$). Während die wissensintensiven Dienstleistungen mit $+2,2\%$ deutlich positiv zur Beschäftigung beitrugen, verzeichneten die übrigen marktorientierten Dienstleistungen einen Beschäftigungsrückgang von $1,5\%$. Starke Zuwächse gab es wie im Vorjahr in der Unternehmensberatung ($+7,0\%$) und in der Luftfahrt ($+7,6\%$), etwas geringere in den IT-Dienstleistungen ($+3,4\%$). In der Arbeitskräfteüberlassung brach der Personalstand mit $-14,2\%$ noch deutlicher ein als 2023 ($-8,7\%$).

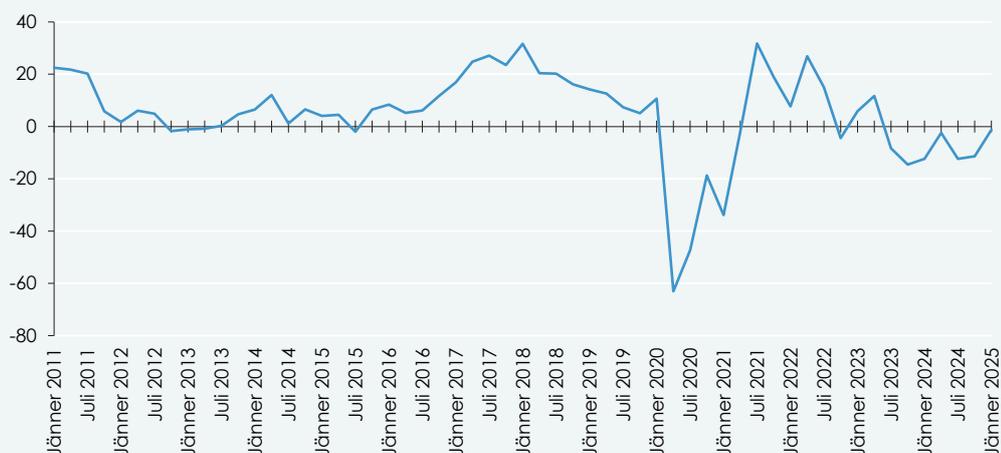
Übersicht 7: Beschäftigungsentwicklung in den sonstigen marktorientierten Dienstleistungen 2024

	Wissensintensive Dienstleistungen ¹⁾	Übrige marktorientierte Dienstleistungen ²⁾	Insgesamt
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Österreich	+ 2,2	- 1,5	+ 0,0
Wien	+ 2,2	- 0,5	+ 0,8
Niederösterreich	+ 1,9	- 0,4	+ 0,3
Burgenland	+ 1,1	- 1,7	- 0,6
Steiermark	+ 1,7	- 2,6	- 1,0
Kärnten	+ 2,2	- 3,8	- 1,6
Oberösterreich	+ 2,7	- 4,4	- 1,8
Salzburg	+ 3,2	+ 1,5	+ 2,1
Tirol	+ 2,6	- 0,4	+ 0,7
Vorarlberg	+ 2,1	- 1,6	- 0,3

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ ÖNACE 2008, Abschnitte K, M und Abteilungen J62, J63. – ²⁾ ÖNACE 2008, Abschnitte H, L, N, R, T und Abteilungen J58 bis J61, S95, S96.

Abbildung 3: Konjunkturschätzung in den sonstigen marktorientierten Dienstleistungen

Entwicklung der Geschäftslage in den letzten 3 Monaten, saisonbereinigte Salden zwischen positiven und negativen Meldungen, in % der meldenden Betriebe



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Wie der Handel büßten auch die sonstigen Marktdienstleistungen in der Steiermark (-1,0%) und in Kärnten (-1,6%) empfindlich an Beschäftigung ein. In Westösterreich blieb der Bestand dagegen nahezu unverändert (-0,2%), im Vorjahr war dort allerdings noch ein Beschäftigungswachstum von 1,0% verzeichnet worden. Zum Rückgang trug vor allem Oberösterreich bei, das mit -1,8% die größten Einbußen unter allen Bundesländern erlitt, wozu vor allem die übrigen marktorientierten Dienstleistungen (-4,4%) beitrugen. Wachstumsmotoren blieben insbesondere Salzburg und Tirol. In Ostösterreich wiesen nur die wissensintensiven Dienstleistungen (+2,1%) ähnlich wie im Bundestrend eine

deutlich positive Entwicklung auf, während die Beschäftigung in den übrigen marktorientierten Dienstleistungen dort schwächer zurückging (-0,5%) als im Bundesdurchschnitt (-1,5%).

Der Saldo aus positiven und negativen Meldungen zur jüngsten Entwicklung der Geschäftslage, der im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests erhoben wird, war für die sonstigen Marktdienstleistungen in allen Quartalen des Jahres 2024 negativ; im Jänner und Juli 2024 betrug der Saldo jeweils -12,4 Punkte. Im Jänner 2025 lag er mit -1,25 Punkten nur mehr leicht unter null.

5. Tourismus: Neue Höchstwerte bei Ankünften und Nächtigungen

2024 überschreitet die touristische Nachfrage die bisherigen Höchstmarken von 2019 um jeweils 1,1%. Im Jahresabstand wurden mit 46,7 Mio. Ankünften und 154,3 Mio. Nächtigungen Zuwächse von 3,3% bzw. 2,1% erzielt.

5.1 Wintertourismus und internationale Nachfrage als Wachstumstreiber

2024 setzte sich im heimischen Tourismus die Aufwärtstendenz aus dem Vorjahr weiter fort, wobei sich im Durchschnitt der Wintermonate eine stärkere Dynamik zeigte als von Mai bis Oktober (Ankünfte +4,5% zu +2,5%, Nächtigungen +3,5% zu +0,9%). Dennoch wurden in den Wintermonaten des Jahres 2024 die Vergleichsmarken von 2019 noch immer nicht ganz erreicht (Ankünfte -1,3%, Nächtigungen -1,4%); im Sommer überschreitet die Nachfrage indes den bisherigen Höchststand (+3,1% bzw. +3,3% gegenüber dem Vorkrisenniveau vom Sommer 2019).

Im Gesamtjahr ergaben sich in der mengenmäßigen Nachfrage nicht nur deutliche Zugewinne gegenüber 2023, sondern mit 46,7 Mio. Ankünften (+3,3%) und 154,3 Mio.

Nächtigungen (+2,1%) auch neue Höchstwerte seit Beginn der Zeitreihe 1959, welche die bisherigen Nachfragespitzen von 2019 um jeweils 1,1% übertrafen. Wie schon in den beiden Vorjahren ging das Wachstum auch 2024 vorrangig vom internationalen Segment aus (Ankünfte +4,2%, Nächtigungen +2,5%), während der Binnentourismus moderater zulegte (+1,6% bzw. +0,9%, jeweils im Vorjahresvergleich). In Bezug auf die Verweildauer in derselben Unterkunft setzte sich der langjährige Trend zu kürzeren Aufenthalten, der nur in den Pandemie Jahren 2020 und 2021 kurzzeitig durchbrochen worden war, weiter fort. Mit durchschnittlich 3,3 Nächten erreichte die Verweildauer neuerlich den bisherigen Tiefstwert von 2019 (-1,2% im Vorjahresvergleich). Tourist:innen aus dem Ausland blieben dabei länger als Binnenreisende (3,5 zu 2,8 Nächte), wenngleich sich ihre Aufenthaltsdauer stärker verkürzte (-1,6% zu -0,7% gegenüber 2023).

Übersicht 8: Tourismus im Kalenderjahr 2024

Übernachtungen

	Insgesamt	Inländische Reisende	Ausländische Reisende			Hotels und ähnliche Betriebe	Gewerbliche Ferienwohnungen	Private Unterkünfte ¹⁾	Andere Unterkünfte	
			Insgesamt	Deutsche	Andere					
	2024 in 1.000	Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Österreich	154.318	+ 2,1	+ 0,9	+ 2,5	+ 1,8	+ 3,3	+ 1,9	+ 8,1	- 1,2	+ 1,2
Wien	18.865	+ 9,3	+ 6,5	+ 9,9	+ 4,3	+ 11,7	+ 9,5	+ 20,9	- 12,5	+ 2,6
Niederösterreich	7.323	- 0,2	+ 0,0	- 0,7	+ 0,5	- 1,3	- 2,1	+ 28,6	- 5,3	+ 4,3
Burgenland	3.287	+ 4,5	+ 4,7	+ 3,8	- 0,5	+ 9,0	+ 5,2	- 0,2	- 0,1	+ 4,9
Steiermark	13.975	+ 1,8	+ 0,4	+ 3,5	+ 2,9	+ 4,1	+ 0,7	+ 6,6	+ 1,1	+ 2,7
Kärnten	13.139	- 0,3	- 1,2	+ 0,3	- 1,1	+ 2,1	- 1,8	+ 6,8	- 0,2	- 1,1
Oberösterreich	8.886	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,7	+ 4,7	+ 0,6	+ 2,3	+ 4,2	+ 0,6	+ 2,5
Salzburg	30.176	+ 0,1	- 0,5	+ 0,3	+ 0,9	- 0,3	- 0,0	+ 4,1	- 2,2	- 1,2
Tirol	49.169	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,7	+ 8,2	- 0,7	+ 2,3
Vorarlberg	9.498	+ 2,3	- 1,0	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,4	+ 1,9	+ 9,5	+ 0,5	- 1,5
	2019 in 1.000	Veränderung 2024 gegen das Vorkrisenniveau von 2019 in %								
Österreich	152.709	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,1	+ 3,1	- 0,9	- 3,4	+ 46,3	- 6,9	+ 1,0
Wien	17.605	+ 7,2	+ 10,1	+ 6,5	+ 3,0	+ 7,6	+ 2,4	+140,8	- 12,4	- 18,2
Niederösterreich	7.678	- 4,6	- 3,1	- 7,5	- 9,4	- 6,6	- 9,6	+158,2	- 3,9	+ 1,3
Burgenland	3.144	+ 4,5	+ 3,6	+ 7,7	- 1,9	+ 21,0	+ 2,1	+ 58,4	- 9,8	+ 12,5
Steiermark	13.289	+ 5,2	- 0,8	+ 13,5	+ 12,8	+ 14,2	- 2,0	+ 43,6	+ 4,3	+ 10,3
Kärnten	13.360	- 1,7	+ 1,6	- 3,8	- 3,9	- 3,6	- 8,7	+ 25,8	- 0,4	+ 0,4
Oberösterreich	8.544	+ 4,0	+ 3,9	+ 4,2	+ 8,7	- 0,1	+ 2,3	+105,3	- 5,7	+ 2,2
Salzburg	29.971	+ 0,7	- 0,4	+ 1,0	+ 5,0	- 3,0	- 3,2	+ 36,4	- 4,8	- 9,9
Tirol	49.897	- 1,5	- 3,5	- 1,3	+ 2,6	- 6,4	- 6,6	+ 37,0	- 10,2	+ 13,3
Vorarlberg	9.222	+ 3,0	+ 4,1	+ 2,9	+ 3,6	+ 1,5	+ 0,2	+ 66,1	- 9,2	- 9,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Privatquartiere und private Ferienwohnungen (jeweils auf und nicht auf Bauernhöfen).

Die nominellen Reiseverkehrseinnahmen, die auch den von der Beherbergungsstatistik nicht abgedeckten Tagestourismus sowie Ausgaben von Transitreisenden, Pendler:innen und Studierenden umfassen, stiegen 2024 ebenfalls (+5,6% im Vergleich zum Vor-

jahr). Der nominelle Zuwachs war allerdings durch den lebhaften Preisauftrieb bei touristischen Gütern und Dienstleistungen (+5,4%) getrieben, wodurch die Einnahmen in realer Rechnung stagnierten (+0,1%). Die Herausforderungen im wirtschaftlichen Umfeld,

nicht nur im Inland, sondern auch in Europa und insbesondere in Deutschland, dem wichtigsten ausländischen Quellmarkt, waren bereits 2024 in der Nachfrage spürbar. Auch die geopolitischen Spannungen trübten die Konsumstimmung. In der Folge kürzten die privaten Haushalte mit den nicht unbedingt notwendigen Ausgaben auch solche für touristische Aktivitäten oder passten ihr Reiseverhalten an, indem sie das Urlaubsbudget konstant hielten, günstigere Unterkünfte wählten, die Reisedauer verkürzten sowie Nebenausgaben (z. B. den Konsum vor Ort) einschränkten.

In Bezug auf das Nächtigungsaufkommen in österreichischen Beherbergungsbetrieben war der Anteil internationaler Gäste 2024 mit 73,9% so hoch wie zuletzt 1997 (2023: 73,6%, 2019: 73,8%). Von den insgesamt rund 114,1 Mio. Übernachtungen ausländischer Tourist:innen entfielen mit 83,0% mehr als vier Fünftel auf Quellmärkte in der EU. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutete dies zwar einen Zuwachs um absolut gut 1,7 Mio. Nächtigungen, der Marktanteil ausländischer EU-Bürger:innen ging jedoch aufgrund der schwächeren Dynamik (+1,9%, Ausland insgesamt +2,5%) um 0,5 Prozentpunkte zurück. Allein Deutsche zeichneten 2024 für gut jede zweite Nächtigung internationaler Gäste in Österreich verantwortlich (51,3%), Niederländer:innen für knapp jede zehnte (9,7%). Während diese beiden, für den österreichischen Tourismus wichtigsten Quellmärkte ihren Stellenwert im Vergleich zu 2019 sogar noch ausbauten (+1,0 bzw. +0,5 Prozentpunkte), schrumpfte der internationale Marktanteil ferner Herkunftsländer⁵⁾ von 6,3% auf 4,9%. Die noch immer drastischen Nächtigungsrückstände von Gästen aus Russland (2019/2024 –86,2%), China (–55,7%) und Japan (–53,9%) verursachten hierbei trotz Zuwächsen auf den übrigen Fernmärkten (Durchschnitt +16,0%) eine Lücke von insgesamt 21,2%.

Auf Ebene der Bundesländer entwickelten sich die Nächtigungszahlen (inländische und ausländische Gäste) insbesondere in Wien und im Burgenland sehr dynamisch (+9,3% bzw. +4,5% im Jahresabstand). Oberösterreich und Vorarlberg bilanzierten mit jeweils +2,3% leicht überdurchschnittlich. Geringfügig seltener als 2023 nächtigten die Gäste zuletzt nur in Niederösterreich und Kärnten. In diesen beiden Landesteilen sowie in Tirol blieb die Nachfrage zudem unter dem Vorkrisenniveau von 2019. Die prozentuell größten Zugewinne gegenüber 2019 erzielten Wien und die Steiermark (+7,2% bzw. +5,2%).

Bei der Wahl der Unterkunft erfreuten sich 2024 erneut gewerbliche Ferienwohnungen und -häuser großer Beliebtheit (Nächtigungen +8,1%). Mit einer Zunahme um 46,3% seit

2019 zeichnete dieser Beherbergungstyp bereits für 13,1% des gesamten Nächtigungsaufkommens verantwortlich. Stärker als im Durchschnitt aller Unterkünfte wuchs die Nachfrage auch in den vor allem von Geschäftsreisenden frequentierten 5/4-Stern-Betrieben (+4,1% gegenüber 2023; Hotellerie insgesamt +1,9%); bei den Camping-Nächtigungen entsprach die Dynamik mit +2,1% der Gesamtentwicklung. In den übrigen Unterkunftstypen war die Nachfrage rückläufig (z. B. Privatquartiere und private Ferienwohnungen –1,2%, 3-Stern-Betriebe –1,6%) oder stagnierte (2/1-Stern-Hotels).

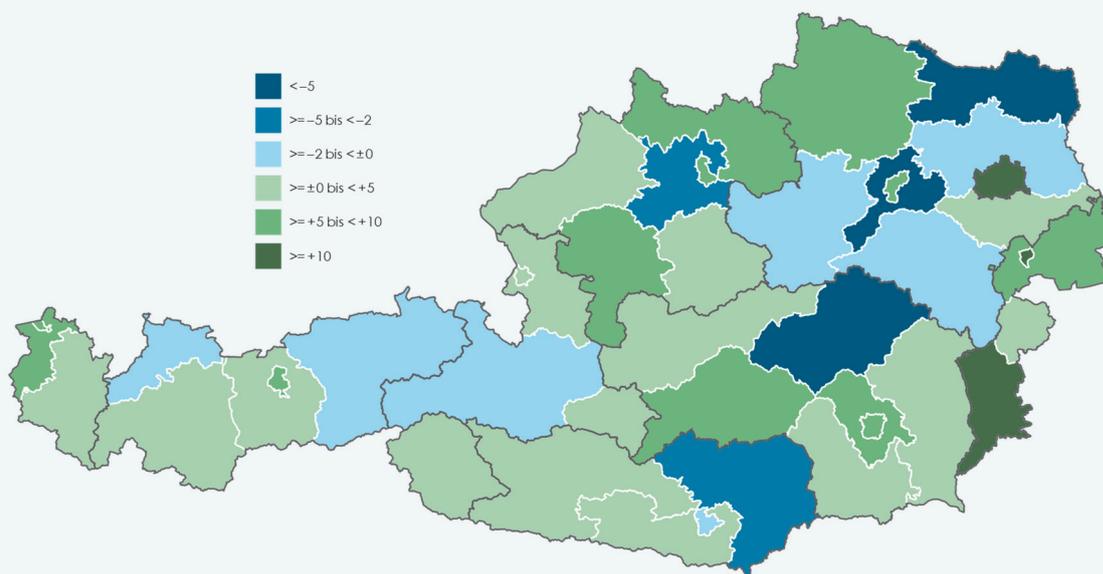
In Wien und im Burgenland entwickelten sich die Nächtigungen in der Hotellerie mit +9,5% und +5,2% nicht nur deutlich günstiger als bundesweit, sondern auch dynamischer als die regionale Gesamtnachfrage, insbesondere im 5/4-Stern-Segment (+12,6% bzw. +7,1%). Während die 2/1-Stern-Betriebe in der Bundeshauptstadt ebenfalls überdurchschnittlich bilanzierten (+10,8%), fuhr das günstigste Hotelsegment im Burgenland den relativ größten Verlust unter allen Bundesländern ein (–9,9%).

Saisonal verlief die Nächtigungsnachfrage im Winter 2023/24 schwungvoller als im Sommer 2024 (+2,5% zu +0,9% im Jahresabstand). Zurückzuführen war dies nicht zuletzt auf die bereits sehr starke Sommersaison 2023, in der mit gut 80,9 Mio. Übernachtungen erstmals die 80-Mio.-Marke übersprungen worden war. Zudem nahm die Binnennachfrage neuerlich leicht ab (–0,3%; Ausland +1,3%). Dennoch wurde im Sommer 2024 mit 81,6 Mio. Nächtigungen eine neue Höchstmarke erreicht. Im Winter 2023/24 stieg hingegen die Nachfrage in beiden Gastesegmenten ähnlich stark an (Inland +2,6%, Ausland +2,5%). Mit knapp 71,1 Mio. blieb das Nächtigungsvolumen aber immer noch um 2,5% unter dem bislang höchsten Wert der Saison 2018/19 (72,9 Mio.), wengleich vier Bundesländer bereits besser bilanzierten als vor der COVID-19-Pandemie (Wien +3,5%, Burgenland +2,8%, Oberösterreich +1,5%, Steiermark +0,8%). Dagegen wiesen insbesondere Niederösterreich und Tirol noch deutliche Rückstände auf (–6,5% bzw. –5,5%). Gegenüber dem Winter 2022/23 war das Ergebnis nur in Salzburg leicht schwächer (–0,2%; übrige Bundesländer: +1,2% in Tirol bis +12,5% in Wien). Im Sommer verzeichneten im Fünfjahresabstand alle Landesteile bis auf Niederösterreich und Kärnten (2019/2024 –4,1% bzw. –2,0%) kräftige Zuwächse in der Nächtigungsnachfrage: sie reichten von +2,4% in Tirol bis +8,1% in der Steiermark. Im Vergleich zur Vorjahressaison gelang jedoch nur Wien und dem Burgenland eine Steigerung (+8,2% bzw. +2,7%).

⁵⁾ Hier: BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China), ehemalige GUS (ohne Russland und Ukraine),

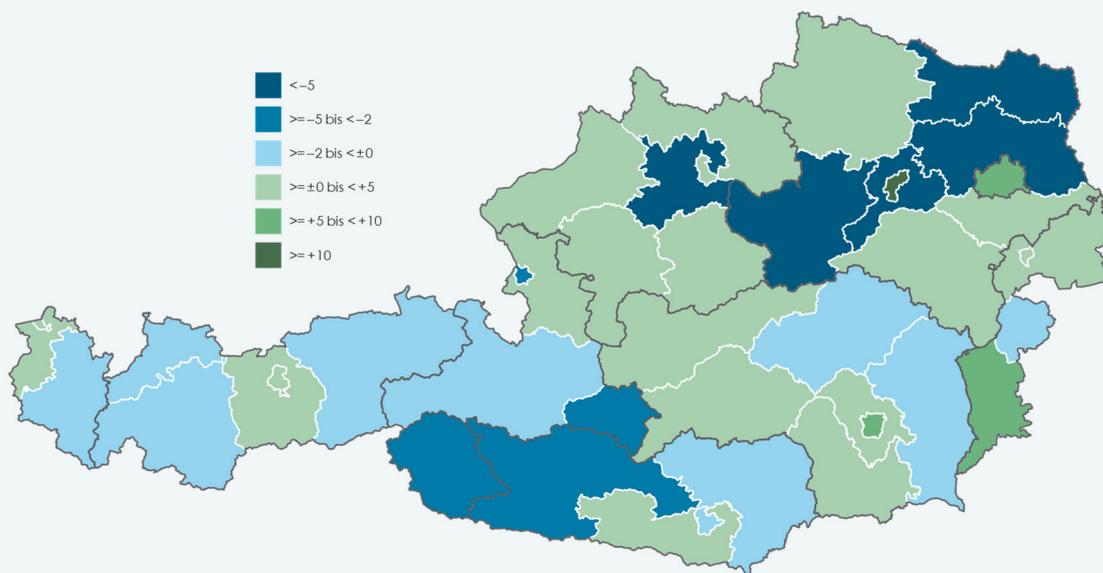
Japan, Kanada, USA, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien.

Abbildung 4: **Übernachtungen in den NUTS-3-Regionen im Winterhalbjahr 2023/24**
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria. Landeshauptstädte und umgebende Regionen wurden getrennt ausgewiesen (außer Wien).

Abbildung 5: **Übernachtungen in den NUTS-3-Regionen im Sommerhalbjahr 2024**
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria. Landeshauptstädte und umgebende Regionen wurden getrennt ausgewiesen (außer Wien).

In der kleinräumigen Betrachtung (35 NUTS-3-Regionen und acht Landeshauptstädte) schwankten die saisonalen Wachstumsraten noch deutlicher als auf Bundeslandebene, wobei die Spannweite auf Basis von Vorjahresvergleichen sowohl im Winter 2023/24 (-9,3 bis +39,1%) als auch im Sommer 2024

(-12,8% bis +35,6%) jeweils 48,4 Prozentpunkte betrug. Die Spitzenreiter waren mit Eisenstadt (Winter) und Sankt Pölten (Sommer) jeweils städtische Destinationen, während die schwächsten Ergebnisse auf eine Kulinarikregion (Weinviertel; Winter) sowie eine Region mit gemischtem touristischem Angebot

(Sankt Pölten Umland; Sommer) entfielen (Abbildungen 4 und 5, Übersicht 9). Insgesamt verbuchten im Winter 2023/24 von den

43 Regionen 31 Gebiete mehr Nächtigungen als im Vorjahr. Im Sommer 2024 waren es 24 Regionen.

Übersicht 9: Übernachtungen nach Tourismusregionstypen und NUTS-3-Regionen im Tourismusjahr 2023/24

	Winterhalbjahr 2023/24	Sommerhalbjahr 2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Alpine Regionen insgesamt	+ 0,7	- 0,6
Oberkärnten	+ 2,0	- 2,1
Liezen	+ 1,1	+ 0,1
Lungau	+ 4,9	- 2,9
Pinzgau-Pongau	- 0,8	- 1,1
Außerfern	- 1,2	- 1,2
Innsbruck (ohne Innsbruck-Stadt)	+ 3,0	+ 4,5
Osttirol	+ 2,5	- 2,8
Tiroler Oberland	+ 2,7	- 1,1
Tiroler Unterland	- 1,0	- 0,2
Bludenz-Bregenzer Wald	+ 2,1	- 0,8
Städte insgesamt	+ 8,9	+ 4,8
Wiener Umland Nordteil	- 1,1	- 6,2
Wiener Umland Südteil	+ 3,7	+ 0,5
Wien	+ 12,5	+ 8,2
Graz (ohne Graz-Stadt)	+ 8,6	+ 0,6
Linz-Wels (ohne Linz-Stadt)	- 3,5	- 7,2
Eisenstadt	+ 39,1	+ 3,5
Klagenfurt	- 1,6	- 1,0
Sankt Pölten	+ 5,2	+ 35,6
Linz	+ 6,4	+ 1,8
Salzburg	+ 1,1	- 2,9
Graz	+ 8,6	+ 6,2
Innsbruck	+ 7,6	+ 3,9
Bregenz	+ 7,9	+ 2,6
Mischregionen insgesamt	+ 2,8	+ 0,3
Mostviertel-Eisenwurzen	- 0,7	- 9,7
Sankt Pölten (ohne Sankt Pölten-Stadt)	- 8,2	- 12,8
Klagenfurt-Villach (ohne Klagenfurt-Stadt)	+ 2,7	+ 0,3
Unterkärnten	- 3,1	- 1,9
Östliche Obersteiermark	- 8,0	- 0,3
Westliche Obersteiermark	+ 6,2	+ 4,0
Steyr-Kirchdorf	+ 2,7	+ 1,3
Traunviertel	+ 6,5	+ 2,4
Salzburg und Umgebung (ohne Salzburg-Stadt)	+ 2,7	+ 0,5
Rheintal-Bodenseegebiet (ohne Bregenz)	+ 7,9	+ 2,8
Wellness- und Kulinarikregionen insgesamt	+ 4,3	+ 1,0
Mittelburgenland	+ 3,7	- 1,0
Nordburgenland (ohne Eisenstadt)	+ 9,0	+ 2,0
Südburgenland	+ 11,5	+ 6,0
Niederösterreich Süd	- 1,0	+ 1,6
Waldviertel	+ 5,3	+ 0,5
Weinviertel	- 9,3	- 10,8
Oststeiermark	+ 2,8	- 1,0
West- und Südsteiermark	+ 2,9	+ 2,0
Innviertel	+ 1,8	+ 3,0
Mühlviertel	+ 9,4	+ 1,7
Österreich insgesamt	+ 2,5	+ 0,9

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

6. Konjunkturschwäche belastet auch den Arbeitsmarkt

Die aktive unselbständige Beschäftigung stagnierte im Jahr 2024 infolge der Rezession. In den industrielastigen Bundesländern Kärnten, Steiermark und Oberösterreich schrumpfte sie deutlich.

Nachdem sich die Beschäftigung im Jahr 2023 trotz der Konjunkturlaute noch sehr robust entwickelt hatte (+1,2%), machte sich die anhaltende Rezession 2024 auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar und dämpfte den Zuwachs auf +0,2% (unselbständig aktive Beschäftigung). Offensichtlich verloren die Unternehmen, die 2023 in Erwartung eines raschen Aufschwungs noch Arbeitskräfte gehortet hatten, an Zuversicht und setzten

zunehmend verstärkt Personal frei. Dementsprechend gingen 2024 nur mehr von der öffentlichen Verwaltung und dem Gesundheits- und Sozialwesen deutlich positive Impulse für die Beschäftigungsentwicklung aus, während vor allem die Rückgänge im Bauwesen und in der Sachgüterproduktion dämpfend wirkten.

Übersicht 10: **Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung 2024**

	Insgesamt ¹⁾		Männer	Frauen	Ausländische Arbeitskräfte	Inländische Arbeitskräfte	Ältere ²⁾	Jugendliche ³⁾
	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Österreich	3.897.774	+ 0,2	- 0,5	+ 0,8	+ 2,6	- 0,7	+ 4,1	- 1,5
Wien	913.497	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,3	+ 3,5	- 0,2	+ 4,3	+ 0,5
Niederösterreich	643.262	- 0,1	- 0,7	+ 0,4	+ 2,1	- 0,8	+ 4,2	- 1,7
Burgenland	110.953	+ 0,1	- 1,2	+ 1,2	+ 1,8	- 0,8	+ 4,0	- 1,6
Steiermark	537.925	- 0,3	- 1,1	+ 0,5	+ 2,0	- 0,9	+ 4,1	- 2,4
Kärnten	218.421	- 0,3	- 1,2	+ 0,6	+ 2,0	- 0,9	+ 3,6	- 1,4
Oberösterreich	682.861	- 0,5	- 1,4	+ 0,2	+ 0,9	- 1,1	+ 3,4	- 2,6
Salzburg	268.735	+ 0,8	+ 0,2	+ 1,2	+ 4,0	- 0,6	+ 4,7	- 1,5
Tirol	352.633	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	+ 3,5	- 0,4	+ 4,7	- 1,1
Vorarlberg	169.486	- 0,0	- 0,8	+ 0,8	+ 1,1	- 0,5	+ 4,6	- 2,4

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte (ohne Personen in aufreinem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten). – ²⁾ 55 Jahre oder älter. – ³⁾ 15 bis 24 Jahre.

Diese ausgeprägten branchenspezifischen Unterschiede erklären die auch im langjährigen Vergleich großen Divergenzen in der regionalen Beschäftigungsentwicklung. Während das dienstleistungsorientierte Wien (+1,1%) sowie die Tourismusbundesländer Tirol und Salzburg (jeweils +0,8%) aufgrund des robusten Wachstums der dort bestimmenden Branchen weiterhin deutliche Zuwächse verzeichneten, schrumpfte die Beschäftigung in den Industriebundesländern Oberösterreich, Steiermark und Kärnten um 0,3% bis 0,5%. Dazwischen liegen das Burgenland (+0,1%), Niederösterreich (-0,1%), und Vorarlberg (mit ±0,0%), in denen die Beschäftigung annähernd stagnierte.

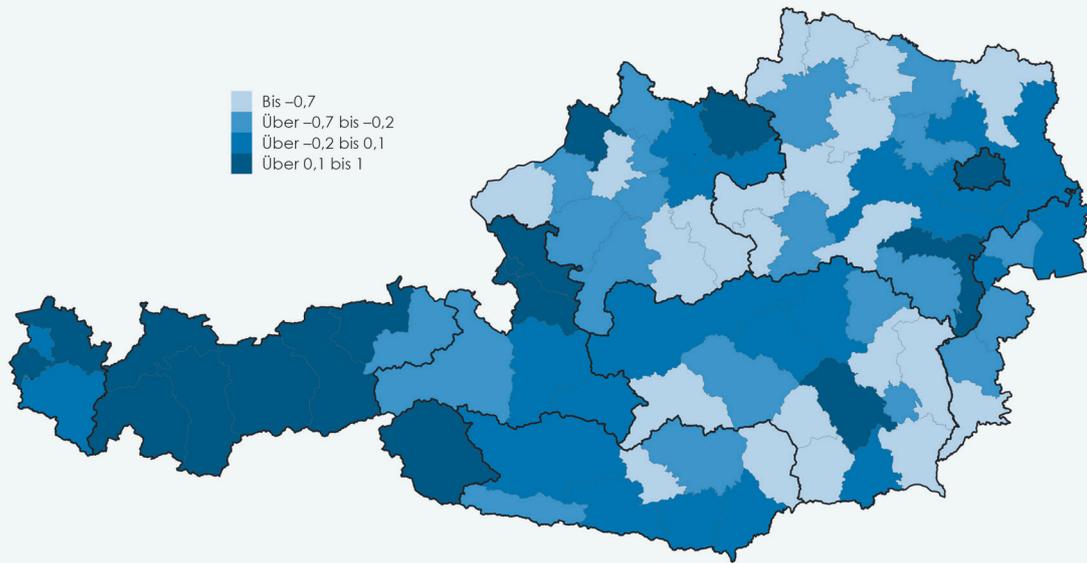
Die Bundesländer mit überdurchschnittlichen Beschäftigungszuwächsen profitierten dabei von einer in der gegenwärtigen Konjunkturlage günstigen Wirtschaftsstruktur. In Wien trug die Beschäftigungsausweitung in den öffentlichen Dienstleistungen (insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Erziehung) aufgrund ihres hohen Anteils an der Gesamtbeschäftigung 0,8 Prozentpunkte zum Wachstum bei, die Beherbergung und Gastronomie 0,2 Prozentpunkte. In Tirol und Salzburg trugen ebenfalls vor allem der Tourismus sowie der öffentliche Sektor zum Beschäftigungswachstum bei.

In Oberösterreich, der Steiermark und Kärnten war hingegen die Industrieorientierung maßgeblich für die Beschäftigungsverluste. Die Herstellung von Waren trug dort am deutlichsten zum Abbau bei. In Kärnten und der Steiermark kam noch ein dem Bundestrend zuwiderlaufender Beschäftigungsrückgang in der Beherbergung und Gastronomie hinzu. Im Burgenland, Niederösterreich und Vorarlberg konnte das anhaltende Wachstum im öffentlichen Sektor die Verluste in den anderen Branchen annähernd wettmachen.

Die hohe Bedeutung wirtschaftsstruktureller Faktoren für die relative regionale Arbeitsmarktposition wird durch eine kleinräumigere Betrachtung auf Bezirksebene (Abbildung 6) nochmals unterstrichen. Demnach wuchs die Beschäftigung 2024 nur mehr in Regionen mit ausgeprägter Dienstleistungsorientierung (Großstädte und deren Umland) sowie, wenngleich deutlich schwächer, in den intensiven Tourismusgebieten. In allen anderen Regionstypen war die Beschäftigung rückläufig. Am kräftigsten war der Beschäftigungsanstieg in der einzigen Metropole Österreichs, in Wien, gefolgt von Mittel- und Großstädten sowie den Umlandregionen.

Wirtschaftsstrukturelle Faktoren waren 2024 auch für die kleinräumige Beschäftigungsentwicklung maßgeblich.

Abbildung 6: **Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung nach Bezirken 2024**
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Arbeitsmarktdatenbank des AMS und des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (Wohnortprinzip); WIFO-Berechnungen.

Abbildung 7: **Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung und des Arbeitskräfteangebotes nach Wirtschaftsregionen 2024**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Arbeitsmarktdatenbank des AMS und des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (Wohnortprinzip); WIFO-Berechnungen.

Die empfindlichen Wachstumsunterschiede nach Branchen und die anhaltende Segregation der Beschäftigung nach Geschlecht erklären, warum die Frauenbeschäftigung auch 2024 noch deutlich (+0,8%), wenn auch etwas schwächer wuchs als im Vorjahr, während die Beschäftigung der Männer um 0,5% zurückging. In den dienst-

leistungsorientierten und wachstumsstarken Bundesländern, insbesondere in Wien, wo die Männerbeschäftigung 2024 noch stieg, waren die Geschlechterunterschiede in den Veränderungsraten tendenziell etwas kleiner als im übrigen Bundesgebiet. Am größten waren sie im Burgenland mit 2,4 Prozentpunkten.

Übersicht 11: Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung nach Wirtschaftsbereichen 2024

	Land- und Forstwirtschaft, Energieversorgung	Sachgütererzeugung und Bergbau	Bauwesen	Marktorientierte Dienstleistungen			Öffentlicher Dienst
				Insgesamt	Handel	Unternehmensnahe Dienstleistungen ¹⁾	
Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Österreich	+ 1,0	- 1,4	- 2,9	- 0,1	- 0,8	- 1,1	+ 2,5
Wien	+ 5,6	+ 0,1	- 4,0	+ 0,7	- 0,4	- 0,1	+ 2,7
Niederösterreich	+ 1,6	- 1,5	- 2,7	- 0,4	- 1,3	- 1,4	+ 2,0
Burgenland	- 1,6	- 3,9	- 3,9	+ 0,4	+ 0,4	- 0,1	+ 3,0
Steiermark	- 0,8	- 1,4	- 3,0	- 1,0	- 1,0	- 2,2	+ 2,5
Kärnten	+ 2,8	- 1,2	- 1,6	- 1,7	- 1,6	- 3,8	+ 2,4
Oberösterreich	+ 2,0	- 1,6	- 3,3	- 1,1	- 0,8	- 3,5	+ 2,3
Salzburg	- 11,4	- 1,4	- 2,3	+ 1,5	+ 0,5	+ 2,2	+ 2,2
Tirol	+ 4,5	- 0,4	- 0,5	+ 0,0	- 1,4	- 0,0	+ 2,9
Vorarlberg	+ 2,3	- 2,0	- 3,5	- 0,1	- 0,4	- 2,1	+ 3,1

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Grundstücks- und Wohnungswesen, freie Berufe, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie, Informationsdienstleistungen.

Das Arbeitskräfteangebot wächst nach wie vor dynamisch, besonders in Wien, Tirol und Salzburg.

Noch deutlicher als nach Geschlecht schwankte das Beschäftigungswachstum nach Altersgruppe und Staatsbürgerschaft. Während die Beschäftigung der älteren Arbeitskräfte ab 55 Jahren um 4,1% zulegte, schrumpfte jene der Jugendlichen und jungen Erwachsenen um 1,5%. Wien verzeichnete als das demografisch jüngste Bundesland Österreichs als einziges noch einen Beschäftigungszuwachs bei den Jugendlichen. In der Steiermark und Oberösterreich sank die Beschäftigung der 15- bis 24-Jährigen dagegen am deutlichsten – wohl auch aufgrund der insgesamt schlechten Entwicklung. Aufgrund der anhaltenden Zuwanderung nach Österreich steigt der Anteil der Arbeitskräfte mit ausländischer Staatsbürgerschaft an den Erwerbstätigen schon längere Zeit rasch. 2024 nahm in allen Bundesländern nur mehr die Ausländerbeschäftigung

zu (zwischen +0,9% in Oberösterreich und +4,0% in Salzburg und Tirol), während die aktive unselbständige Beschäftigung der Inländer:innen überall zurückging (zwischen -0,2% in Wien und -1,1% in Oberösterreich).

Weiterhin dynamisch entwickelte sich das Arbeitskräfteangebot. 2024 wuchs es mit +0,7% nur um 0,2 Prozentpunkte langsamer als im Vorjahr. Die erheblich regionalen Unterschiede korrelieren positiv mit der Beschäftigungsentwicklung. Wo die unselbständige Beschäftigung 2024 kräftig zunahm (Wien, Salzburg und Tirol), wuchs auch das Arbeitskräfteangebot um zumindest 1%. In Kärnten und Oberösterreich stagnierte es, in den übrigen Bundesländern wuchs das Angebot um 0,3% bis 0,4%.

Übersicht 12: Arbeitskräfteangebot 2024

	Insgesamt ¹⁾		Männer	Frauen	Ausländische Arbeitskräfte	Inländische Arbeitskräfte	Ältere ²⁾	Jugendliche ³⁾
	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Österreich	4.258.514	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,3	+ 3,8	- 0,3	+ 4,4	- 0,6
Wien	1.041.899	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,0	+ 5,2	+ 0,1	+ 4,5	+ 2,0
Niederösterreich	699.599	+ 0,3	- 0,2	+ 0,8	+ 2,9	- 0,4	+ 4,3	- 0,9
Burgenland	120.955	+ 0,4	- 0,6	+ 1,4	+ 2,3	- 0,4	+ 4,1	- 0,7
Steiermark	582.386	+ 0,3	- 0,2	+ 1,0	+ 3,3	- 0,4	+ 4,6	- 1,7
Kärnten	239.926	- 0,0	- 0,6	+ 0,7	+ 2,8	- 0,7	+ 3,6	- 0,5
Oberösterreich	730.651	+ 0,1	- 0,5	+ 0,8	+ 2,6	- 0,6	+ 4,0	- 2,2
Salzburg	285.227	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 4,7	- 0,3	+ 5,0	- 0,9
Tirol	375.007	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,4	+ 4,2	- 0,2	+ 4,8	- 0,6
Vorarlberg	182.863	+ 0,4	- 0,1	+ 1,1	+ 1,9	- 0,2	+ 4,7	- 1,4

Q: Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte (ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten). – ²⁾ 55 Jahre oder älter. – ³⁾ 15 bis 24 Jahre.

Getrieben wurde der Anstieg durch ein steigendes Angebot der Älteren, der ausländischen Staatsbürger:innen sowie der Frauen, wobei die Ausweitung unter den Älteren in

den meisten Bundesländern kräftiger ausfiel als unter den Ausländer:innen. In Wien, Tirol und Salzburg nahm auch das Arbeitskräfteangebot der Männer zu. Unter Jugendlichen

und Inländer:innen ging es österreichweit und in den meisten Bundesländern zurück, nicht jedoch in Wien, wo zudem das Arbeitskräfteangebot der Ausländer:innen mit +5,2% noch deutlicher zulegte als jenes der Älteren (+4,5%). Diese Sonderrolle lässt sich mit der Bevölkerungsstruktur Wiens und seiner starken Anziehungskraft für ausländische Arbeitskräfte begründen.

Insgesamt erhöhte sich 2024 aufgrund der Rezession auch die Arbeitslosenquote spürbar von 6,4% im Vorjahr auf 7,0%; die Zahl

der Arbeitslosen stieg um 10,0%. Von diesem Anstieg waren Männer (+10,7%) stärker betroffen als Frauen (+9,1%). Noch ausgeprägter waren aber auch bei der Arbeitslosigkeit die Unterschiede nach Staatsbürgerschaft und Alter. Unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen erhöhte sich die Arbeitslosigkeit um 13,1%, während sie unter den ab 55-Jährigen um 7,8% zunahm. Unter Ausländer:innen lag der Zuwachs bei +15,7%, unter Inländer:innen nur bei 6,5%. Gleichzeitig stieg 2024 auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 10,0% an.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit folgte nur sehr bedingt der Beschäftigungsentwicklung. Auf Bezirksebene stieg die Arbeitslosigkeit vor allem in den oberösterreichischen und steirischen Industrieregionen.

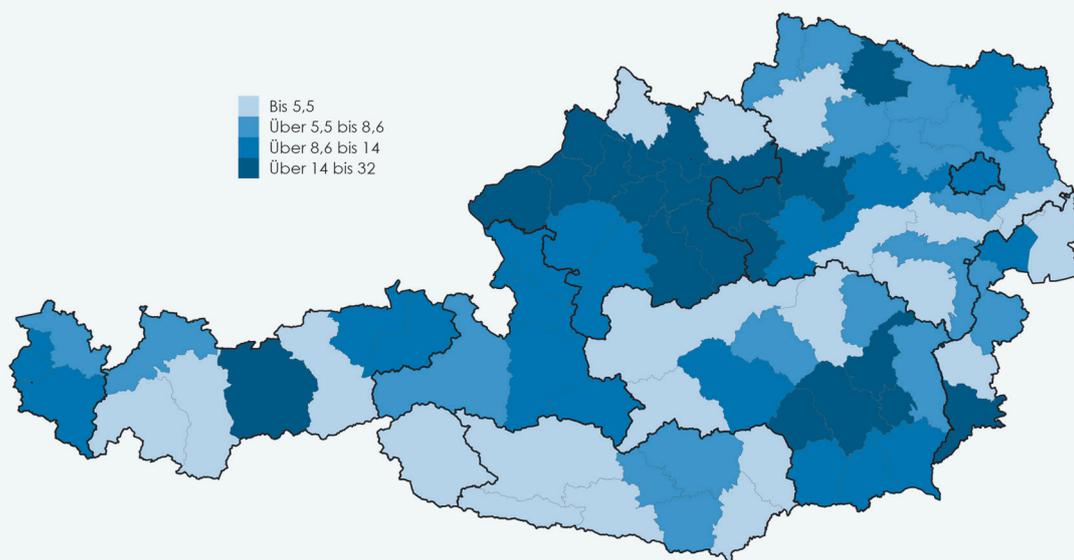
Übersicht 13: Arbeitslosigkeit 2024

	Insgesamt	Männer	Frauen	Arbeitslose				Langzeit-arbeitslose ³⁾	Arbeitslosenquote	
				Ausländische Arbeitskräfte	Inländische Arbeitskräfte	Jugendliche ¹⁾	Ältere ²⁾		Niveau	Veränderung gegen das Vorjahr
	Veränderung gegen das Vorjahr in %								In %	Prozentpunkte
Österreich	+ 10,0	+ 10,7	+ 9,1	+ 15,7	+ 6,5	+ 13,1	+ 7,8	+ 10,0	7,0	+ 0,6
Wien	+ 9,2	+ 9,3	+ 9,0	+ 14,2	+ 4,2	+ 14,8	+ 6,9	+ 9,2	11,4	+ 0,8
Niederösterreich	+ 8,3	+ 8,7	+ 7,6	+ 13,0	+ 6,6	+ 14,5	+ 5,7	+ 12,0	6,3	+ 0,5
Burgenland	+ 6,9	+ 8,3	+ 5,2	+ 13,2	+ 5,1	+ 12,5	+ 4,3	+ 5,3	6,8	+ 0,4
Steiermark	+ 12,3	+ 14,0	+ 10,1	+ 18,2	+ 9,6	+ 11,2	+ 11,7	+ 15,8	6,1	+ 0,7
Kärnten	+ 4,1	+ 5,8	+ 1,9	+ 10,5	+ 2,2	+ 16,7	+ 3,5	- 4,3	7,3	+ 0,3
Oberösterreich	+ 17,2	+ 18,4	+ 15,8	+ 26,4	+ 12,3	+ 4,9	+ 13,6	+ 14,9	4,9	+ 0,7
Salzburg	+ 10,9	+ 10,4	+ 11,4	+ 16,2	+ 7,4	+ 15,4	+ 12,3	+ 12,3	4,2	+ 0,4
Tirol	+ 9,3	+ 10,1	+ 8,2	+ 16,9	+ 5,1	+ 14,7	+ 5,7	+ 15,0	4,3	+ 0,3
Vorarlberg	+ 9,3	+ 11,1	+ 7,1	+ 12,7	+ 7,0	+ 17,5	+ 6,6	+ 9,8	5,6	+ 0,5

Q: Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) 15 bis 24 Jahre. – 2) 55 Jahre oder älter. – 3) 1 Jahr oder länger arbeitslos.

Abbildung 8: Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Bezirken 2024

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Arbeitsmarktdatenbank des AMS und des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (Wohnortprinzip); WIFO-Berechnungen.

Regional folgte der Anstieg der Arbeitslosigkeit nur sehr bedingt der Beschäftigungsentwicklung. Zwar erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen in der Steiermark (+12,3%) und Oberösterreich (+17,2%), wo die Beschäftigung schrumpfte, am stärksten, an dritter Stelle folgt jedoch mit Salzburg (+10,9%) bereits ein Bundesland mit robustem Beschäftigungswachstum. Die geringste Zunahme der Arbeitslosigkeit meldete hingegen mit Kärnten (+4,1%) ein Bundesland mit Beschäftigungsrückgang. Wien verzeichnete trotz des stärksten Beschäftigungswachstums auch den kräftigsten Anstieg der Arbeitslosen-

quote (+0,8 Prozentpunkte) sowie der Langzeitarbeitslosigkeit.

Auf Bezirksebene erhöhte sich die Arbeitslosigkeit 2024 vor allem in den oberösterreichischen und steirischen Industriebezirken empfindlich, wobei die höchsten Zuwächse in Braunau (+31,6%), Kirchdorf an der Krems und Weiz (jeweils +21,4%) verzeichnet wurden. Rückläufig war die Arbeitslosigkeit nur mehr in drei Kärntner Bezirken (Spittal an der Drau -3,1%, Hermagor -0,6% und Völkermarkt -0,4%).

7. Zusammenfassung

Die Rezession der österreichischen Wirtschaft setzte sich im Jahr 2024 weiter fort. Während sich der Abschwung etwa im Bauwesen im Jahresverlauf verlangsamt, verschärfte er sich in der Industrie (einschließlich Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung) nach einem relativ günstigen III. Quartal erneut. Im I. Quartal 2025 dürfte das saisonbereinigte BIP erstmals wieder gewachsen sein (Bilek-Steindl & Scheiblecker, 2025).

Das Industriebundesland Oberösterreich verzeichnete 2024 laut WIFO-Schnellschätzung den stärksten Rückgang der Bruttowertschöpfung (-3,5% gegenüber 2023). Dahinter folgen Kärnten (-3,3%) und mit einigem Abstand Niederösterreich (-1,9%), die ebenfalls hart von der Industrierezession getroffen wurden. In Wien, Salzburg (jeweils -0,2%) und Tirol (-0,5%) fiel der Rückgang der Bruttowertschöpfung deutlich schwächer aus.

Die Beherbergung und Gastronomie wirkten anders als 2023 nicht mehr konjunkturstützend. Positive Impulse gingen dagegen von der öffentlichen Verwaltung sowie einigen Dienstleistungsbereichen aus.

Mit Blick auf die Beschäftigungsentwicklung wurden die spürbaren Rückgänge in der Sachgütererzeugung, im Bauwesen, im Handel und in den unternehmensnahen Dienstleistungen u. a. durch Zuwächse im öffentlichen Sektor aufgefangen, sodass die Gesamtbeschäftigung gegenüber dem Vorjahr stagnierte (+0,2%). Vergleichsweise kräftig legte sie in Wien, Salzburg und Tirol zu, wobei sich in der kleinräumigen Betrachtung auch in tourismusintensiven Regionen nur noch ein kleiner Beschäftigungszuwachs ergab. Touristische Randgebiete und industriestarke Regionen büßten dagegen deutlich an Beschäftigung ein.

8. Literaturhinweise

Baumgartner, J., Bierbaumer, J., Bilek-Steindl, S., Bittschi, B., Glocker, C., & Schratzenstaller, M. (2025). Zweites Rezessionsjahr in Österreich. Die Österreichische Wirtschaft im Jahr 2024. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 199-215. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58156226>.

Bilek-Steindl, S., & Scheiblecker, M. (2025). Leichter BIP-Anstieg im I. Quartal 2025. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58105056> (abgerufen am 14. 5. 2025).

Fritz, O., Burton, A., Ehn-Fragner, S., Streicher, G., Laimer, P., Daul, R., Ostertag-Sydler, J., Pfeifer, T., & Weiß, J. (2025). *Jährlicher wissenschaftlicher Beitrag zu den Tourismusberichten 2024-2027. Berichtsjahr 2024*. WIFO, Statistik Austria (mimeo).

Fritz, O., & Ehn-Fragner, S. (2024). Nächtigungsnachfrage 2024 erstmals höher als vor der COVID-19-Pandemie. *WIFO-Monatsberichte*, 97(12), 673-685. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55990887>.

Fritz, O., & Ehn-Fragner, S. (2025). Tourismusanalyse: Winternächtigungen leicht rückläufig, Preiseffekte dämpfen reale Entwicklung. *WIFO Research Briefs*, (7). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58170310>.

Piribauer, P., Burton, A., Ehn-Fragner, S., Klien, M., Kusmenko, I., & Streicher, G. (2025). Regionale Unterschiede durch schwache Sachgüterkonjunktur: Herbst 2024. *Die Wirtschaft in den Bundesländern*, 2024(3). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57412130>.

Piribauer, P., Ehn-Fragner, S., Fritz, O., Huber, P., Klien, M., Kusmenko, I., & Streicher, G. (2025). Heterogene regionale Konjunktur bei anhaltender Industrierezession. Winter 2024. *Die Wirtschaft in den Bundesländern*, 2024(4). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60043569>.

Voithofer, P., Kleissner, A., & Gittenberger, E. (2025). *Konjunktur im Handel. Fortsetzung der Rezession im Handel mit unterschiedlichen Konjunkturverläufen der Handelssektoren 2024*. iföw – Institut für Österreichs Wirtschaft.

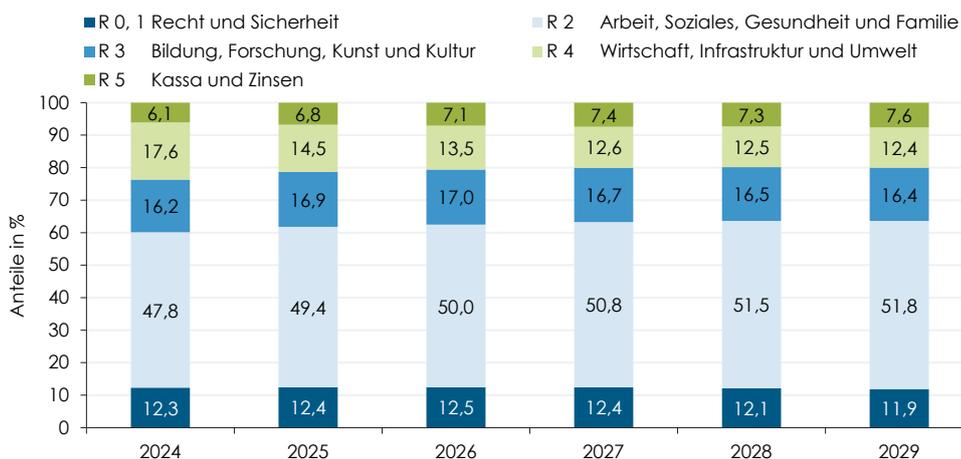
Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen

Bundесvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029

Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

- Das Doppelbudget 2025/26 und der Finanzrahmen bis 2029 sind geprägt durch erhebliche Konsolidierungserfordernisse.
- Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit dürfte 2025 trotz der Konsolidierungsbemühungen noch 4,5% des BIP betragen und 2026 auf 4,2% zurückgehen.
- Die Bundesregierung plant für 2025 ein Bruttokonsolidierungsvolumen von 7 Mrd. €, das bis 2029 auf 16,5 Mrd. € steigen soll; davon entfallen etwa 70% auf ausgabenseitige Maßnahmen.
- Die Budgetkonsolidierung ist eingebettet in Offensivmaßnahmen, deren Umfang von 0,6 Mrd. € (2025) auf 1,8 Mrd. € (2029) zunehmen soll.
- Die gesamtstaatlichen Zinsaufwendungen steigen 2024/2029 von 1,5% auf 2,4% des BIP.
- Die Nettoausgaben des Bundes für Pensionen erhöhen sich bis 2026 auf 35,1 Mrd. € bzw. 6,9% der Wirtschaftsleistung.

Entwicklung der Ausgabenschwerpunkte im Bundeshaushalt



"Deutlich steigende budgetierte Auszahlungen für Zinsen sowie für "Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie" verringern die Spielräume für umweltpolitische Maßnahmen, Infrastrukturinvestitionen und Anstrengungen zur Verbesserung der Landesverteidigung."

Der Budgetanteil der Rubrik "Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie" wird von 47,8% (2024) bis 2029 planmäßig auf 51,8% ansteigen. Der Anteil der Ausgaben für "Kassa und Zinsen" steigt von 6,1% auf 7,6% (Q: Bundesministerium für Finanzen, 2025c; WIFO-Zusammenstellung).

Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen

Bundesvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029

Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen. Bundesvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029

Das Doppelbudget 2025/26 ist geprägt von einem Zielkonflikt zwischen dem erheblichen Sanierungsdruck und dem Anspruch, zentrale Investitionen, etwa in den Bereichen Klimaschutz und Landesverteidigung, abzusichern. Trotz der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen bleibt das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit bis 2026 über 4% des BIP. Der Großteil der Konsolidierung erfolgt ausgabenseitig. Gleichzeitig steigen die Ausgaben für Pensionen und Zinsen deutlich und engen budgetäre Spielräume weiter ein. Strukturelle Reformen sind erforderlich, um den Spagat zwischen fiskalischer Sanierung und der Erfüllung politisch priorisierter Aufgaben bewältigen zu können.

JEL-Codes: E62, H12, H20, H62, H68 • **Keywords:** Konsolidierungspolitik, Maastricht-Defizit, Verschuldung, Budgetpolitik, Bundesbudget

Begutachtung: Simon Loretz • **Wissenschaftliche Assistenz:** Andrea Sutrich (andrea.sutrich@wifo.ac.at) •
Abgeschlossen am 24. 6. 2025

Kontakt: Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at), Margit Schratzenstaller (margit.schatzenstaller@wifo.ac.at)

Budget Policy between Investment Needs and Consolidation Pressures. Draft Federal Budget 2025-26 and Medium-Term Fiscal Framework 2025-2029

The 2025-26 draft federal budget reflects a growing trade-off between mounting fiscal consolidation pressures and the need to safeguard key public investments, particularly in climate policy and national defence. Despite planned consolidation measures, the general government Maastricht deficit is projected to remain above 4 percent of GDP until 2026. Consolidation efforts rely primarily on expenditure reductions. At the same time, rising pension and interest expenditures continue to increasingly constrain fiscal space. Structural reforms are necessary to reconcile the objectives of fiscal sustainability and politically prioritised spending.

1. Rahmenbedingungen der Budgeterstellung

Die Erstellung des Doppelbudgets 2025/26 sowie der darauf aufbauenden mittelfristigen Finanzplanung bis 2029 erfolgte unter herausfordernden ökonomischen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen. Die der Budgeterstellung zugrundeliegende mittelfristige Prognose des WIFO vom März 2025 (Übersicht 1) unterstellte ein drittes Rezessionsjahr (BIP 2025 $-0,3\%$) und eine langsam zurückgehende, aber immer noch überdurchschnittliche Inflation. In seiner aktuellen kurzfristigen Konjunkturprognose vom Juni 2025 (Glocker & Ederer, 2025) erwartet das WIFO für 2025 mittlerweile eine Stagnation des Bruttoinlandsproduktes. Die anhaltende Konjunkturschwäche spiegelt sich auch in der Arbeitslosenquote, die bereits 2024 auf 7,0% anstieg und 2025 weiter zunehmen dürfte. Erst im Jahr 2026 wird im Zuge der Erholung mit einem realen BIP-Wachstum von 1,2% und einem leichten Rückgang der Arbeitslosenquote gerechnet. Unsicherheiten hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung,

drohende Handelskriege und geopolitische Unwägbarkeiten erhöhen die Planungsunsicherheit für die öffentlichen Haushalte.

Die finanzpolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre werden durch die deutliche Verfehlung der europäischen Fiskalregeln verschärft. Der gesamtstaatliche Maastricht-Saldo belief sich im Jahr 2024 auf $-4,7\%$ des BIP und der Schuldenstand auf 81,8% des BIP, was auf einen beträchtlichen budgetären Sanierungsbedarf hinweist. Mit einem Finanzierungssaldo von $-3,5\%$ des BIP (2024) entfällt ein wesentlicher Anteil davon auf die Bundesebene, wengleich auch auf Ebene der Bundesländer und Gemeinden ein substanzieller Konsolidierungsbedarf besteht (Loretz & Pitlik, 2025). Da das Maastricht-Defizit trotz der bisher beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen (siehe dazu Abschnitt 3.1 im Detail) auch in den kommenden Jahren deutlich über der Obergrenze von 3% des BIP liegen

wird, dürfte der EU-Ministerrat Anfang Juli 2025 ein Defizitverfahren gegen Österreich eröffnen. Dies unterstreicht die Notwendig-

keit einer entschlossenen Konsolidierung, insbesondere eines Einbremsens der Ausgabendynamik.

Übersicht 1: Wirtschaftliche Eckdaten

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise	Lohn- und Gehaltssumme, brutto, nominell		Unselbstständig aktiv Beschäftigte	Arbeitslose In 1.000	Arbeitslosenquote		
	Real Veränderung gegen das Vorjahr in %	Nominell Mrd. €	Nominell Mrd. €		Insgesamt Veränderung gegen das Vorjahr in %	Pro Kopf Veränderung gegen das Vorjahr in %			Veränderung gegen das Vorjahr in %	In % der unselbstständigen Erwerbspersonen laut Eurostat	In % der Erwerbspersonen laut Eurostat
Mittelfristige WIFO-Prognose März 2025 (Basis für Bundesvoranschlag 2025/26 und Bundesfinanzrahmen 2027 bis 2029)											
2023	- 1,0	+ 5,6	473,2	+ 7,8	+ 8,3	+ 6,9	+ 1,2	270,8	+ 2,9	6,4	5,1
2024	- 1,2	+ 1,8	481,9	+ 2,9	+ 8,5	+ 8,3	+ 0,2	297,9	+ 10,0	7,0	5,2
2025	- 0,3	+ 2,2	492,4	+ 2,7	+ 3,5	+ 3,3	+ 0,3	312,9	+ 5,0	7,3	5,3
2026	+ 1,2	+ 3,3	508,5	+ 2,1	+ 3,2	+ 2,6	+ 0,8	304,9	- 2,6	7,1	5,2
2027	+ 1,3	+ 3,4	525,7	+ 2,0	+ 3,1	+ 2,3	+ 0,8	292,0	- 4,2	6,7	5,0
2028	+ 1,2	+ 3,1	542,2	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,2	+ 0,7	275,1	- 5,8	6,3	4,8
2029	+ 1,1	+ 3,1	558,8	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,6	259,3	- 5,8	6,0	4,6

Q: WIFO.

2. Eckdaten der Budgetplanung im Überblick

Übersicht 2 zeigt die Planzahlen laut Bundesvoranschlag (BVA) für die Jahre 2025 und 2026 sowie den Finanzrahmen für die Jahre 2027 bis 2029. Die Planungen sind darauf ausgerichtet, die fiskalische Stabilität zu sichern und den Anforderungen der europäischen Fiskalregeln zu entsprechen.

Für die Jahre 2025 und 2026 sieht der BVA einen Anstieg der Einzahlungen von 105,1 Mrd. € auf 107,6 Mrd. € vor. Ihr Anteil am BIP bleibt mit 21,3% im Jahr 2025 und 21,2% im Jahr 2026 relativ stabil. Die Bruttoabgabeneinnahmen sollen in diesem Zeitraum von 117,4 Mrd. € auf 122,1 Mrd. € steigen. Im Finanzrahmen ist für die Jahre 2027 bis 2029 ein weiterer Anstieg der Einzahlungen von 110,6 Mrd. € auf 115,4 Mrd. € geplant. Der Anteil der Einzahlungen am BIP soll sich dabei von 21,0% im Jahr 2027 auf 20,7% im Jahr 2029 verringern, während die Bruttoabgabeneinnahmen im gleichen Zeitraum von 127,0 Mrd. € auf 134,6 Mrd. € anwachsen sollen.

Die Auszahlungen im Bundeshaushalt sind im BVA für 2025 und 2026 mit 123,2 Mrd. € bzw. 125,9 Mrd. € geplant. Der Anteil der Auszahlungen am BIP soll sich dabei leicht von 25,0% auf 24,7% verringern. Der administrative Saldo soll 2025 -3,7% und 2026 -3,6% des BIP erreichen. Der Maastricht-Saldo der Bundesebene bleibt in beiden Jahren stabil

bei -3,5% des BIP. Bis 2029 sollen die Auszahlungen dann auf 130,5 Mrd. € ansteigen und ihr Anteil am BIP von 24,1% 2027 auf 23,3% sinken. Der administrative Saldo des Bundeshaushaltes verbessert sich laut Bundesfinanzrahmen von -3,0% des BIP im Jahr 2027 auf -2,7% im Jahr 2029. Der geplante Maastricht-Saldo des Bundes zeigt eine ähnliche Verbesserung von -3,2% im Jahr 2027 auf -2,7% im Jahr 2029.

Nach 56,3% (2024) erreicht die gesamtstaatliche Ausgabenquote (laut ESGV-Abgrenzung) im laufenden Jahr mit 56,8% des BIP noch einmal den historischen Höchststand des Jahres 2020. Zuzuschreiben ist dies unter anderem einem BIP-Nenner-Effekt. In den Folgejahren wird die Ausgabenquote den Planungen des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) zufolge – u. a. infolge der geplanten ausgabenseitigen Konsolidierungsmaßnahmen – schrittweise sinken und 2029 55% erreichen. Die geplanten einnahmenseitigen Konsolidierungsmaßnahmen erhöhen die Abgabenquote von 44,5% des BIP (2024) auf 45,3% (2025). In den nachfolgenden Jahren wird sie sich auf einem im historischen Vergleich hohen Niveau von etwa 45,5% stabilisieren¹⁾. Die Einnahmenquote steigt von 51,6% (2024) auf 52,2% (2025), erreicht in den Folgejahren 52,4% und geht bis 2029 auf 52,2% zurück.

Die Auszahlungen des Bundes steigen gemäß BVA im Jahr 2025 auf 123,2 Mrd. €, die Einzahlungen auf 105,1 Mrd. €.

Die gesamtstaatliche Ausgabenquote steigt 2025 auf 56,8% des BIP und geht bis 2029 wieder auf 55% zurück. Die Einnahmenquote schwankt in den Jahren 2025 bis 2027 zwischen 52,2% und 52,4% und erreicht 2029 erneut 52,2%.

¹⁾ Der bisherige Höchststand wurde mit 44,5% im Jahr 2024 erreicht.

Übersicht 2: Der Bundeshaushalt im Überblick

	2024	2025	2026	2027	2028	2029
	Vorläufiger Erfolg	Bundesvoranschlagsentwurf			Bundesfinanzrahmen	
	Mrd. €					
Einzahlungen	101,6	105,1	107,6	110,6	112,9	115,4
Auszahlungen	120,7	123,2	125,9	126,4	127,8	130,5
Administrativer Saldo	- 19,1	- 18,1	- 18,3	- 15,8	- 14,9	- 15,1
Maastricht-Saldo ¹⁾	- 17,1	- 17,3	- 17,9	- 16,6	- 15,0	- 15,0
Bruttoabgabeneinnahmen	114,3	117,4	122,1	127,0	130,4	134,6
Nettoabgabeneinnahmen	70,0	71,8	74,3	77,2	78,8	81,3
	In % des BIP					
Einzahlungen	21,1	21,3	21,2	21,0	20,8	20,7
Auszahlungen	25,0	25,0	24,7	24,1	23,6	23,3
Administrativer Saldo	- 4,0	- 3,7	- 3,6	- 3,0	- 2,8	- 2,7
Maastricht-Saldo ¹⁾	- 3,5	- 3,5	- 3,5	- 3,2	- 2,8	- 2,7
Bruttoabgabeneinnahmen	23,7	23,8	24,0	24,2	24,0	24,1
Nettoabgabeneinnahmen	14,5	14,6	14,6	14,7	14,5	14,6

Q: Bundesministerium für Finanzen (2025c), Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Bundessektor einschließlich sonstiger Einheiten.

Die Verschuldungskennzahlen des Gesamtstaates werden sich nochmals deutlich verschlechtern. Hatte das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit 2023 mit –2,6% des BIP erstmals seit 2019 wieder die Obergrenze von 3% unterschritten, so vergrößerte es sich 2024 empfindlich auf –4,7%. Es war dies das Resultat der umfangreichen Maßnahmen zur Abfederung der Energiepreis- und Teuerungskrise, des verzögerten inflationsbedingten Anstiegs der Staatsausgaben (Pensionsanpassungen, Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Dienst usw.), der Steuerentlastung durch die Steuerreform 2022/2024, nicht gegenfinanzierter Zusatzausgaben (z. B. Wohnbaupaket²⁾), einiger Sondereffekte (Nachzahlungen des Bundes aufgrund einer Dienstrechtsreform, Hochwasser im September 2024) sowie eines überraschend hohen Defizites von Ländern und Gemeinden. Die

ab 2025 einsetzenden Konsolidierungsmaßnahmen sollen das Maastricht-Defizit 2025 auf –4,5% und 2026 auf –4,2% drücken und 2028 wieder knapp unter 3% des BIP senken³⁾. Für 2029 rechnet das BMF mit –2,8% des BIP. Als Konsequenz der anhaltend hohen Budgetdefizite erreicht die Schuldenquote den Planungen zufolge einen neuen Höchststand von 87% des BIP (2028; 2024 81,8% des BIP), um bis 2029 geringfügig auf 86,9% zurückzugehen.

Die Sekundärmarktrendite für 10-jährige Staatsanleihen ist seit 2022 wieder positiv und dürfte 2025 und 2026 3,2% betragen. Daher steigt die Zinsausgabenquote, die im Jahr 2022 mit 0,95% des BIP ihren bisherigen Tiefststand erreicht hatte, weiter an und beläuft sich 2029 auf 2,4% des BIP (vgl. Abschnitt 3.5 für Details).

Übersicht 3: Wichtige gesamtstaatliche Kennzahlen bis 2029

	1995	2000	2010	2020	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
	In % des BIP										
Ausgabenquote	56,0	51,4	53,4	57,3	52,7	56,3	56,8	56,6	55,8	55,3	55,0
Einnahmenquote	49,9	49,0	48,9	49,1	50,1	51,6	52,2	52,4	52,4	52,3	52,2
Abgabenquote ¹⁾	41,7	42,8	41,4	42,4	43,1	44,5	45,3	45,5	45,5	45,5	45,4
Maastricht-Saldo Gesamtstaat	- 6,2	- 2,4	- 4,5	- 8,2	- 2,6	- 4,7	- 4,5	- 4,2	- 3,5	- 3,0	- 2,8
Bundessektor	- 5,4	- 2,1	- 3,3	- 7,4	- 1,9	- 3,5	- 3,5	- 3,5	- 3,2	- 2,8	- 2,7
Landessektor	0,0	- 0,1	- 0,9	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Gemeindesektor	- 0,7	- 0,1	- 0,5	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Sozialversicherungsträger	- 0,1	- 0,1	0,2	0,0	- 0,1	- 0,2	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Zinsausgabenquote	4,0	3,6	3,0	1,4	1,2	1,5	1,7	1,9	2,0	2,2	2,4
Primärsaldo	- 2,2	1,2	- 1,5	- 6,9	- 1,4	- 3,2	- 2,8	- 2,3	- 1,4	- 0,8	- 0,4
Struktureller Budgetsaldo	.	.	- 4,1	- 5,2	- 2,8	- 3,9	- 3,4	- 3,5	- 3,3	- 3,1	- 3,1
Maastricht-Schuldenstand	68,6	66,6	83,7	83,2	78,5	81,8	84,7	86,2	86,9	87,0	86,9

Q: Statistik Austria, ab 2025 Bundesministerium für Finanzen (2025c). Rundungsdifferenzen. – ¹⁾ Indikator 2, daher ohne imputierte Sozialbeiträge.

²⁾ Vgl. für Details Baumgartner et al. (2025).

³⁾ Genau genommen wird aus heutiger Sicht für 2028 ein Maastricht-Defizit von 2,98% des BIP erwartet.

3. Ausgewählte Aspekte der Ausgaben des Bundes

3.1 Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen

Die Bundesregierung plant für 2025 ein Bruttokonsolidierungsvolumen von 7 Mrd. €, das bis 2029 auf 16,5 Mrd. € steigen soll (Abbildung 1). Die Sanierung des Staatshaushaltes soll dabei hauptsächlich durch ausgaben-seitige Maßnahmen erfolgen, die gut 70% des gesamten Bruttokonsolidierungsvolumens ausmachen sollen. Sie beinhalten eine Reihe von Kürzungen in unterschiedlichen Bereichen. Dazu zählen die Abschaffung des Klimabonus, die mit knapp 2 Mrd. € die quantitativ bedeutendste Einzelmaßnahme ist, Sparmaßnahmen in der Verwaltung der Bundesressorts sowie in den Bereichen Arbeitsmarkt (Abschaffung der Bildungskarenz) und Pensionen (Maßnahmen zur Erhöhung des effektiven Pensionsantrittsalters), Kürzungen bei Förderungen (insbesondere im Klimabereich) sowie Einsparungen bei Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern. Die übrigen etwa 30% des Bruttokonsolidierungsvolumens sollen einnahmen-seitige Maßnahmen beisteuern, vor allem die Erhöhung von diversen Steuern, Abgaben und Gebühren sowie Dividenden staatsnaher Unternehmen.

Die Budgetkonsolidierung wird begleitet von Offensivmaßnahmen in den Bereichen Wirtschaft und Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie Bildung und Integration. Auch wenn deren Umfang aufgrund der bestehenden budgetären Engpässe zumindest kurzfristig begrenzt bleiben muss (2025: 0,6 Mrd. €, 2029: 1,8 Mrd. €), senden sie ein wichtiges Signal aus, dass in den nächsten Jahren nicht nur gespart, sondern auch in wichtige Zukunftsbereiche investiert werden wird. Besonders hervorzuheben sind dabei Offensivmaßnahmen in den Bereichen Bildung und Elementarpädagogik sowie Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und Qualifizierung. Da sich die Offensivmaßnahmen in Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen niederschlagen, ergibt sich ein Nettokonsolidierungsvolumen von 6,4 Mrd. € (2025) bzw. 14,6 Mrd. € (2029).

Die Konsolidierungsmaßnahmen enthalten allenfalls vorsichtige Ansätze für strukturelle Reformen. Dazu zählen Förderkürzungen, Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung bei Steuern und Abgaben sowie Maßnahmen zur Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters. Ihr Umfang ist allerdings aufgrund

der knappen Zeit, die für die Ausarbeitung der Konsolidierungsmaßnahmen durch die Bundesregierung zur Verfügung stand, notwendigerweise beschränkt.

Um insbesondere ab 2027 die Konsolidierungsziele einhalten zu können, sind einige Maßnahmenbereiche noch zu konkretisieren und umzusetzen. So werden Task Forces eingesetzt, um das Förderwesen zu durchleuchten, zusätzliche Beiträge der staatsnahen Unternehmen anzubahnen sowie die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung auszugestalten. Außerdem sind in Verhandlungen zwischen den Gebietskörperschaften die Beiträge von Ländern und Gemeinden sowie Sozialversicherungsträgern zu konkretisieren.

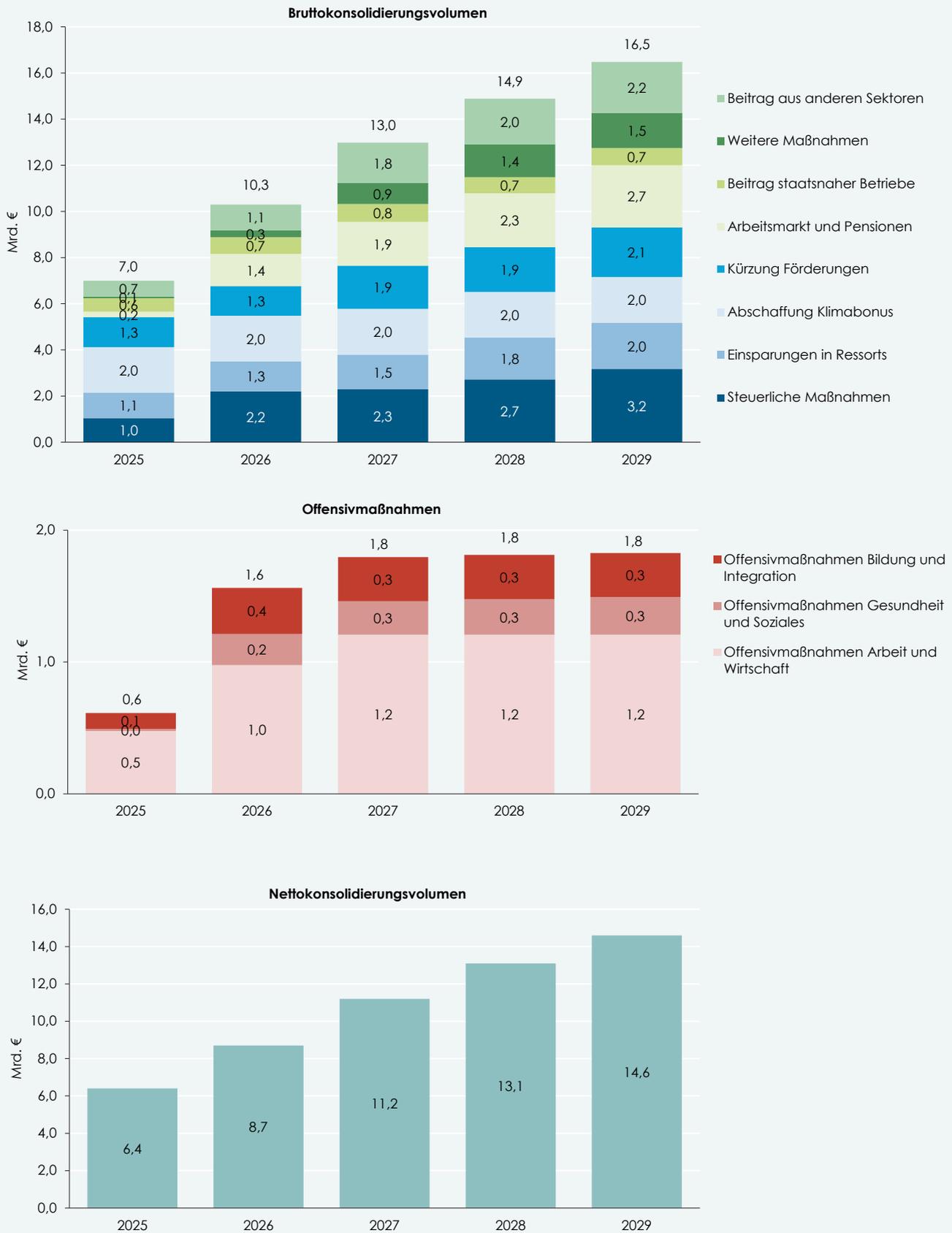
Bezüglich der Verteilungswirkungen der geplanten Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen sind mehrere Aspekte relevant. Wie eine Analyse des Budgetdienstes (2025b) zeigt, belasten Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen, die direkt auf das Einkommen wirken (Abschaffung des Klimabonus, Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionist:innen, Aussetzung des dritten Drittels der kalten Progression, Aussetzung der Anpassung von Familienleistungen bzw. diverser Sozialleistungen, Verlängerung des Einkommensteuerspitzensteuersatzes, Erhöhung des Pendlereuro, steuerfreie Mitarbeiterprämie), Bezieher:innen geringer Einkommen auch deshalb relativ stärker, weil die in die Analyse einbezogenen Offensivmaßnahmen stärker den mittleren und oberen Einkommen zugutekommen.

Die insgesamt regressive Wirkung impliziert, dass Frauen, die im Durchschnitt über geringere Einkommen verfügen als Männer⁴⁾, höher belastet werden. Gleichzeitig werden einige Offensivmaßnahmen gesetzt, die Frauen direkt oder indirekt stärker zugutekommen, etwa die Einrichtung eines Unterhaltsgarantie-Fonds, das zweite verpflichtende Kindergartenjahr oder die Ausbildungs- und Joboffensive in der Elementarpädagogik. Allerdings fehlt bisher eine Gesamtschau über die allgemeinen und geschlechtsspezifischen Verteilungswirkungen der Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen. Zumal Gender Budgeting im Bundeshaushalt per Verfassung festgeschrieben ist, sollte daher in einem nächsten Schritt eine umfassende Analyse ihrer Gleichstellungswirkungen erfolgen.

⁴⁾ Dies gilt zumindest dann, wenn vom Haushaltskontext abgesehen wird; allerdings zeigen eine Reihe von empirischen Untersuchungen, dass in Paarhaushalten

die beiden Einkommen der Partner:innen nicht oder nur unvollständig geteilt werden (vgl. z. B. Beznoska, 2024, und die dort zitierte Literatur).

Abbildung 1: **Maßnahmen im Überblick**



Q: Bundesministerium für Finanzen (2025c), WIFO-Darstellung. Offensivmaßnahmen verringern als Mehrausgaben oder Steuermindereinnahmen das Bruttokonsolidierungsvolumen.

Der regressive Effekt der direkt auf die Einkommen wirkenden Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen im Bereich der privaten Haushalte wird in einer sektoralen Perspektive abgemildert durch die temporäre Erhöhung der Bankenabgabe, die Verlängerung des Beitrags der Energieunternehmen, Erhöhungen bei der Stiftungseinkommensteuer sowie Maßnahmen im Bereich der Immobilienbesteuerung.

Schließlich sei darauf hingewiesen, dass auch die deutlich unter den internationalen Zielvorgaben liegenden Ausgaben im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit von Einsparungen betroffen sind. Gegenüber dem vorläufigen Erfolg 2024 werden die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit (Auslandskatastrophenfonds, bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, internationale Klimafinanzierung) 2026 um 85 Mio. € verringert werden. Diese Kürzungen führen zu einem prognostizierten Rückgang der "Official Development Assistance"-Quote (ODA-Quote)⁵⁾ von 0,34% (2024) auf 0,29% des Bruttonationaleinkommens (2027); damit wird sich Österreich weiter vom international akkordierten Ziel einer ODA-Quote von 0,7% entfernen.

3.2 Klima und Transformation

Ein Schwerpunkt der geplanten Kürzungen von Bundesförderungen liegt auf den in den letzten Jahren deutlich ausgeweiteten Klima- und Umweltförderungen. Dabei sind Kürzungen nicht unbedingt als eine Reduktion der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr, sondern vielmehr als eine Redimensionierung gegenüber dem Bundesfinanzrahmen 2024 bis 2027 zu verstehen. Von den 1,3 Mrd. € (2,15 Mrd. €) an Förderkürzungen im Jahr 2025 (2029) entfallen 0,56 Mrd. € oder 43% (1 Mrd. € oder 46%) auf Umweltförderungen. Betroffen sind der Klima- und Energiefonds (KLI.EN), Förderungen für die Transformation der Industrie und zur Erhöhung der Energieeffizienz, Förderungen für E-Mobilität sowie die Sanierungsoffensive einschließlich des Programms "Sauber Heizen für Alle", die Umweltförderung im Inland und die Dekarbonisierung der Fernwärme. Hinzu kommen die Abschaffung des kostenfreien Klimatickets für 18-Jährige (2029:

0,15 Mrd. €), Kürzungen im Bereich Mobilitätsförderungen und Verkehrsdienstverträge (2029: 0,14 Mrd. €), in der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft sowie beim Umsatzsteuerbefreiung für Photovoltaikanlagen sowie die Abschaffung der Befreiung von Elektroautos von der motorbezogenen Versicherungssteuer. Zudem werden die Rahmenplaninvestitionen der ÖBB-Infrastruktur um 0,15 Mrd. € (2025) bzw. 0,42 Mrd. € (2026) redimensioniert; auch in den Folgejahren ist ein Konsolidierungsbeitrag eingeplant. Dem Klimaschutz förderliche Maßnahmen wie die Erhöhung der Mauttarife (20 Mio. € p. a.), die Offensive "Sauberes Österreich" (30 Mio. € jährlich ab 2026) und der Lückenschluss in der Mobilitätsunterstützung für Lehrlinge (5 Mio. € p. a.) fallen dagegen nur wenig ins Gewicht⁶⁾.

Hinzu kommt die Abschaffung des Klimabonus, die mit 2 Mrd. € p. a. umfangreichste einzelne Konsolidierungsmaßnahme, ab 2025. Sie ist zwar nicht direkt umweltrelevant, stellt jedoch einen integralen Bestandteil der ursprünglich als aufkommensneutral konzipierten CO₂-Bepreisung dar⁷⁾.

Eine Evaluierung sowie die sozial treffsichere und budgetschonendere Ausgestaltung auch der grünen Förderungen sind jedenfalls sinnvoll. Allerdings müssen nun rasch äquivalente Regulierungen in den Bereichen Gebäude und Verkehr implementiert werden, um nicht eine Verfehlung der Klimaziele zu riskieren, die langfristig mit höheren Kosten verbunden wäre. Anzugehen ist zudem die im Regierungsprogramm festgehaltene Reform der umweltschädlichen Subventionen, die von den bisher vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen nicht erfasst sind⁸⁾ und die Ziele der Klimapolitik konterkarieren.

Übersicht 4 beinhaltet sämtliche klima- und umweltrelevanten Maßnahmen, die in den kommenden Jahren im Rahmen der Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen gesetzt werden. Dabei wird sowohl zwischen verschiedenen Maßnahmenarten unterschieden als auch ausgewiesen, ob einzelne Maßnahmen klima- und umweltproduktiv oder potenziell klima- und umweltkontraproduktiv sind.

⁵⁾ Bundesministerium für Finanzen (2025a).

⁶⁾ Bei der erstgenannten Maßnahme handelt es sich um eine Konsolidierungsmaßnahme, bei den beiden anderen um Offensivmaßnahmen.

⁷⁾ Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass die Kompensationsmechanismen für die energieintensive Industrie und der Emissionsverlagerung (carbon leakage) ausgesetzte Unternehmen ebenso beibehalten werden wie der Agrardieselpflicht, der im Bereich

Land- und Forstwirtschaft die Belastung durch die CO₂-Bepreisung kompensieren soll.

⁸⁾ Die umweltschädlichen Subventionen wurden vielmehr durch die Verdreifachung des Pendlereuro und die Befreiung leichter Nutzfahrzeuge von der Normverbrauchsabgabe im Rahmen der Offensivmaßnahmen im Bereich Arbeit und Wirtschaft weiter ausgeweitet.

Übersicht 4: Ökologisch relevante Maßnahmen im Rahmen der Konsolidierungs- und Offensivpakete

	2025	2026	2027	2028	2029	2025/2029
	Mrd. €					
Konsolidierungsmaßnahmen insgesamt	7,00	10,30	12,98	14,89	16,48	61,64
Ökologisch relevante Konsolidierungsmaßnahmen insgesamt	1,22	1,72	1,94	1,61	1,57	8,06
Steuerliche Maßnahmen						
Einbeziehung von E-Autos in die motorbezogene Versicherungssteuer	0,07	0,13	0,13	0,13	0,13	0,59
Vorzeitige Beendigung der Umsatzsteuerbefreiung von Photovoltaikanlagen	0,18	0,07	.	.	.	0,25
Erhöhung der Mauttarife (externe Kosten: Luft, Lärm, CO₂-Emissionen)	.	0,02	0,02	0,02	0,02	0,08
Kürzung Förderungen						
Energiekostenzuschuss für Non-Profit-Organisationen	0,03	0,03
Umweltförderungen (einschließlich E-Mobilität) in UG 40, 41, 43	0,56	0,82	1,16	0,98	1,00	4,51
Klima- und Energiefonds (KLI.EN)	0,33	0,34	0,33	0,33	0,33	1,66
Transformation der Industrie sowie Energieeffizienz	0,18	0,18	0,32	0,25	0,16	1,08
E-Mobilität (ohne Anteil KLI.EN)	0,03	0,06	0,07	0,07	0,07	0,31
Sanierungsoffensive, Umweltförderung im Inland, Fernwärme usw.	0,02	0,24	0,43	0,33	0,43	1,46
Abschaffung kostenfreies Klimaticket für 18-Jährige	0,12	0,15	0,15	0,15	0,15	0,72
Mobilitätsförderungen und Verkehrsdiensteverträge	.	0,09	0,12	0,14	0,14	0,48
Land-, Forst-, Wasserwirtschaft	0,11	0,03	.	.	.	0,14
Fördermittel Ländliche Entwicklung	0,06	0,06
Beitrag Land-, Forst-, Wasserwirtschaft	0,06	0,03	.	.	.	0,08
Waldfonds	0,01	0,00	.	.	.	0,01
ÖBB-Infrastruktur AG zusätzliche Anpassung Rahmenplaninvestitionen	0,15	0,42	0,37	0,19	0,13	1,26
Potenziell umweltkontraproduktive Konsolidierungsmaßnahmen insgesamt	1,22	1,70	1,92	1,59	1,55	7,98
Umweltproduktive Konsolidierungsmaßnahmen insgesamt	0,00	0,02	0,02	0,02	0,02	0,08
Offensivmaßnahmen insgesamt	0,61	1,56	1,80	1,81	1,83	7,61
Ökologisch relevante Offensivmaßnahmen insgesamt	0,02	0,20	0,29	0,29	0,29	1,07
Erhöhung des Pendlereuro (Teilkompensation Klimabonus)	.	0,11	0,20	0,20	0,20	0,71
Abgabenbegünstigung für leichte Nutzfahrzeuge	0,02	0,05	0,05	0,05	0,05	0,22
Offensive "Sauberes Österreich"	.	0,03	0,03	0,03	0,03	0,12
Lückenschluss Mobilitätsunterstützung für Lehrlinge (Top-Jugendticket)	.	0,01	0,01	0,01	0,01	0,02
Potenziell umweltkontraproduktive Offensivmaßnahmen	0,02	0,16	0,25	0,25	0,25	0,93
Umweltproduktive Offensivmaßnahmen insgesamt	0,00	0,04	0,04	0,04	0,04	0,14

Q: Bundesministerium für Finanzen (2025c), WIFO-Zusammenstellung. Rundungsdifferenzen. Umweltproduktive Maßnahmen sind fettgedruckt.

Übersicht 5: Klima- und umweltproduktive Ausgaben gemäß "Green Budgeting"-Analyse

	2023	2024	2025	2026
	Mrd. €			
Klima- und umweltproduktive Ausgaben insgesamt	8,46	10,57	10,68	10,56
Intendiert produktiv für Klima- und Umweltschutz (Score +2)	3,21	5,30	5,07	4,37
Klima- und umweltproduktive Nebeneffekte (Score +1)	5,24	5,27	5,62	6,19
	In % der Gesamtausgaben			
Klima- und umweltproduktive Ausgaben insgesamt	7,7	8,8	8,7	8,4
Intendiert produktiv für Klima- und Umweltschutz (Score +2)	2,9	4,4	4,1	3,5
Klima- und umweltproduktive Nebeneffekte (Score +1)	4,8	4,4	4,6	4,9

Q: Bundesministerium für Finanzen (2025b), WIFO-Zusammenstellung.

Die "Green Budgeting"-Beilage (Bundesministerium für Finanzen, 2025b) enthält eine Identifikation klima- und umweltproduktiver Ausgaben des Bundes. Laut der Beilage sollen die Ausgaben mit intendierten klima- und umweltproduktiven Effekten, die 2023 2,9% und 2024 4,4% der Gesamtausgaben erreichten, 2025 auf 4,1% und 2026 auf 3,5% zurückgehen. Die Ausgaben mit klima- und umweltproduktiven Nebenwirkungen machten 2023 4,8% und 2024 4,4% der Bundesaus-

gaben aus; ihr Anteil wird für 2025 mit 4,6% und 2026 mit 4,9% beziffert. Insgesamt steigen 2025 die klima- und umweltproduktiven Ausgaben des Bundes somit leicht gegenüber dem Vorjahr (von 10,57 Mrd. € auf 10,68 Mrd. €), um 2026 geringfügig auf 10,56 Mrd. € zurückzugehen. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben sinkt 2024/25 von 8,8% auf 8,7% und 2026 auf 8,4%. Diese inputorientierte Betrachtung gibt freilich keine Auskunft über die klima- und umweltpoli-

tische Effektivität der Ausgaben, etwa gemessen an den bewirkten Emissionsreduktionen.

3.3 Landesverteidigung

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat ebenso für Verunsicherung gesorgt wie das erschütterte Vertrauen in die Verlässlichkeit der USA als Schutzmacht Europas. Auch als neutrales Mitgliedsland ist Österreich von dieser Entwicklung betroffen. Gemäß Art. 42 des Vertrags über die Europäische Union sind im Angriffsfall alle Mitgliedsländer zur gegenseitigen Unterstützung verpflichtet, wovon die Neutralität einiger EU-Länder unberührt bliebe. Daher hat die aktive Mitgestaltung der europäischen Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ebenso Bedeutung für Österreichs Sicherheit wie die eigene Landesverteidigung. Vor diesem Hintergrund wurde für das Bundesheer

im Strategieplan "Unser Heer 2032+" das Ziel ausgegeben, die Verteidigungsfähigkeit in den kommenden Jahren nachhaltig zu stärken. Dazu wurde das Landesverteidigungsfinanzierungsgesetz (LVFinG) fortgeschrieben, das für den Zeitraum bis 2032 schrittweise Erhöhungen des Heeresbudgets vorsieht. Im Jahr 2032 soll das Verteidigungsbudget 2% des BIP erreichen.

Vor allem für 2025 und 2026 sind weitere Zuwächse budgetiert: So wird das Budget für das Bundesheer (UG 14) von 4,0 Mrd. € im Jahr 2024 auf 4,8 Mrd. € im Jahr 2026 ausgeweitet. Gegenüber dem vorläufigen Erfolg 2024 ergibt sich 2025 ein Zuwachs von 350 Mio. €, 2026 von weiteren 370 Mio. €. Damit wächst der für das Bundesheer vorgesehene Finanzrahmen von 0,84% des BIP (2024) zunächst auf 0,94% des BIP (2026). Neben geplanten Aufstockungen für Modernisierung und Beschaffungen sieht der Budgetpfad für die kommenden Jahre aber auch Einsparungen in der Verwaltung und beim Personal vor.

Der BVA 2025 enthält klima- und umweltproduktive Ausgaben in Höhe von 10,7 Mrd. € oder 8,7% der Bundesausgaben; für 2026 wird ein Rückgang auf 10,6 Mrd. € bzw. 8,4% der Bundesausgaben veranschlagt.

Der Verteidigungsetat steigt 2025 auf 4,4 Mrd. € und 2026 auf 4,8 Mrd. €. Vom avisierten Ziel, bis 2032 ein Volumen von 2% der österreichischen Wirtschaftsleistung zu erreichen, ist Österreich allerdings noch weit entfernt.

Übersicht 6: Verteidigungsausgaben

	2023 Erfolg	2024 Vorläufiger Erfolg	2025 Bundesvoranschlags- entwurf	2026 Mrd. €	2027 Bundesfinanzrahmen	2028	2029
Verteidigungsbudget einschließlich Pensionsleistungen	4,0	4,8	5,2	5,6	6,1	6,1	6,1
Auszahlungen für Militärische Angelegenheiten (UG 14)	3,3	4,0	4,4	4,8	5,3	5,3	5,3
Personal	1,5	1,6	1,7	1,7	.	.	.
Investitionen	0,7	1,3	1,4	1,7	.	.	.
Sachaufwand, Sonstiges	1,1	1,2	1,3	1,3	.	.	.
Pensionen für ehemalige Militärangehörige (UG 22, UG 23)	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9
Militärausgaben gemäß COFOG (GF02)	2,9	3,2
Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes in %							
Verteidigungsbudget einschließlich Pensionsleistungen	3,6	4,0	4,2	4,4	4,9	4,8	4,7
Auszahlungen für Militärische Angelegenheiten (UG 14)	3,0	3,3	3,6	3,8	4,2	4,1	4,0
Personal	1,4	1,3	1,4	1,3	.	.	.
Investitionen	0,7	1,0	1,1	1,4	.	.	.
Sachaufwand, Sonstiges	1,0	1,0	1,0	1,1	.	.	.
Pensionen für ehemalige Militärangehörige (UG 22, UG 23)	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Anteil am BIP in %							
Verteidigungsbudget einschließlich Pensionsleistungen	0,84	1,00	1,05	1,10	1,17	1,13	1,10
Auszahlungen für Militärische Angelegenheiten (UG 14)	0,70	0,84	0,89	0,94	1,01	0,97	0,95
Personal	0,32	0,33	0,35	0,33	.	.	.
Investitionen	0,15	0,26	0,28	0,34	.	.	.
Sachaufwand, Sonstiges	0,23	0,24	0,26	0,26	.	.	.
Pensionen für ehemalige Militärangehörige (UG 22, UG 23)	0,14	0,16	0,16	0,16	0,16	0,16	0,16
Militärausgaben gemäß COFOG (GF02)	0,60	0,67

Q: Bundesministerium für Finanzen (2025c), Bundesministerium für Landesverteidigung (2025), Budgetdienst (2025a), Europäische Kommission (2025), WIFO-Zusammenstellung. Ausgaben Bundesheer UG 14; Bundesfinanzrahmen 2025 bis 2029: ohne Ermächtigungen, Detailauszahlungen nicht ausgewiesen.

In der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2027 bis 2029 sind für das Bundesheer jährlich etwa 5,3 Mrd. € vorgesehen. Damit würde der Budgetanteil, ohne Einberechnung der Pensionsleistungen für ehemalige Heeresangehörige, bei 0,95% des BIP stag-

nieren. Bezieht man die Pensionsleistungen in Höhe von jährlich 0,8 bis 0,9 Mrd. € mit ein, wie es für die Erfüllung der Budgetzielvorgaben erfolgt, erreicht das ausgabenseitige Volumen im Jahr 2029 etwa 1,1% des BIP. Das im Strategieplan ausgegebene Ziel, die

Verteidigungsausgaben bis 2032 auf 2% des BIP zu steigern, bleibt daher deutlich außer Reichweite.

Österreich hat jedoch trotz der erwarteten Öffnung eines Defizitverfahrens die Möglichkeit, seine Ausgaben für Verteidigung im Zeitraum 2025 bis 2029 nochmals substanziell zu steigern, ohne gegen die europäischen Fiskalregeln zu verstoßen. Vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Überlegungen, die Verteidigungsfähigkeit der EU zu stärken und deshalb die militärischen Fähigkeitslücken schnell zu schließen, hat die Europäische Kommission den Mitgliedsländern die Möglichkeit der temporären Aktivierung einer nationalen Ausweichklausel für die Aufstockung der Verteidigungsetats eröffnet (Europäische Kommission, 2025). Die dabei verwendete Abgrenzung der Ausgaben orientiert sich an der international vergleichbaren funktionalen Staatsausgaben-Statistik COFOG, die mit der ESVG-Systematik kompatibel ist. Danach beliefen sich die Militärausgaben Österreichs im Jahr 2024 auf 3,2 Mrd. € oder lediglich 0,7% des BIP. Der Anstieg der Verteidigungsausgaben, der unter die Flexibilität im Rahmen der nationalen Ausweichklausel fällt, wird im Verhältnis zum Bezugsjahr 2021 berechnet und darf für jedes Jahr, in dem die Klausel aktiviert ist, höchstens 1,5% des BIP betragen⁹⁾.

Bei Aktivierung der Ausweichklausel könnten die Verteidigungsausgaben somit weit kräftiger angehoben werden als bisher geplant. Österreich hat jedoch bislang keinen Gebrauch von dieser Möglichkeit gemacht, was zum einen haushaltspolitischen Überlegungen zuzuschreiben sein dürfte. Zum anderen ist der Beschaffungsmarkt für Rüstungsgüter derzeit durch erhebliche Lieferengpässe geprägt, sodass eine dynamischere Ausweitung des Budgets vermutlich keine ebenso schnelle Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Bundesheeres mit sich bringen würde.

Gleichwohl sollte für das Verteidigungsbudget die Erreichung neuer militärischer Fähigkeitsziele ebenso wichtig sein wie das Vermeiden von Ineffizienzen in der Verwendung knapper Haushaltsmittel, speziell mit Blick auf bestehende Konsolidierungserfordernisse. Politische Entscheidungsträger:innen haben dabei in Österreich, ebenso wie in vielen anderen EU-Ländern, durchaus Schwierigkeiten, die Bevölkerung von der Notwendigkeit einer raschen Erhöhung der Militärausgaben zu überzeugen, während

⁹⁾ Die Ausweichklausel ermöglicht es Mitgliedsländern, ihre Verteidigungsausgaben vorübergehend über den normalen Haushaltspfad, der zur Einhaltung der Fiskalregeln erforderlich ist, hinaus auszuweiten, um auf sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren zu können. Sie umfasst auch Verträge, die in

sie gleichzeitig Einsparungen bei anderen öffentlichen Ausgaben rechtfertigen müssen.

3.4 Pensionsausgaben

Auf Pensionsausgaben entfällt bereits seit Jahren ein beträchtlicher und wachsender Teil der Ausgaben des Bundes (Mayrhuber, 2025). Dazu zählen insbesondere der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Pensionsversicherung, einschließlich des Ersatzes für Ausgleichszulagen in der UG 22 Pensionsversicherung, sowie die in der UG 23 budgetierten Pensionen der Beamt:innen des Bundes, einiger ausgegliederter Einheiten (Post, ÖBB) und der pragmatisierten Landeslehrer:innen. Ferner werden aus dem Bundesbudget aus den Bereichen Arbeit (UG 20), Soziales (UG 21) und Familie (UG 25) Pensionsversicherungsbeiträge für Kindererziehungszeiten oder Zeiten der Arbeitslosigkeit finanziert. Die demografische Alterung, eine quasi-automatische Verknüpfung der regulären Pensionsanpassungen mit der rollierenden Entwicklung der Verbraucherpreise¹⁰⁾, eine konjunkturell bedingte schwächere Beitragsentwicklung sowie politisch motivierte Pensionserhöhungen über die rollierende Inflation hinaus mündeten in einem überaus dynamischen Wachstum der für Pensionen verausgabten Budgetmittel (Fiskalrat, 2024b).

Nach dem vorläufigen Budgeterfolg 2024 beliefen sich die Auszahlungen aus der UG 22 Pensionsversicherung auf rund 17,4 Mrd. €, wobei 16 Mrd. € auf den Bundeszuschuss zur Pensionsversicherung und 1,25 Mrd. € auf Ausgleichszulagen entfielen. Für Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Beamt:innen wurden in der UG 23 im Jahr 2024 12,7 Mrd. € ausgezahlt, einschließlich der 0,3 Mrd. € an Pflegegeld, die dort verbucht wurden. Insgesamt ergaben sich 2024 somit Bruttopensionsausgaben des Bundes in Höhe von rund 30 Mrd. € oder 24,9% des Bundesbudgets. Die Bundesbeiträge für Pensionsersatzzeiten beliefen sich 2024 auf 2,9 Mrd. €. In Summe ergibt dies Auszahlungen aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 32,9 Mrd. € bzw. 27,3% der Gesamtausgaben.

Um die langfristige Finanzierbarkeit des Pensionssystems zu sichern, hat die Bundesregierung in ihrem Konsolidierungspaket Maßnahmen zur Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters eingeleitet. Dazu zählen – über die bereits seit 2023 laufende, schrittweise Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters für Frauen hinaus – die Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen zur Korridorpension, die Einführung einer Teilpension, die

dieser Zeit geschlossen werden, selbst wenn die Zahlung erst danach fällig wird.

¹⁰⁾ Seit 2006 basiert die Pensionsanpassung grundsätzlich auf der Entwicklung der Verbraucherpreise, wodurch vor allem die hohe Inflation der vergangenen Jahre schnell zu einer besonders starken Ausgabendynamik geführt hat.

Neuregelung der erstmaligen Pensionsanpassung sowie in Zukunft auch die Etablierung eines Nachhaltigkeitsmechanismus. Die mit beschlossenen oder avisierten Reformen erzielbaren Einsparungen lassen sich freilich

nur schrittweise realisieren, sodass die unmittelbaren Budgeteffekte 2025 und 2026 noch wenig sichtbar sein werden, obwohl auch eine rückläufige Inflation die Ausgabendynamik bei den Pensionen dämpfen sollte.

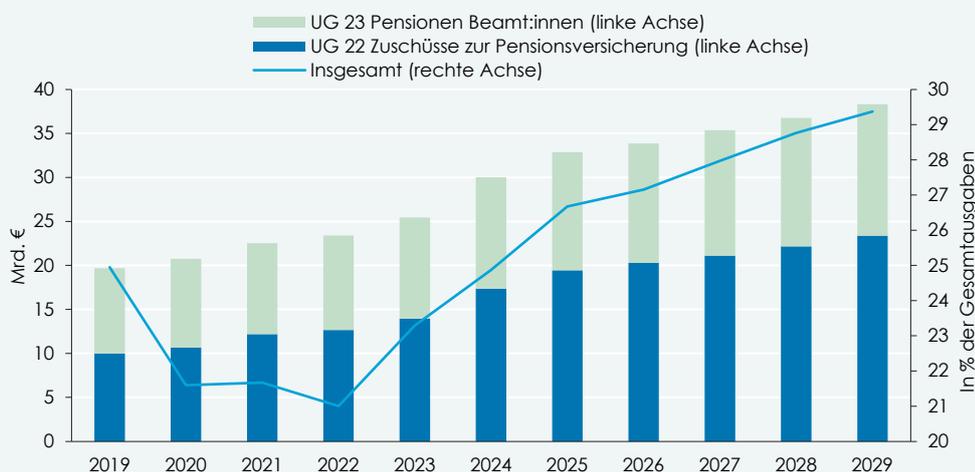
Übersicht 7: Pensionsausgaben einschließlich der Ausgaben für Pensionsersatzzeiten

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2019/ 2026
	Mrd. €								
	Veränderung in %								
Ausgaben brutto	22,00	23,68	25,48	25,93	28,11	32,92	35,95	37,25	+ 69,3
UG 22 Zuschüsse zur Pensionsversicherung ¹⁾	9,97	10,66	12,18	12,66	13,95	17,36	19,45	20,29	+103,5
Zuschüsse zur Pensionsversicherung	8,93	9,53	11,01	11,48	12,68	16,00	18,03	18,84	+111,1
Ausgleichszulagen	0,98	1,05	1,08	1,08	1,17	1,25	1,30	1,33	+ 35,6
Pensionsbeiträge gemäß Nachtschwerarbeitsgesetz	0,07	0,08	0,10	0,10	0,10	0,11	0,12	0,12	+ 83,4
UG 23 Pensionen Beamt:innen	9,70	10,10	10,35	10,73	11,49	12,66	13,43	13,88	+ 43,1
Hoheitsverwaltung und Ausgegliederte Unternehmen	4,43	4,60	4,74	4,93	5,32	5,88	6,27	6,53	+ 47,3
Landeslehrpersonal	1,90	2,08	2,18	2,30	2,50	2,80	3,02	3,16	+ 66,1
Post	1,29	1,31	1,30	1,33	1,39	1,50	1,55	1,56	+ 21,7
ÖBB	2,08	2,11	2,12	2,17	2,29	2,48	2,59	2,63	+ 26,2
UG 22 und UG 23 insgesamt	19,68	20,76	22,53	23,40	25,44	30,01	32,87	34,17	+ 73,7
Pensionsversicherungsbeiträge für Pensionsersatzzeiten	2,32	2,92	2,95	2,53	2,67	2,91	3,07	3,08	+ 32,4
Bereich Arbeit ²⁾	1,22	1,69	1,47	1,21	1,36	1,55	1,63	1,60	+ 31,4
Bereich Soziales ³⁾	0,07	0,07	0,07	0,08	0,08	0,09	0,09	0,09	+ 35,9
Bereich Familie ⁴⁾	1,03	1,16	1,41	1,24	1,22	1,27	1,35	1,38	+ 33,4
Einzahlungen (Pensionsbeiträge) Beamt:innen	2,20	2,16	2,13	2,09	2,08	2,15	2,19	2,13	- 3,1
Ausgaben netto	19,80	21,52	23,35	23,84	26,02	30,77	33,75	35,12	+ 77,4

		2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	In %								
Bruttoausgaben für Pensionen	in % der Gesamtausgaben	27,9	24,6	24,5	23,3	25,7	27,3	29,2	29,6
Bruttoausgaben für Pensionen	in % des BIP	5,6	6,2	6,3	5,8	5,9	6,8	7,3	7,3
Nettoausgaben für Pensionen	in % des BIP	5,0	5,7	5,7	5,3	5,5	6,4	6,9	6,9

Q: Bundesministerium für Finanzen (2025c), WIFO-Berechnungen. Basis: bis einschließlich 2023 Erfolg; 2024: vorläufiger Erfolg, ab 2025: Bundesvoranschlag. – ¹⁾ Einschließlich Ausgleichszulage sowie Pensionsbeiträge gemäß Nachtschwerarbeitsgesetz. – ²⁾ Gemäß Arbeitslosenversicherungsgesetz bei Bezug von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Weiterbildungsgeld, Sondernotstandshilfe, Sonderunterstützung, Überbrückungshilfe. – ³⁾ Für pflegende Angehörige. – ⁴⁾ Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten, für Pflegepersonen Schwerstbehinderter und bei Inanspruchnahme des Familienzeitbonus.

Abbildung 2: Pensionsausgaben



Q: Bundesministerium für Finanzen (2025c), WIFO-Berechnungen. Ab 2027: Bundesfinanzrahmen. Ohne Ausgaben für Pensionsersatzzeiten.

Trotz der Konsolidierungsschritte steigen die geplanten Pensionszahlungen einschließlich der Pensionsersatzzeiten 2025 und 2026 auf

35,9 Mrd. € bzw. 37,3 Mrd. € an, was 29,2% bzw. 29,6% der Gesamtausgaben im Bundeshaushalt entspräche. Der Zuwachs im

2025 steigen die Pensionsausgaben des Bundes um voraussichtlich 9,2% gegenüber dem Vorjahr und erreichen 35,9 Mrd. €. Trotz erster Reformschritte kann die Dynamik der Pensionsausgaben nur geringfügig gebremst werden.

Jahr 2025 wird vor allem durch die Ausfallhaftung des Bundes zur Abdeckung von Fehlbeträgen der Pensionsversicherung (+2 Mrd. € bzw. +12,7%) und den erwarteten Anstieg der Beamt:innenpensionen (+0,8 Mrd. € bzw. +6,1%) getrieben. Zahlungen für Ausgleichszulagen sowie Pensionersersatzzeiten nehmen dagegen nur sehr moderat zu.

Bis 2029 dürften laut Budgetplanung die Auszahlungen – ohne Pensionersersatzzeiten, für die ab 2027 keine Detailbudgetierung vorliegt – auf insgesamt 38,3 Mrd. € ansteigen, wovon 23,4 Mrd. € auf die UG 22 und 15,0 Mrd. € auf die UG 23 entfallen. Damit macht der Anteil der Pensionsausgaben (ohne Pensionersersatzzeiten) am geplanten Bundesbudget 2029 voraussichtlich 29,4% aus.

3.5 Finanzierungsausgaben

Seit 2019 wuchs der Schuldenstand (in ESGV-Abgrenzung) der Republik Österreich von 281,0 Mrd. € (71,0% des BIP) auf 394,1 Mrd. € (81,8% des BIP) im Jahr 2024 (+113,1 Mrd. € oder +40,3%). Aufgrund des günstigen internationalen Zinsumfeldes und der hohen Bonität Österreichs stiegen die Zinsausgaben nur moderat von 1,4% (2019) auf 1,5% des BIP (2024). Steigende Zinssätze haben jedoch die Finanzierungskonditionen deutlich verschlechtert. So erhöhte sich die umlaufgewichtete Durchschnittsrendite für öster-

reichische Bundesanleihen im Jahresmittel von –0,1% (2019) auf 2,8% (2024; Oesterreichische Nationalbank, 2025); für die Jahre bis 2029 erwartet das WIFO in seiner mittelfristigen Prognose Sekundärmarktrenditen von 3,1% bis 3,2%.

Bei hohen Defiziten der öffentlichen Haushalte und zum Teil nominal erheblich geringer verzinsten abreifenden Staatsanleihen ist in den kommenden Jahren trotz einer insgesamt sehr langfristigen Verschuldungsstruktur ein deutlicher Anstieg der Zinsbelastung des Staatshaushaltes zu erwarten. Er wird den Bund, auf den der überwiegende Teil der öffentlichen Verschuldung entfällt, in besonderem Maße treffen.

Im Jahr 2025 steigen die erwarteten Zinsausgaben (ESVG-Abgrenzung) des Gesamtstaates empfindlich auf 8,6 Mrd. € (1,7% des BIP; 2024: 7,3 Mrd. € bzw. 1,5% des BIP). Auch in den Folgejahren rechnet die Bundesregierung trotz des eingeschlagenen Konsolidierungskurses mit einer dynamisch wachsenden Zinslast, die bis 2029 13,4 Mrd. € bzw. 2,4% der Wirtschaftsleistung erreichen dürfte. Damit läge die Zinsausgabenquote zwar immer noch deutlich unter jener vergangener Jahre (1995: 4,0% des BIP). Allerdings wird der Anstieg durchaus spürbare Einschränkungen der zukünftigen budgetären Handlungsspielräume zur Bewältigung sozial-, bildungs-, klima- und sicherheitspolitischer Herausforderungen mit sich bringen.

Die Zinsausgaben des Gesamtstaates dürften bis 2029 2,4% des BIP erreichen.

Übersicht 8: **Zinsausgaben von Bund und Gesamtstaat**

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
	Mrd. €						
Gemäß ESGV 2010							
Gesamtstaatliche Zinsausgaben	5,7	7,3	8,6	9,6	10,7	11,9	13,4
Zinsausgaben des Bundes	5,4	6,7
Gemäß Bundesvoranschlag und Bundesfinanzrahmengesetz							
UG 58 Auszahlungen ¹⁾	7,7	7,4	8,4	8,9	9,4	9,4	9,9
	In % des BIP						
Gemäß ESGV 2010							
Gesamtstaatliche Zinsausgaben	1,2	1,5	1,7	1,9	2,0	2,2	2,4
Zinsausgaben des Bundes	1,1	1,4
Gemäß Bundesvoranschlag und Bundesfinanzrahmengesetz							
UG 58 Auszahlungen ¹⁾	1,6	1,5	1,7	1,8	1,8	1,7	1,8
	In Jahren						
Durchschnittliche Restlaufzeit der Finanzschulden des Bundes ²⁾	11,1	11,4	12,2

Q: Bundesministerium für Finanzen (2025c), Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (2025), Fiskalrat (2024), Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. –

¹⁾ Die Auszahlungen der UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge umfassen Aufwendungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen. –

²⁾ Letztstand laut Österreichischer Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA) vom 31. Mai 2025.

4. Entwicklungen im Abgabensystem

Der Umfang der steuerlichen Konsolidierungsmaßnahmen, welche die Höhe und Struktur der Steuereinnahmen des Bundes prägen werden, steigt 2025/2029 von 1,04 Mrd. € auf 3,17 Mrd. € bzw. von 14,9%

auf 19,2% des Bruttokonsolidierungsvolumens (Übersicht 9).

Die umfangreichste Einzelmaßnahme ist das Aussetzen des dritten Drittels der Kompen-

sation für die kalte Progression in der Einkommensteuer, durch das bis 2029 zusätzliche Steuereinnahmen von 1,475 Mrd. € erwartet werden. Der Sanierungsbeitrag von Banken und Energieunternehmen wird für 2025 und 2026 auf jeweils 0,55 Mrd. € geschätzt, in den Folgejahren sinkt er auf 0,25 Mrd. €. Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung sollen zusätzliche Steuereinnahmen erbringen, die bis 2029 auf 0,45 Mrd. € ansteigen und in einer Task Force konkretisiert werden sollen. Hinzu kommen Steuer- und Abgabenerhöhungen im Bereich Tabakerzeugnisse und Glücksspiel, die bis 2029 0,2 Mrd. € bzw. 0,18 Mrd. € erreichen sollen. Auch zwei klimapolitisch motivierte steuerliche Förderungen werden beschnitten: Die temporär gewährte Mehrwertsteuerbefreiung von Photovoltaik-Anlagen wird vorzeitig beendet und die Befreiung von Elektroautos von der motorbezogenen Versicherungssteuer abgeschafft. Darüber hinaus wirken sich die seit 2022 implementierten Entlastungsmaßnahmen im Rahmen der Steuerreform 2022/2024 (vgl. für

einen Überblick Kettner et al., 2021) weiterhin dämpfend auf die Einnahmen aus Einkommen- bzw. Lohnsteuer sowie Körperschaftsteuer aus. Der CO₂-Preis wird wie vorgesehen von 45 € (2024) auf 55 € (2025) erhöht, wodurch die Einnahmen aus dem nationalen Emissionshandel von 1,18 Mrd. € auf 1,45 Mrd. € steigen sollen. Bemerkenswert ist der erwartete tendenzielle Rückgang der absoluten Einnahmen aus Mineralölsteuer und Energieabgaben, der auch mit dem Verzicht auf eine regelmäßige Inflationsanpassung zusammenhängt.

Die Bruttosteuerereinnahmen sollen von 112,89 Mrd. € gemäß vorläufigem Erfolg 2024 auf 115,95 Mrd. € (2025) bzw. 120,5 Mrd. € (2026) zunehmen, die Bruttoabgaben (Bruttosteuerereinnahmen zuzüglich der Einnahmen aus dem Nationalen Emissionszertifikatehandel) steigen von 114,3 Mrd. € (2024) auf 122,1 Mrd. € (2026) und sollen 2029 134,6 Mrd. € betragen (Übersicht 2).

Die Bruttosteuerereinnahmen des Bundes steigen von 112,9 Mrd. € (2024) auf 116 Mrd. € (2025) und erreichen 2026 120,5 Mrd. €.

Übersicht 9: Steuerliche Konsolidierungsmaßnahmen – Saldenwirkung

	2025	2026	2027	2028	2029
	Mrd. €				
Steuerliche Konsolidierungsmaßnahmen insgesamt	1,04	2,20	2,29	2,72	3,17
Budgetsanierungsmaßnahmengesetz I 2025	0,89	1,00	0,63	0,63	0,63
Sanierungsbeitrag Energiewirtschaft	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20
Sanierungsbeitrag Banken (Stabilitätsabgabe)	0,35	0,35	0,05	0,05	0,05
Einbeziehung von E-Autos in motorbezogene Versicherungssteuer	0,07	0,13	0,13	0,13	0,13
Anhebung Wettgebühren	0,05	0,10	0,10	0,10	0,10
Vorgezogene Abschaffung Umsatzsteuerbefreiung Photovoltaikanlagen	0,18	0,07	0,00	0,00	0,00
Erhöhung der Tabaksteuer für Zigaretten sowie Tabak zum Erhitzen	0,05	0,10	0,10	0,10	0,10
Verlängerung Spitzensteuersatz	0,00	0,05	0,05	0,05	0,05
Budgetbegleitgesetz 2025 ¹⁾	0,08	0,65	1,03	1,33	1,71
Aussetzen des letzten Drittels des Ausgleichs der kalten Progression	0,00	0,44	0,80	1,10	1,47
Lückenschluss "Share Deals" in der Grunderwerbsteuer	0,04	0,10	0,10	0,10	0,10
Anhebung von Glücksspielabgaben	0,03	0,07	0,07	0,08	0,08
Einführung Umwidmungszuschlag im Rahmen der Immo-ESt	0,01	0,03	0,05	0,05	0,05
Anhebung Stiftungseingangssteuer	0,00	0,01	0,01	0,01	0,01
Budgetsanierungsmaßnahmengesetz II 2025	0,07	0,18	0,18	0,18	0,18
Nachvalorisierung Bundesgebühren	0,07	0,15	0,15	0,15	0,15
Anhebung Zwischensteuer Privatstiftungen	0,00	0,02	0,02	0,02	0,02
Anhebung Stiftungssteueräquivalent	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Nachvalorisierung Konsulargebühren	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Weitere abgabenrechtliche Maßnahmen	0,01	0,38	0,45	0,58	0,65
Betrugsbekämpfungspaket (einschließlich Reform der Wegzugsbesteuerung)	0,00	0,27	0,33	0,39	0,45
Tabaksteuer alternative Erzeugnisse	0,00	0,09	0,10	0,10	0,10
Modernisierung Glücksspielmonopol	0,01	0,02	0,02	0,09	0,10

Q: Bundesministerium für Finanzen (2025c). – ¹⁾ Ohne Aussetzung der Valorisierung des Kinderabsetzbetrages.

5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Vor dem Hintergrund der außerordentlich ungünstigen budgetären Ausgangslage im Jahr 2024 sind die im Doppelbudget 2025/26 getroffenen Maßnahmen als erster Schritt in die richtige Richtung zu werten, um potenzielle Einsparungen zur Budgetsanierung zu erzielen.

Allerdings muss dieser Weg jetzt entschlossener und mit klareren Prioritäten weiterver-

folgt werden. Unverzichtbar sind einerseits eine grundlegende Reform des Fördersystems, insbesondere die systematische Überprüfung und Einschränkung umweltschädlicher Subventionen, und zum anderen die Erschließung neuer Einsparungspotenziale im Gesundheitssystem – etwa durch eine effizientere Koordination der Entscheidungsträger, eine gezieltere Patientensteuerung, den Abbau von Doppelstrukturen und den

stärkeren Einsatz von Digitalangeboten. Un-erlässlich ist zudem die weitere Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters, um das Pensionssystem nachhaltig finanzierbar zu halten. Auch mit Blick auf den Föderalismus besteht erheblicher Handlungsbedarf: Komplexe Finanzströme, zahlreiche Parallelstrukturen und unklare Entscheidungsverantwortlichkeiten erzeugen Ineffizienzen, die durch ausgeprägtere Kooperation, Verwaltungszusammenführungen und klarere Kompetenzzuweisungen abgebaut werden könnten.

Für den langfristigen Erfolg einer Budgetkonsolidierung ist von entscheidender Bedeutung, dass auch Mittel für Zukunftsaufgaben

bereitgestellt werden können. Dazu gehören einerseits öffentliche Investitionen in Gesundheit, Pflege und Kinderbetreuung, die vor allem – trotz einer ebenfalls angespannten Budgetsituation – von den Ländern und Gemeinden zu tätigen wären. Klimapolitische Verpflichtungen sowie die Notwendigkeit, in die lange Zeit unterfinanzierte Landesverteidigung zu investieren, bedingen weitere elementare budgetäre Herausforderungen. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen fiskalischer Konsolidierung einerseits und strategischen Investitionen andererseits ist zentral, um Österreichs wirtschaftliche Erholung und nachhaltige Entwicklung zu sichern.

6. Literaturhinweise

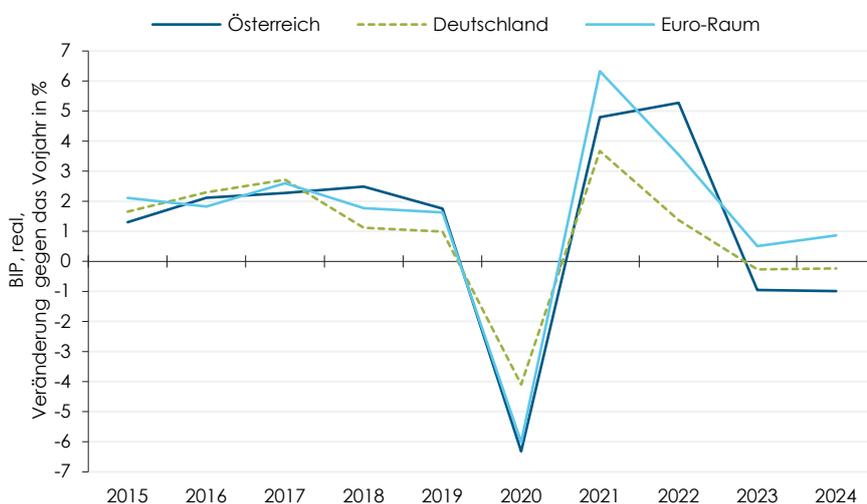
- Baumgartner, J., Bierbaumer, J., Bilek-Steindl, S., Bittschi, B., Glocker, C., & Schratzenstaller, M. (2025). Zweites Rezessionsjahr in Österreich. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 199-215. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58156226>.
- Beznoska, M. (2024). Testing the Income Pooling Hypothesis and its Link to the Taxation of Couple Households: Evidence from Demand System Estimation for Germany. *Journal of Family and Economic Issues*, 45(3), 687-719. <https://doi.org/10.1007/s10834-023-09914-y>.
- Budgetdienst (2025a). *Budgetanalyse 2025 und 2026*. <https://www.parlament.gv.at/fachinfos/budgetdienst/Budgetanalyse-2025-und-2026>.
- Budgetdienst (2025b). Umsetzung weiterer Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen. <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-zu-gesetzen/BD-Umsetzung-weiterer-Konsolidierungs-und-Offensivmassnahmen.pdf>.
- Bundesministerium für Finanzen (2025a). *Entwicklungszusammenarbeit*. https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2025_2026/beilagen/Entwicklungszusammenarbeit_2025_2026.pdf.
- Bundesministerium für Finanzen (2025b). *Green Budgeting*. https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2025_2026/beilagen/Green_Budgeting_2025_2026.pdf.
- Bundesministerium für Finanzen (2025c). *Strategiebericht 2025 bis 2028 und 2026 bis 2029 gem. § 14 BHG 2013. Budgetbericht 2025 und 2026 gem. § 42 Abs. 3 BHG 2014*. https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:128b6817-d7fe-4056-9d2d-7d5a9addf8e2/Strategiebericht_2025-2028_2026-2029_Budgetbericht_2025_2026.pdf.
- Bundesministerium für Landesverteidigung (2025). *Landesverteidigungsbericht 2024/2025*. https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/III/168/imfname_1685522.pdf.
- Europäische Kommission (2025). *Accommodating Increased Defence Expenditure Within the Stability and Growth Pact*. C(2025) 2000 final. Communication from the Commission. https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/a57304ce-1a98-4a2c-aed5-36485884f1a0_en?filename=Communication-on-the-national-escape-clause.pdf.
- Fiskalrat (2024a). *Bericht über die öffentlichen Finanzen 2023-2028*. <https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:2b284b76-e8d1-4fa9-b532-dca59b6cb9ed/FISK-Jahresbericht-2024-Web.pdf>.
- Fiskalrat (2024b). *Eingriffe in das Pensionssystem seit 2018 kosteten bisher 7,5 Mrd Euro*. <https://www.fiskalrat.at/publikationen/studien-des-bueros/kurzanalysen-informationen-uebersicht/20240513.html>.
- Glocker, C., & Ederer, S. (2025). Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück. Prognose für 2025 und 2026. *WIFO-Konjunkturprognose*, (2). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60170823>.
- Kettner, C., Loretz, S., & Schratzenstaller, M. (2021). Steuerreform 2022/2024 – Maßnahmenüberblick und erste Einschätzung. *WIFO-Monatsberichte*, 94(11), 815-827. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/13773180>.
- Loretz, S., & Pitlik, H. (2025). Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 191-198. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58156012>.
- Mayrhuber, C. (2025). Finanzierungsstruktur der Pensionsversicherung in Österreich. Zwischen Versicherung und Sozialpolitik. *WIFO Research Briefs*, (8). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58625634>.
- Oesterreichische Nationalbank – OeNB (2025). *Umlaufgewichtete Durchschnittsrendite für Bundesanleihen (Periodendurchschnitte)*. <https://www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen/zinssatze-und-wechselkurse/renditen-oesterreichischer-bundesanleihen/umlaufgewichtete-durchschnittsrendite-fuer-bundesanleihen-periodendurchschnitte.html>.
- Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (2025). *Finanzschulden des Bundes*. <https://www.oebfa.at/budget-und-schulden/finanzschulden.html> (abgerufen am 17. 6. 2025).

Zur Güte von Konjunkturprognosen in Zeiten außergewöhnlicher Krisen

Marcus Scheiblecker

- Die COVID-19-Pandemie hatte international einen Einbruch der Wirtschaft zur Folge. Im Falle Österreichs mussten nationale und internationale Institute ihre Prognosen zum Wirtschaftswachstum um bis zu 8% Prozentpunkte nach unten revidieren.
- Die folgende Erholung wurde durch die Invasion Russlands in der Ukraine jäh unterbrochen. Aufgrund des starken Preisanstieges, den der Krieg auslöste, mussten die Prognosen abermals angepasst werden.
- Die seit dem Jahreswechsel 2022/23 beobachtete Rezession hält nun schon ungewöhnlich lange an. Besserungstendenzen verebbten mehrmals, was erneut deutliche Revisionen bedingte.
- Gemessen am mittleren absoluten Prognosefehler in Bezug auf das österreichische Wirtschaftswachstum in den Jahren 2021 bis 2024 schnitt das WIFO am besten ab. Der Fehler entsprach in etwa dem Durchschnitt der Prognosen für Deutschland. Die Prognosen internationaler Institute für den Euro-Raum waren allerdings besser.

Realisiertes Wirtschaftswachstum



"Die COVID-19-Pandemie und der Ukraine-Krieg hatten starke und kaum vorhersagbare Schwankungen im BIP zur Folge. Auch das WIFO musste seine Prognosen mehrmals erheblich revidieren. Der mittlere Prognosefehler war jedoch im Vergleich mit anderen nationalen und internationalen Instituten geringer."

Das Wirtschaftswachstum unterlag in den letzten Jahren aufgrund der COVID-19-Pandemie und des Ukraine-Krieges außergewöhnlich hohen Schwankungen (Q: Statistik Austria, Eurostat).

Zur Güte von Konjunkturprognosen in Zeiten außergewöhnlicher Krisen

Marcus Scheiblecker

Zur Güte von Konjunkturprognosen in Zeiten außergewöhnlicher Krisen

Der plötzliche Ausbruch der COVID-19-Pandemie hatte international deutliche Abwärtsrevisionen der Wirtschaftsprognosen für das Jahr 2020 zur Folge. Während der Pandemie erschwerten die kurzfristig verlautbarten gesundheitspolitischen Maßnahmen die Prognosefähigkeit. Die anschließende Konjunkturerholung wurde durch den Überfall Russlands auf die Ukraine, der zu einem scharfen Preisanstieg in der EU und zu wirtschaftlichen Sanktionen führte, jäh unterbrochen. Zum Jahreswechsel 2022/23 setzte in Österreich die längste Rezession seit Gründung der Zweiten Republik ein. In deren Verlauf zeigten sich mehrmals Besserungstendenzen, die aber wieder verebbten. Dieser Beitrag untersucht das Revisionsausmaß in den Prognosen des österreichischen BIP der nationalen (WIFO, IHS, OeNB) und internationalen Prognoseinstitutionen (Europäische Kommission, OECD und IWF) für den Zeitraum 2020 bis 2024. Zu Vergleichszwecken wird die Güte von Prognosen des deutschen Wirtschaftswachstums sowie des realen BIP im Euro-Raum betrachtet, die von deutschen Instituten bzw. internationalen Organisationen erstellt werden.

JEL-Codes: E37, E23 • **Keywords:** Prognoseevaluierung

Begutachtung: Serguei Kaniovski • **Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at) •
Abgeschlossen am 20. 6. 2025

Kontakt: Marcus Scheiblecker (marcus.scheiblecker@wifo.ac.at)

"Vorhersagen sind sehr schwierig, insbesondere wenn sie die Zukunft betreffen." Niels Bohr (Nobelpreis für Physik 1922) zugeschrieben.

In den letzten Jahren wurde das Wirtschaftsgeschehen sowohl international als auch in Österreich von multiplen Krisen beeinträchtigt, die ihren Ursprung außerhalb der wirtschaftlichen Sphäre hatten. So breitete sich ab dem Jahreswechsel 2019/20 das SARS-CoV-2-Virus mit rasanter Geschwindigkeit weltweit aus. Das Ausmaß der gesundheitlichen Bedrohung war anfangs unklar. Durch die Eindämmungsmaßnahmen wurden persönliche Kontakte und das öffentliche Leben stark eingeschränkt, wodurch die wirtschaftliche Aktivität weltweit einbrach.

Lockdowns, Einschränkungen und Öffnungsschritte wurden oft erst Tage vor ihrem Inkrafttreten beschlossen und bekannt gegeben. Die bis zu zwei Jahre zuvor erstellten Konjunkturprognosen für das Jahr 2020 mussten drastisch nach unten korrigiert werden. Auch die während der Pandemie erstellten Prognosen waren geprägt von Unsicherheit hinsichtlich der Dauer der Krise und der Wirksamkeit der Maßnahmen. Selbst wenn hierüber Klarheit geherrscht hätte, wäre unklar geblieben, wie rasch sich die Wirtschaft

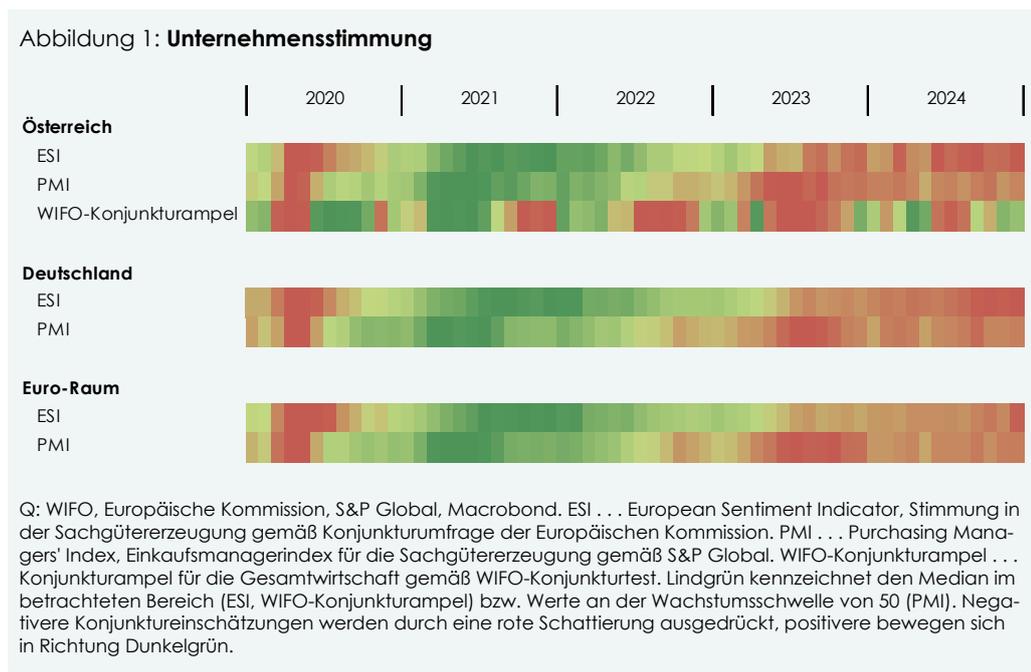
nach Überwindung der Pandemie wieder erholt.

Die Erholung in den Jahren 2021 und 2022 wurde durch einen erneuten – dieses Mal geopolitischen – Schock unterbrochen. Auf den Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 folgte ein sprunghafter Anstieg der Energiepreise, der die Inflationsraten international auf historische Höchststände trieb. Auch in diesem Fall reagierte die Fiskalpolitik mit unterschiedlichen, kurzfristig umgesetzten Maßnahmen auf die Krise. Sowohl der Inflationsanstieg als auch die Maßnahmen waren in den zuvor erstellten Wirtschaftsprognosen nicht absehbar gewesen, was neuerlich kräftige Revisionen erforderlich machte.

Die darauffolgende wirtschaftliche Schwächephase im Euro-Raum traf vor allem die industriell geprägten Länder Deutschland und Österreich. Sie erlebten die längste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Mehrmals keimten in den Unternehmensumfragen Hoffnungen auf eine Konjunkturbele-

bung auf, verebbten jedoch rasch wieder (Abbildung 1). So hatten sowohl der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission als auch der Purchasing Managers' Index von S&P Global zum Jahreswechsel 2023/24 Besserungstendenzen angezeigt, sanken jedoch 2024 erneut. Dementsprechend mussten auch in diesem Fall die Wachstumsprognosen wieder zurückgenommen werden.

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die Revisionen der Konjunkturprognosen zur österreichischen Wirtschaft in den jüngsten Krisen und vergleicht die Anpassungen, die von nationalen und internationalen Institutionen in den Jahren 2020 bis 2024 vorgenommen wurden. Da die beschriebenen Krisen international auftraten, werden zu Vergleichszwecken auch die Prognosefehler ausländischer Institute zu Deutschland und dem Euro-Raum untersucht.



1. Die Zielfunktion

Das Hauptziel von Prognosen ist die korrekte und rechtzeitige Vorhersage des in Zukunft realisierten Wertes einer Referenzgröße. Als makroökonomische Referenzgrößen kommen verschiedene und unterschiedlich relevante Aggregate infrage. Hier soll der Kürze wegen die wohl am meisten beachtete Kennzahl, das Wirtschaftswachstum – also die prozentuale Veränderung des preisbereinigten BIP – näher betrachtet werden¹⁾. Bei der Analyse ist auch der gewählte Beobachtungszeitpunkt der später realisierten Referenzgröße von Bedeutung. Die Daten zur Wirtschaftsleistung unterliegen nämlich

auch bei den statistischen Ämtern laufenden Revisionen, die auch bereits vergangene Jahre betreffen. Die Werte gelten erst nach dreimaliger Veröffentlichung als endgültig²⁾. Hier wird – den üblichen Gepflogenheiten folgend – die umfassende Erstveröffentlichung der amtlichen Statistik im Herbst des Folgejahres als Referenzgröße der Zielerreichung verwendet. Allerdings sei darauf hingewiesen, dass zu diesem Zeitpunkt auch den statistischen Ämtern noch nicht der gesamte, zur Errechnung des BIP notwendige Datensatz zur Verfügung steht³⁾.

¹⁾ Für die Budgetplanung stehen hingegen das nominelle BIP, der nominelle Konsum (als Basis der Mehrwertsteuereinnahmen) und die nominelle Lohnsumme (als Grundlage des Einkommensteueraufkommens) im Vordergrund.

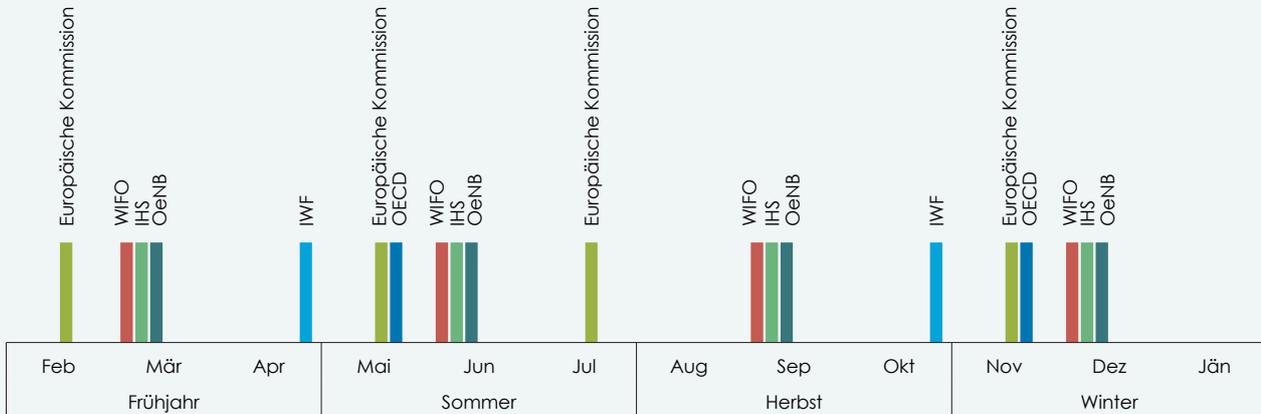
²⁾ Jedoch kann es auch danach im Zuge von Generalrevisionen oder methodischen Umstellungen noch zu Revisionen kommen.

³⁾ Abgesehen von den sich aus der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ergebenden vorläufigen und unvollständigen Jahreswerten, wird die erste umfassende Jahresrechnung für die EU-Länder jeweils im Herbst des Folgejahres veröffent-

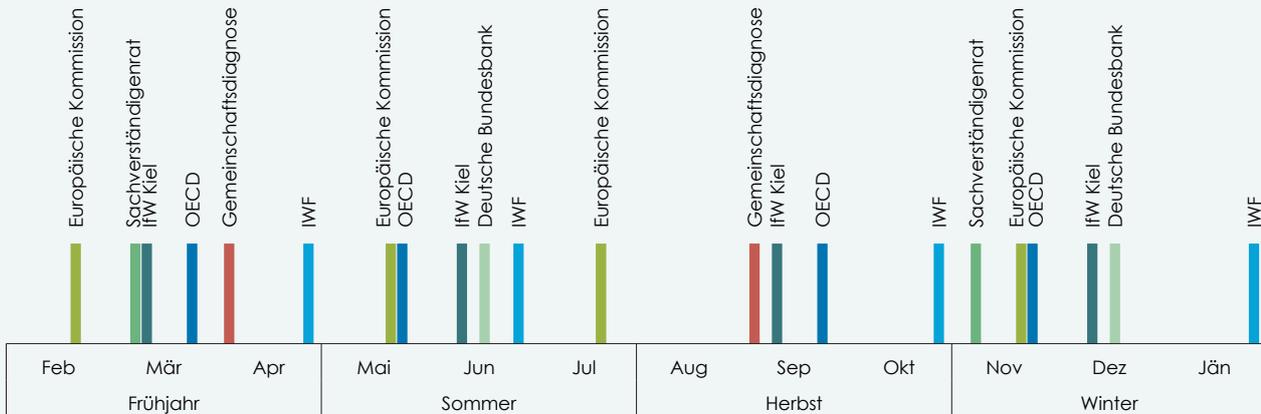
licht. Zu diesem Zeitpunkt sind für wichtige Wirtschaftsbereiche noch keine Werte zu den im Produktionsprozess eingesetzten Vorleistungen verfügbar, sondern lediglich deren Output. Erst zwei Jahre später liegt die umfangreiche Leistungs- und Strukturhebung vor, welche eine fundiertere Berechnung der Wertschöpfung und mithin des BIP erlaubt. Bis dahin ist die amtliche Statistik auf Annahmen hinsichtlich des Wertschöpfungsanteils an der Produktion angewiesen. Es ist daher durchaus möglich, dass die für die Prognosen eingesetzten Modelle die dritte Veröffentlichung genauer prognostizieren, da sie ökonomische Relationen besser abbilden können als einfache Annahmen.

Abbildung 2: **Übliche Veröffentlichungstermine der Prognosen nationaler und internationaler Institutionen**

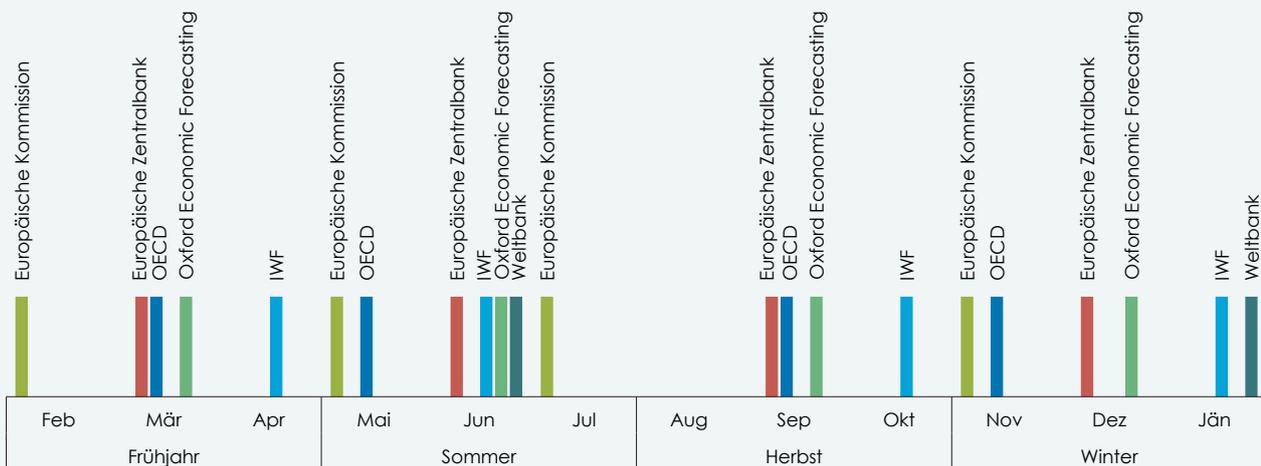
Österreich



Deutschland



Euro-Raum



Q: WIFO. Die OeNB veröffentlicht erst seit dem Jahr 2024 zu vier Zeitpunkten Prognosen, bis dahin wurde nur im Juni und Dezember eine Prognose veröffentlicht. Die Juli-Interimsprognose der Europäischen Kommission wird den Herbstprognosen zugerechnet. Im Falle Österreichs wird die Oktober-Prognose des IWF den Winterprognosen zugerechnet, OECD und IWF veröffentlichen in ihren Interimsprognosen keine Werte für Österreich.

Hinsichtlich der zeitlichen Abfolge von Prognoserevisionen ist zu berücksichtigen, dass einige Prognoseinstitute ihre Ergebnisse lediglich zweimal jährlich publizieren. Treten in der Zwischenzeit deutliche Veränderungen des makroökonomischen Umfeldes ein, hinken ihre Revisionen hinterher. Andererseits profitieren sie davon, wenn sich im Laufe der Zeit einige ökonomische Rahmenbedingungen klarer darstellen. Je nach dem Zeitpunkt, zu dem ein Schock eintritt, kann sich aus der nur halbjährlichen Prognose entweder ein Vor- oder ein Nachteil in Bezug auf den durchschnittlichen Prognosefehler

ergeben. Abbildung 2 gibt einen Überblick über die zeitliche Abfolge der Revision für die drei Wirtschaftsräume Österreich, Deutschland und den Euro-Raum und die jeweiligen quartalsweisen Vergleichsfenster. Während dem IWF durch seine späte Prognose ein Vorteil erwachsen könnte, da ihm rezentere Wirtschaftsdaten zur Verfügung steht, könnte der Europäischen Kommission und der OECD durch ihren mehrheitlich frühen Termin ein Nachteil entstehen. Bei der folgenden Analyse werden mögliche Effekte dieses Timings allerdings außer Acht gelassen.

2. Ursachen der Revisionen

Abbildung 3 zeigt die Revisionen der Prognosen des Wirtschaftswachstums für Österreich für die Jahre 2020 bis 2024. Die erste Prognose für das Jahr 2020 wurde im Dezember 2018, also zwei Jahre zuvor ($t-2$), veröffentlicht. Danach erfolgten im Viertel- bzw. Halbjahresrhythmus Neuberechnungen. Bis zum Prognosetermin im Dezember 2019 ($t-1$) blieben die prognostizierten Werte relativ unverändert. Erst im März 2020 (t_0) kam es aufgrund der aufkeimenden COVID-19-Pandemie zu einer deutlichen Abwärtsrevision. Statt einem Wirtschaftswachstum von rund 1½% wurde in der Folge eine Schrumpfung von über 2% angenommen. Mit der Ausweitung der Pandemie sahen sich die Prognoseinstitute im Juni 2020 veranlasst, den erwarteten BIP-Rückgang erneut auf rund 5½% bis 7½% zu revidieren. Im September und Dezember 2020 waren kaum noch Anpassungen notwendig, die Prognosen schwankten einheitlich zwischen -6¼% bis -8%. Der von Statistik Austria mit der VGR-Jahresrechnung im Herbst 2021 veröffentlichte, realisierte Wert für 2020 (-6,8%) lag innerhalb dieser Bandbreite.

Für das Jahr 2021 wurde erstmals im Dezember 2019 ($t-2$) eine Prognose erstellt. Auch zu diesem Zeitpunkt war die Pandemie noch nicht absehbar, weshalb für 2021 ein Wachstum von rund 1½% vorhergesagt wurde. Mit dem Ausbruch der Pandemie im März 2020 ($t-1$) und der ersten Rücknahme der Prognosen für 2020 wurde mit einer kurzen Dauer der Krise gerechnet, weshalb für 2021 eine Aufwärtsrevision erfolgte. Die Annahme einer raschen Überwindung der Pandemie wurde an den folgenden zwei Prognoseterminen praktisch unverändert beibehalten. Erst im Dezember 2020 ($t-1$) bzw. März 2021 (t_0) rechneten einige Institute aufgrund der wiederholten Lockdowns mit einer schwächeren Erholung im Jahr 2021, nahmen diese Einschätzung allerdings im Verlauf des Jahres wieder zurück. Das Ausmaß der Erholung (+4,7%, laut VGR vom September 2022) wurde dennoch von den meisten Prognoseinstituten unterschätzt.

Für das Jahr 2022 erwarteten die Institute eine weitere Erholung und ein Wirtschaftswachstum von rund 4½%. Im I. Quartal 2022 (t_0), in das die Invasion Russlands in die Ukraine fiel, senkten die Institute zunächst die Prognosen, kehrten jedoch aufgrund der im Jahresverlauf einlangenden positiven Wirtschaftsdaten wieder zu ihren ursprünglichen Einschätzungen zurück. Auch der seit dem Angriffskrieg beschleunigte Anstieg der Energiepreise, der im September 2022 seinen Höhepunkt erreichte, führte bis zum Jahresende nicht zu Anpassungen. Der von Statistik Austria im Herbst 2023 veröffentlichte Wert für 2022 lag nicht weit von den im Jahresverlauf 2021 ($t-1$) prognostizierten und am Ende des Prognoseintervalls erneut erwarteten Werten entfernt.

Der Schock durch die Verteuerung von Energie und den darauffolgenden starken Anstieg der Verbraucherpreise dämpfte erst 2023 das Wirtschaftswachstum. Hatten die Institute im Dezember 2021 ($t-2$) noch ein robustes Wachstum zwischen 2% und 2½% erwartet, sahen sie sich aufgrund des lebhaften Preisanstieges gezwungen, die Erwartungen für das Jahr 2023 ab März 2022 ($t-1$) schrittweise zu kappen. Das WIFO senkte seine Prognose für das BIP rascher als andere Institute und erreichte im September 2023 (t_0) mit -0,8% jenen Wert, den Statistik Austria im Herbst 2024 als vorläufig veröffentlichte.

Mit Blick auf das Jahr 2024 mag das Ausmaß der Revisionen insofern verwundern, als keine zusätzlichen exogenen Schocks auftraten. Die Pandemie und die nachfolgende Erholungsphase waren abgeschlossen und die Inflation, ausgehend vom hohen Niveau zu Jahresbeginn, im Sinken begriffen. Neu waren jedoch die ungewöhnlich lange Dauer der Industrierezession und die lahrende Konsumnachfrage. Die Unsicherheit der Prognoseinstitute im Umgang mit diesen Phänomenen spiegelt sich in ihren zögerlichen und nur schrittweisen Abwärtsrevisionen. Zwischen Dezember 2022 ($t-2$) und

Statt eines prognostizierten Wirtschaftswachstums von rund 1½% schrumpfte die österreichische Wirtschaft im Krisenjahr 2020 um fast 7%.

Dezember 2024 (t0) mussten sie ihre BIP-Prognosen für 2024 kontinuierlich um rund 1% bis 2% Prozentpunkte senken. Die Unternehmensumfragen im Euro-Raum, in Deutschland und Österreich vermittelten ein unklares Konjunkturbild, da sich zeitweilig optimistischere Tendenzen zeigten. Allerdings gaben die Stimmungsindikatoren in weiterer Folge immer wieder nach (Abbildung 1). Erst gegen Ende des Prognosezyklus näherten

sich die Prognosen für Österreich dem realisierten Wert⁴⁾ an.

In Krisenzeiten ist auch die amtliche Statistik stärker gezwungen, Ergebnisse nachträglich zu revidieren. Dies ist international zu beobachten, wie Shrestha und Marini (2013) für die Gruppe der G20-Länder während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 nachwies⁵⁾.

Abbildung 3: Zeitlicher Verlauf der Prognosen des realen BIP



Q: WIFO. – ¹⁾ Für das Jahr 2024 wird die Realisierung ausgewiesen, wie sich im Juni 2025 auf Basis der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergab.

⁴⁾ Dieser wurde auf Basis der vier veröffentlichten Quartale aus der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) vom 6. Juni 2025 ermittelt. Die eigentliche Jahresrechnung für 2024 wird erst im Herbst 2025 von Statistik Austria veröffentlicht.

⁵⁾ Shrestha, M. L., & Marini, M. (2013). Quarterly GDP Revisions in G-20 Countries: Evidence from the 2008 Financial Crisis. *IMF Working Paper*, (2013/060).

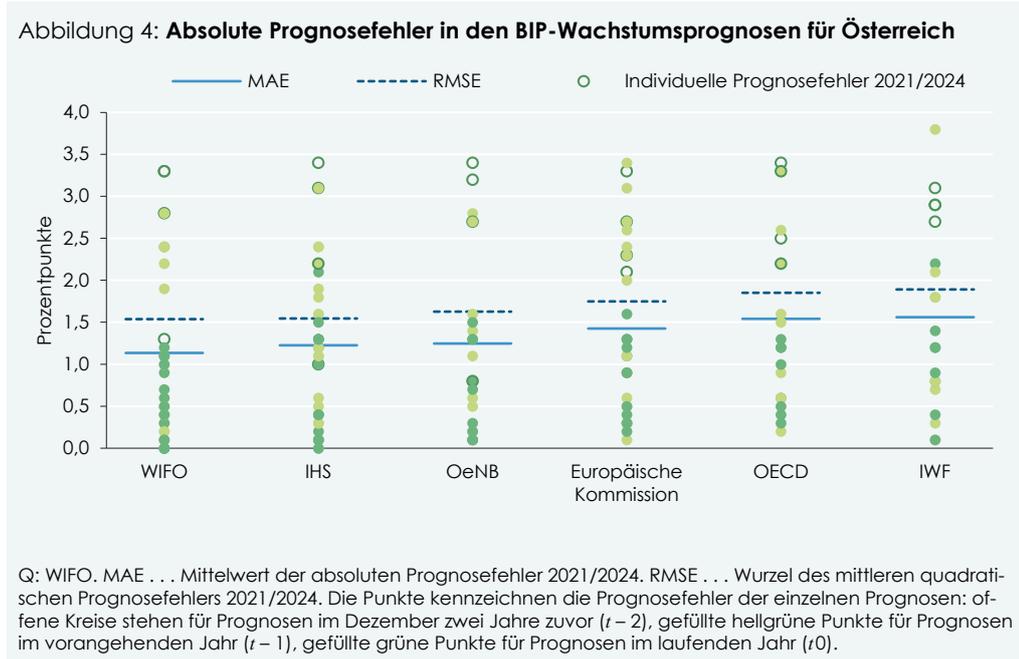
3. Vergleich der Prognosegüte

Um die Abweichungen der BIP-Prognosen der einzelnen Institute vom schließlich veröffentlichten Jahreswert leichter vergleichen zu können, stellt Abbildung 4 sämtliche Prognosefehler dar⁶⁾. Der Prognosefehler ist definiert als die Abweichung in Prozentpunkten des Prognosewertes zum Zeitpunkt $t - s, q$ (also im jeweiligen Quartal) vom Jahreswert $t + 1$ zum Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung durch Statistik Austria im III. Quartal des Folgejahres. Durch die Verwendung des Absolutwertes wird vom Revisionsausmaß her nicht zwischen positiven und negativen Abweichungen, also Über- und Unterschätzungen der BIP-Entwicklung, unterschieden.

Die Prognosefehler im Zeitraum von Dezember 2019 ($t - 2$ für das Jahr 2021) bis Dezember 2024 (t_0 für das Jahr 2024) sind in Abbil-

dung 4 als Punkte dargestellt. Der jeweils oberste Punkt zeigt den maximalen und der unterste Punkt den minimalen Prognosefehler im betrachteten Zeitraum. Liegt letzterer auf der x-Achse, so wurde das später veröffentlichte BIP-Wachstum im jeweiligen Jahr zu irgendeinem Prognosezeitpunkt korrekt vorhergesagt. Je weiter die unteren Punkte von der x-Achse entfernt liegen, desto höher war dagegen auch der kleinste jemals erzielte Fehler. Als Querlinien ausgewiesen sind zudem der Mittelwert der absoluten Prognosefehler (Mean Absolute Error – MAE) 2021/2024 und die Wurzel des mittleren quadratischen Fehlers (Root Mean Squared Error – RMSE) 2021/2024. Der RMSE misst größeren Abweichungen ein höheres Gewicht bei und "bestraft" diese somit stärker als der MAE⁷⁾.

Hinsichtlich des maximalen und des durchschnittlichen Fehlers bei der Prognose des heimischen Wirtschaftswachstums im Zeitraum 2021/2024 schneidet das WIFO am besten ab.



Für das COVID-19-Krisenjahr 2020 lag der maximale Prognosefehler über sämtliche Institute hinweg bei etwa $8\frac{1}{2}$ Prozentpunkten (Abbildung 3). Zudem zeigt sich eine deutlich bimodale Verteilung der Revisionen. Nachdem die Auswirkungen der Pandemie erkannt waren, führten rasche Abwärtsrevisionen die Prognosen ziemlich schnell an den später veröffentlichten Zielwert heran.

Für das Jahr 2021 waren die Prognosefehler deutlich geringer, da wieder ein Wirtschaftswachstum erzielt wurde⁸⁾. Die größten Fehler

ergaben sich durch Unterschätzungen des Wachstums, da sich im Dezember 2019 für 2020 noch kein Einbruch und somit für 2021 keine Erholung der Wirtschaftsleistung abgezeichnet hatte. Der geringste maximale Prognosefehler für 2021 betrug 3,1 Prozentpunkte (IHS und IWF).

Die Vorausschau für das Jahr 2022 brachte erstmals große Unterschiede in der Prognosegüte der einzelnen Institute mit sich (Abbildung 3). So lag der Prognosefehler der OeNB bei lediglich 0,8 Prozentpunkten, wäh-

⁶⁾ Schuster, P. (2024). Evaluation of economic forecasts for Austria. An update for the years 2005 to 2023. Fiskalrat Austria, bildet einen längeren Zeitraum ab, der sich allerdings nur auf die österreichische Prognose bezieht.

⁷⁾ In der Literatur finden sich weitere interessante Fehlermaße. Da hier jedoch nur der Zeitraum ab 2021

untersucht wird, können schwerlich Aussagen über deren statistische Signifikanz getroffen werden.

⁸⁾ Bei Unsicherheit über die konjunkturelle Lage minimiert die Prognose eines positiven Wachstums in Höhe des Trendwachstums den Prognosefehler.

rend die beiden anderen nationalen Institute um maximal 1,2 (IHS) bzw. um 1,3 Prozentpunkte (WIFO) danebenlagen. Die Prognosefehler der internationalen Institute waren dagegen rund doppelt so hoch (Europäische Kommission: 2,3 Prozentpunkte, OECD: 2,5 Prozentpunkte, IWF: 2,7 Prozentpunkte). Wie bereits in Kapitel 1 erläutert, könnten die Europäische Kommission und die OECD aufgrund ihres frühen Prognosetermins benachteiligt sein, der IWF könnte von seinem späteren Termin jedoch profitieren.

Für das Jahr 2023 waren die maximalen Prognosefehler aller Institute wieder deutlich höher, wobei die drei nationalen Institute mit rund 3½ Prozentpunkten ähnliche Werte aufweisen. Etwas geringer waren die maximalen Fehler der Europäischen Kommission und der OECD. Mit knapp 4 Prozentpunkten machte der IWF nicht nur den größten Prognosefehler, sondern blieb auch in seiner letzten Prognose für 2023 um rund 1 Prozentpunkt über dem Zielwert.

Mit Blick auf das Jahr 2024 ist die Spannweite der Prognosefehler relativ gering. Den größten maximalen Fehler machte erneut der

IWF mit 2,9 Prozentpunkten, gefolgt vom WIFO (2,8 Prozentpunkte), der OeNB (2,7 Prozentpunkte), der Europäischen Kommission und der OECD (jeweils 2,6 Prozentpunkte). Am niedrigsten war der maximale Prognosefehler des IHS mit 2,4 Prozentpunkten. Hier sei angemerkt, dass zur Berechnung des Prognosefehlers der Jahreswert auf Basis der VGR-Quartalsrechnung von Anfang Juni 2025 verwendet wurde, da das Jahresergebnis für 2024 erst im September 2025 veröffentlicht wird.

Da durch das überraschende Auftreten der COVID-19-Pandemie der maximale Prognosefehler für das Jahr 2020 besonders hoch war und die Analyse dominieren würde, stellen die folgenden Abschnitte lediglich auf die Jahre 2021 bis 2024 ab. Abbildung 4 und Übersicht 1 fassen die Ergebnisse für diesen Zeitraum zusammen. Mit 3,3 Prozentpunkten war der maximale absolute Prognosefehler des WIFO im Zeitraum 2021 bis 2024 am niedrigsten. Das IHS, die OeNB, die Europäische Kommission und die OECD lagen mit 3,4 Prozentpunkten nur unwesentlich darüber, der IWF mit 3,8 Prozentpunkten deutlicher.

Übersicht 1: Prognose des realen BIP-Wachstums – Prognosefehler 2021/2024 in der Zusammenschau

	Anzahl der Prognosen im Zeitraum 2021/2024	Maximaler Prognosefehler	Mittelwert der absoluten Prognosefehler (MAE)	Wurzel des mittleren quadratischen Prognosefehlers (RMSE)
	n	Prozentpunkte		
Österreich				
WIFO	35	3,3	1,1	1,5
IHS	35	3,4	1,2	1,5
OeNB	22	3,4	1,2	1,6
Europäische Kommission	33	3,4	1,4	1,7
OECD	20	3,4	1,5	1,9
IWF	20	3,8	1,6	1,9
Deutschland				
Gemeinschaftsdiagnose	20	3,4	1,4	1,7
Sachverständigenrat	16	3,9	1,0	1,5
IfW Kiel	34	3,8	1,3	1,8
ifo Institut	36	4,0	1,2	1,7
Deutsche Bundesbank	24	3,3	1,1	1,5
Europäische Kommission	32	3,3	1,2	1,6
OECD	33	3,2	1,1	1,5
IWF	36	3,0	1,1	1,4
Euro-Raum				
Europäische Kommission	35	4,1	0,9	1,3
Europäische Zentralbank	36	4,0	0,8	1,3
OECD	34	4,1	0,8	1,2
IWF	36	3,9	0,6	0,9
Oxford Economic Forecasting	36	4,1	0,9	1,2
Weltbank	20	4,0	0,8	1,2

Q: WIFO. Die Minimalwerte sind jeweils fett hervorgehoben.

Auch hinsichtlich des durchschnittlichen absoluten Prognosefehlers (MAE) schnitt das WIFO im Zeitraum 2021/2024 mit 1,1 Prozent-

punkten knapp vor dem IHS und der OeNB (jeweils 1,2 Prozentpunkte) am besten ab. Für die Prognose des heimischen BIP durch

die internationalen Prognoseinstitute ergab sich ein durchschnittliches Fehlerausmaß von rund 1 ½ Prozentpunkten.

Die Wurzel der durchschnittlichen quadratischen Fehler (RMSE), die stärker als MAE von großen Prognosefehlern beeinflusst wird, ist in Abbildung 4 als blau-strichlierte Querlinie

dargestellt. Hierbei lagen das WIFO und das IHS mit einem Wert von 1,5 Prozentpunkten gleichauf, knapp vor der OeNB mit 1,6 Prozentpunkten. Für die Europäische Kommission ergibt sich ein Wert von 1,7 Prozentpunkten, für die OECD und den IWF jeweils ein Wert von 1,9 Prozentpunkten.

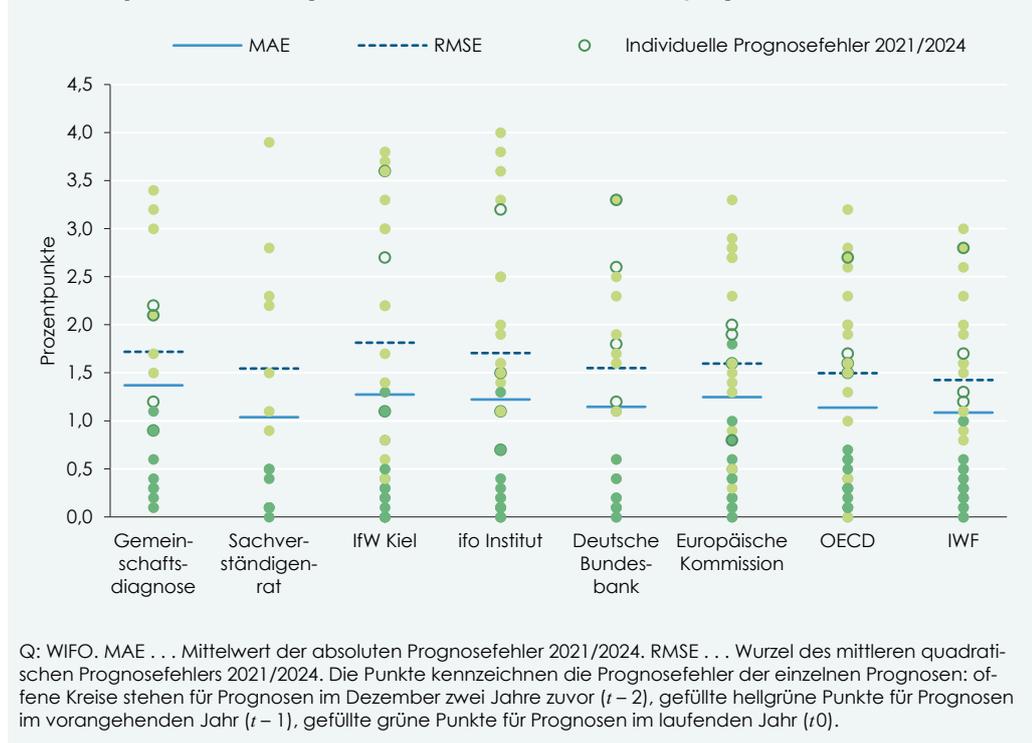
4. Fehlerhafte Prognosen der internationalen Wirtschaft als mögliche Ursache von Prognosefehlern zur Entwicklung im Inland

Der folgende Abschnitt soll der Frage nachgehen, ob die teils hohe Ungenauigkeit der BIP-Prognosen in den vergangenen Krisenperioden auf Fehleinschätzungen der Institute zum Umfeld im Inland oder aber zur wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland beruht. Hierzu könnte betrachtet werden, wie stark die nationalen Institute ihre Annahmen zur Entwicklung der internationalen Rahmenbedingungen revidiert haben. Allerdings kann sich die mangelnde Prognosegüte eines Institutes sowohl in der nationalen als auch in seiner internationalen Prognose spiegeln, ohne dass notwendigerweise eine Kausalität vorliegt.

Besser zur Beantwortung der Ausgangsfrage geeignet ist die Analyse der Prognosen internationaler Institute, die nicht von den Vorhersagen in Österreich beeinflusst werden. Betrachtet werden zuerst die Prognosen des BIP Deutschlands durch die dort ansässigen Institute (IfW Kiel, ifo Institut, Deutsche Bundesbank, Gemeinschaftsdiagnose der Institute, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) sowie internationale Organisationen (Europäische Kommission, OECD, IWF).

Die durchschnittlichen Prognosefehler der deutschen Institute für das deutsche BIP waren im Zeitraum 2021/2024 höher als jene, die den österreichischen Instituten in den Prognosen der heimischen Wirtschaftsentwicklung unterliefen.

Abbildung 5: Absolute Prognosefehler in den BIP-Wachstumsprognosen für Deutschland



Der maximale absolute Prognosefehler (MAE) im Zeitraum 2021 bis 2024 war für Deutschland in einigen Fällen sogar höher als der Fehler der heimischen Institute bei der Österreich-Prognose. Im Fall des ifo Institutes betrug er 4,0 Prozentpunkte, gefolgt vom Sachverständigenrat (3,9 Prozentpunkte) und dem IfW Kiel (3,8 Prozentpunkte). Den Österreich-Prognosen ver-

gleichbare maximale Abweichungen erzielten die Gemeinschaftsdiagnose (3,4 Prozentpunkte), die Deutsche Bundesbank und die Europäische Kommission (jeweils 3,3 Prozentpunkte). Die OECD (3,2 Prozentpunkte) und der IWF (3,0 Prozentpunkte) wiesen die geringsten maximalen Prognosefehler auf. Somit sagten die internationalen Organisationen das BIP-Wachstum Deutschlands prä-

ziser voraus als die deutschen Institute. Für Österreich war genau das Gegenteil der Fall, hier waren die ansässigen Institute präziser. Auch hier ist allerdings wieder zu beachten, dass die Europäische Kommission und die OECD aufgrund ihres frühen Prognosestermins benachteiligt sein könnten, während der IWF zu seinem späten Termin bereits auf mehr rezente Wirtschaftsdaten zurückgreifen kann und hiervon profitieren sollte.

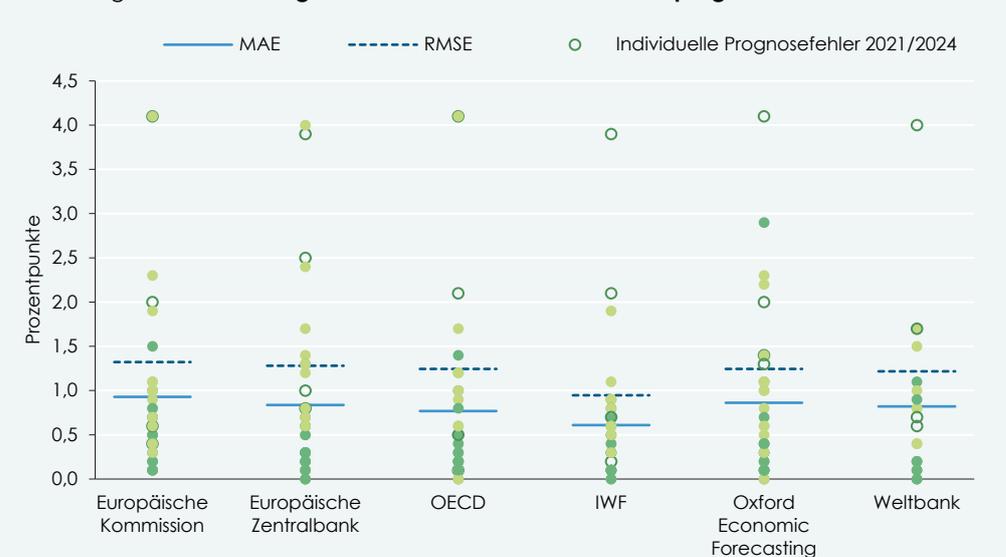
Der Sachverständigenrat hatte zwar den zweithöchsten maximalen Prognosefehler zu beklagen (3,9 Prozentpunkte im März 2022 für das Jahr 2023), erzielte jedoch über den gesamten Zeitraum 2021/2024 die niedrigste durchschnittliche Abweichung (1,0 Prozentpunkt). Dies deutet entweder darauf hin, dass neue Informationen rasch und rigoros in seine Prognosen Eingang fanden, oder aber es erwies sich die Tatsache der nur halbjährlichen Prognose als Vorteil. Die OECD, der IWF und die Deutsche Bundesbank erzielten mit jeweils 1,1 Prozentpunkten (Ø 2021/2024) ebenfalls gute Werte. Dahinter folgen das ifo Institut und die Europäische Kommission mit jeweils 1,2 Prozentpunkten. Schlusslichter sind das IfW Kiel (1,3 Prozentpunkte) und die Gemeinschaftsdiagnose (1,4 Prozentpunkte). Abgesehen von den beiden letztgenannten Instituten sind die MAE in den Deutschland-

Prognosen vergleichbar mit jenen der österreichischen Prognoseinstitute.

Bei der Wurzel des mittleren quadratischen Fehlers (RMSE), welche größeren Abweichungen stärker Rechnung trägt, erzielt der IWF mit 1,4 Prozentpunkten den niedrigsten Wert. Dahinter folgen der Sachverständigenrat, die Deutsche Bundesbank und die OECD mit Werten von jeweils 1,5 Prozentpunkten. Für das ifo Institut, die Europäische Kommission und die Gemeinschaftsdiagnose ergeben sich Werte von 1,6 bzw. 1,7 Prozentpunkten. Den ungünstigsten Wert erzielt das IfW Kiel mit 1,8 Prozentpunkten.

Abschließend sollen auch noch die Prognosen internationaler Organisationen für den Euro-Raum auf ihre Güte untersucht werden. Ausgeprägte Revisionen könnten abermals anzeigen, dass auch die Fehler der heimischen Institute in ihren Wirtschaftsprognosen für Österreich zumindest teilweise dem schwer berechenbaren Umfeld zuzuschreiben waren. Abbildung 6 und Übersicht 1 zeigen die maximalen und die durchschnittlichen absoluten Prognosefehler (MAE und RMSE) der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB), der OECD, des IWF, von Oxford Economics und der Weltbank.

Abbildung 6: Absolute Prognosefehler in den BIP-Wachstumsprognosen für den Euro-Raum



Q: WIFO. MAE . . . Mittelwert der absoluten Prognosefehler 2021/2024. RMSE . . . Wurzel des mittleren quadratischen Prognosefehlers 2021/2024. Die Punkte kennzeichnen die Prognosefehler der einzelnen Prognosen: offene Kreise stehen für Prognosen im Dezember zwei Jahre zuvor ($t-2$), gefüllte hellgrüne Punkte für Prognosen im vorangehenden Jahr ($t-1$), gefüllte grüne Punkte für Prognosen im laufenden Jahr ($t0$).

Die maximalen Prognosefehler der internationalen Organisationen für den Euro-Raum übersteigen jene, die für Österreich und Deutschland ermittelt wurden, deutlich und betragen durchgängig etwa 4 Prozentpunkte. Dieser hohe Fehler entfiel allerdings in den meisten Fällen auf denselben Prog-

nosezeitpunkt (Prognose vom Dezember 2019 für das Jahr 2021; Abbildung 5). Danach betragen die maximalen Prognosefehler 2,9 Prozentpunkte im Falle von Oxford Economics bzw. bis zu 2,5 Prozentpunkte für die anderen Institute. Somit waren die durchschnittlichen absoluten Fehler

2021/2024 verglichen mit jenen für Deutschland und Österreich weit kleiner. Die höchsten Durchschnittswerte erzielten mit 0,9 Prozentpunkten die Europäische Kommission und Oxford Economics, den niedrigsten mit 0,6 Prozentpunkten der IWF. Auch für die

Wurzel des mittleren quadratischen Fehlers (RMSE) ergeben sich im Vergleich mit Deutschland und Österreich geringere Werte; die RMSE beträgt höchstens 1,3 Prozentpunkte (Europäische Kommission, EZB) sowie minimal 0,9 Prozentpunkte (IWF).

5. Schlussfolgerungen

Die Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und dem Ukraine-Krieg erschwerten in den letzten Jahren eine verlässliche Prognose der BIP-Entwicklung. Dies führte zu teilweise drastischen Revisionen quer über alle betrachteten Institute hinweg.

Für Österreich zeigte der Vergleich der BIP-Prognosen des WIFO, des IHS, der OeNB und der internationalen Institutionen (Europäische Kommission, OECD und IWF) ähnlich hohe maximale Abweichungen. Lediglich der IWF lag deutlich darüber. Die durchschnittlichen absoluten Prognosefehler 2021/2024 lagen bei 1,1 (WIFO) bis 1,6 Prozentpunkten (IWF). In Bezug auf die Wurzel der durchschnittlichen quadratischen Abweichung erzielten das WIFO und das IHS mit jeweils 1,5 Prozentpunkten die günstigsten und die OECD sowie der IWF mit 1,9 Prozentpunkten die ungünstigsten Werte.

Die Prognosen des deutschen BIP zeigen gemessen an den maximalen Prognosefehlern und der RMSE eine vergleichbare Spannweite wie jene für Österreich. Die durchschnittlichen maximalen Fehler sind im Fall der nationalen Institute ebenfalls vergleichbar, im Fall der internationalen Organisa-

tionen allerdings deutlich geringer. Somit waren die ausgeprägten Fehlprognosen in den Krisenjahren kein Spezifikum Österreichs und seiner Prognoseinstitute. Auch die internationalen Institute schätzten nicht nur die heimische Wirtschaftsentwicklung falsch ein, sondern auch jene außerhalb Österreichs – wenngleich in etwas geringerem Ausmaß.

Die kleinsten absoluten Fehler in den BIP-Vorhersagen unterliefen den internationalen Organisationen in ihren Prognosen für den Euro-Raum. Ebenso waren deren durchschnittliche absolute Abweichung und RMSE geringer als in den Prognosen für Deutschland und Österreich. Eine mögliche Erklärung hierfür liegt in den Jahren 2023 und 2024, in denen sich Deutschland und Österreich in einer fortgesetzten Rezession befanden, während das BIP des Euro-Raumes bereits wieder wuchs. Waren zu Beginn der Prognoseintervalle (Dezember $t - 2$) für alle Wirtschaftsräume ähnlich hohe BIP-Wachstumsraten angenommen worden, so mussten diese in der Folge für Deutschland und Österreich aufgrund der ungewöhnlich langen Rezession deutlich stärker zurückgenommen werden.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

8/2025 Finanzierungstruktur der Pensionsversicherung in Österreich. Zwischen Versicherung und Sozialpolitik

Christine Mayrhuber

Die Ausgaben für die Alterssicherung im Rahmen der gesetzlichen Pensionsversicherung werden zu etwa 73% durch Beiträge der aktiv Erwerbstätigen und zu rund 27% durch Mittel aus dem Bundesbudget finanziert. Das bindet einerseits rund 13% des Bundesbudgets. Diese Budgetmittel dienen andererseits der Abdeckung jener sozialpolitischen Funktionen, die dem Pensionssystem zugewiesen sind, wie u. a. der Absicherung vor Altersarmut, der Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten oder der Versorgung von Hinterbliebenen. Das Verständnis der gegenwärtigen, vielschichtigen Finanzierungsstruktur stellt eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung fundierter Konzepte zur zukünftigen Ausgestaltung und Optimierung der Finanzierung dar.

Juni 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58625634>

Frühere Ausgaben

7/2025 Tourismusanalyse: Winternächtfügungen leicht rückläufig, Preiseffekte dämpfen reale Entwicklung

Oliver Fritz, Sabine Ehn-Fragner

Mai 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58170310>

6/2025 Too late?! – Berufs(aus)bildung im Erwachsenenalter

Julia Bock-Schappelwein (WIFO), Nadja Bergmann (L&R Sozialforschung), Helmut Dornmayr (ibw), Roland Löffler (öibf), Kurt Schmid (ibw), Mario Steiner (IHS)

Mai 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58161354>

5/2025 Diversifizieren, nicht reagieren: Europas neuer Weg in der Handelspolitik

Hendrik Mahlkow (WIFO), Sonali Chowdhry (DIW Berlin), Julian Hinz (IfW)

April 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57965250>

4/2025 WIFO-Lebenssituationsindex. Aktualisierung für das Jahr 2023

Julia Bock-Schappelwein, Franz Sinabell

März 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57348607>

3/2025 Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Österreich von 2011 bis 2023

René Böheim, Marian Fink, Christine Zulehner

März 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57411930>

2/2025 The European Commission Competitiveness Compass – a Roadmap for Europe

Gabriel Felbermayr, Atanas Pekanov

März 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/56869099>

1/2025 Handelskonflikte, die Schwäche in Europa und strukturelle Nachteile bremsen das Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski

Jänner 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/56689589>

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-research-briefs/>

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autori:nnen wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 707/2025 Predicting the Uptake of Long-Term Care Benefits in Austria**
Ulrike Famira-Mühlberger, Klaus Nowotny
- 706/2025 EU Supply Chain Regulations between Efficiency and Effectiveness**
Gabriel Felbermayr, Klaus Friesenbichler (WIFO), Markus Gerschberger (ASCI), Birgit Meyer (WIFO), Peter Klimek (ASCI)
- 705/2025 Demographic Change and the Future of Austria's Long-Term Care Allowance: A Dynamic Microsimulation Study**
Ulrike Famira-Mühlberger, Thomas Horvath (WIFO), Thomas Leoni (FH Wiener Neustadt), Martin Spielauer, Viktoria Szenkurök, Philipp Warum (WIFO)
- 704/2025 I Think What You Think: Trade Fairs and the Exchange of Firms' Beliefs**
Anja Sebbesen, Birgit Meyer
- 703/2025 Everything You Always Wanted to Know About EU Membership Trade Effects but Were Afraid to Ask**
Harald Oberhofer (WIFO), Zhenyi Wang (WU Vienna)
- 702/2025 Global Demand and Supply Elasticities and the Impact of Tariff Shocks**
Asjad Naqvi
- 701/2025 Business Use of Online Platforms: Competition, Satisfaction and Willingness to Pay**
Michael Peneder, Sandra Bilek-Steindl, Susanne Bärenthaler-Sieber, Julia Bock-Schappelwein, Alexandros Charos
- 700/2025 How Do Rising Care Needs Impact the Formal and Informal Care Sectors and Existing Inequalities? Comparing Austria and Spain**
Ulrike Famira-Mühlberger, Thomas Horvath (WIFO), Thomas Leoni (FH Wiener Neustadt), Martin Spielauer, Philipp Warum (WIFO)
- 699/2025 The Intergenerational Homeownership Gap across Europe: an Empirical Exploration of Explanations**
Stefan Angel (WIFO), James Gregory (Universität Birmingham)
- 698/2025 Challenges in Long-term Care: Modelling and Quantifying Future Care Needs, Arrangements and Gaps in Ageing, Low-fertility Societies. A Novel Comparative Approach Applied in Microsimulation Projections for Austria and Italy**
Philipp Warum (WIFO), Fabrizio Culotta (UNIMIB), Ulrike Famira-Mühlberger, Thomas Horvath (WIFO), Thomas Leoni (FH Wiener Neustadt), Martin Spielauer (WIFO)
- 697/2025 Socially Fair Decarbonization Pathways for Housing and Mobility – Insights from a Multi-model Analysis for Austria. TransFair-AT Working Paper #2**
Claudia Kettner, Julia Bock-Schappelwein, Daniela Kletzan-Slamanig, Mark Sommer (WIFO), Paul Pfaffenbichler, Olivia Gold, Mathias Kirchner, Nathalie Spittler, Eva Wretschitsch (BOKU), Lukas Kranzl (TU Wien), Andreas Müller (e-think)
- 696/2025 The Role of Vacancy Posting and Unemployed Hiring in Start-up Success**
Stefan Angel, Rainer Eppel, Elisabeth Fidrmuc, Helmut Mahringer (WIFO), Andrea Weber (CEU)
- 695/2025 Labour Market Tightness and Firms' Vacancy Posting and Hiring Decisions**
Stefan Angel, Rainer Eppel, Elisabeth Fidrmuc, Helmut Mahringer (WIFO), Andrea Weber (CEU)

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-working-papers/>

8/2024 Überinflation in Österreich eingedämmt • Konjunkturbeurteilungen wieder skeptischer. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2024 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2023 rückläufig • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2024. Sonderthema: Die Bedeutung der Landnutzung für die Ernährungssicherheit

9/2024 Österreichs Wirtschaft verharrt in der Krise • Veranlagungsergebnis stützte 2023 die Schaden-Unfallversicherung • Österreichs Landwirtschaft erlitt 2023 Einkommenseinbruch und unterliegt anhaltendem Strukturwandel • Konjunktur und Wachstum in Österreich: Ein Rendezvous mit der Realität

10/2024 Rezession in Österreich hält sich hartnäckig. Prognose für 2024 und 2025 • Wettbewerbsnachteile bremsen Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Mittelfristige Prognose 2025 bis 2029 • Deutlicher Anstieg der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2023 • EU-weite CO₂-Bepreisung und Optionen zur Einnahmenverwendung. Effekte auf Emissionen, Wirtschaft und Verteilung

11/2024 Weiterhin keine Trendwende in Österreichs Industrie und Bauwirtschaft • Konjunkturbeurteilungen bleiben unterdurchschnittlich. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2024 • Österreichs Innovationsleistung im internationalen Vergleich • Stellenmeldungen an das Arbeitsmarktservice und die Rekrutierung von Arbeitslosen durch österreichische Unternehmen

12/2024 Produktion erneut rückläufig, Erwartungen stabilisiert • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Nutzung künstlicher Intelligenz in Unternehmen • Nächtigungsnachfrage 2024 erstmals höher als vor der COVID-19-Pandemie • Emissionen entkoppeln sich von Wirtschaftsleistung. Mittelfristige Prognose des Treibhausgasausstoßes 2025 bis 2029

1/2025 Zaghafte Wirtschaftswachstum erschwert Budgetkonsolidierung. Prognose für 2025 und 2026 • Investitionsbereitschaft auch 2025 rückläufig. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2024 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2024 • Österreichs Industrieproduktion im internationalen Vergleich. Aktualisierung 2025

2/2025 Noch keine Aussicht auf Konjunkturaufhellung • Konjunkturerwartungen auch zu Jahresbeginn gedämpft. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2025 • Bauwesen in Europa vor moderater Erholung. Euro-construct-Prognose bis 2027 • Erwerbstätige mit Migrationshintergrund in Wien. Beitrag zur Wirtschaft und Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt

3/2025 Rezession in Österreich hält an • Europäische Wirtschaftspolitik 2024. Zwischen externen Schocks, strukturellen Problemen und der Notwendigkeit eines Produktivitätsschubs • Produktneueinführungen stiegen trotz stagnierender Investitionen • Digitalisierung in der österreichischen Landwirtschaft. Ein Überblick zu vorliegenden Befunden und Herausforderungen

4/2025 Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr. Prognose für 2025 und 2026 • Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029 • Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029 • Zweites Rezessionsjahr in Österreich. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024 • Schwächere Inflationsdynamik ermöglicht Senkung der Leitzinssätze

5/2025 Konjunktur in Österreich weiter schwach • Konjunktüreinschätzungen blieben im Frühjahr verhalten. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2025 • Hartnäckige Konjunkturschwäche belastet den Arbeitsmarkt • Exporte und Industriekonjunktur im Abschwung. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2024

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

N.N., Stadt Wien

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Präsident der Wirtschaftskammer Vorarlberg

Kuratorium

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Reinhard Schwendtbauer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Kurt Weinberger, Thomas Weningner, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

WIFO-Partner:innen

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktor:innen:

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtröglger-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Elisabeth Fidrmuc, Marian Fink, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Bernhard Kasberger, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Ines Kusmenko, Simon Loretz, Sergey Lychagin, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Pauline Pohl, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Viktoria Szenkurök, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Manuel Zerobin, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer,

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

N.N., Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Anton Mattle, Landeshauptmann von Tirol

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell

Mag. Harald Waiglein, MSc, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Hagelversicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

WIFO Associates

Karl Aiginger, Harald Badinger, Kurt Bayer, Gudrun Biffl, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Mario Larch, Markus Leibrecht, Peter Mayerhofer, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmid-Dengler, Gunther Tichy, Gernot Wagner, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Sena Ökmen, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Moritz Uhl, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Daniel Luca Agnezy, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Thomas Haas, Claudia Hirschall, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Peter Janecek, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klozar, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Gina Lanik, Thomas Leber, Sarah Ledl, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Aloisia Michl, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Klara Stan, Petra Taschner, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Ulrike Weissenlechner, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

